

Kommune

Digitalisierung, E-Government, Informationstechnik

21

Personalwesen

Neue Arbeitswelten



E-Government

- **Krefeld:**

Mit der Strategie Verwaltung@Krefeld.digital planvoll digitalisieren

Informationstechnik

- **KommDIGITALE:**

Der Verband Databund startet im November eine neue kommunale IT-Messe

Praxis

- **Oberallgäu:**

Allgäu-Walser-App bildet als einheitliches System zahlreiche Prozesse ab

Spezial

- **Sitzungsdienst:**

Modellprojekt in Nordrhein-Westfalen für digitale und hybride Gremiensitzungen



Einfach schneller Fachkräfte gewinnen



NOLIS | Recruiting

Optimiert für den Einsatz in Kommunalverwaltungen

www.nolis-recruiting.de | info@nolis.de | 0 50 21 - 88 77 555



Beschleunigen und vereinfachen Sie mit dem **Virtuellen Bauamt 2.0** die Prozesse im Baugenehmigungsverfahren.

Liebe Leserinnen und Leser,

alternierende Teleheimarbeit – so nannte die Stadt Bochum ihr Konzept für Home-office. Inzwischen hat die Stadtverwaltung das Projekt Moderne Arbeitswelten aufgesetzt und will damit für flexible Arbeitszeiten und eine bessere Work-Life-Balance sorgen. Nicht nur Bochum, auch zahlreiche andere Kommunen haben schon vor der Corona-Pandemie die Weichen im Personal-Management neu gestellt. Die Gründe dafür liegen im drohenden Fachkräftemangel. Die öffentliche Verwaltung muss sich als attraktiver Arbeitgeber präsentieren und dazu gehören moderne Arbeitsstrukturen (Seite 14).

Durch die Pandemie haben diese Projekte neuen Schub erhalten. Statt um Teleheimarbeit geht es um New Work. Der Begriff bezeichnet einen Wandel in der Arbeitswelt, in der verstärkt auf Eigenverantwortung, familienfreundliche Arbeitszeiten und Arbeitsmodelle gesetzt wird. Es geht also um Konzepte, die berufliche Entwicklung und persönliche Entfaltung kombinieren. New Work heißt auch, dass die Arbeitgeber eine geeignete IT-Infrastruktur bereitstellen. So hat die Stadt Bochum ihre Beschäftigten mit mobilen Endgeräten ausgestattet, die elektronische Akte eingeführt und Workflows digitalisiert.

Anregungen für eine moderne IT-Infrastruktur konnten sich die Kommunen in der Vergangenheit auf zahlreichen Messen holen. Doch Veranstaltungen wie CeBIT oder KOMCOM haben ihre Tore schon lange geschlossen. Das soll sich nun ändern. Der Verband Databund will jetzt mit der KommDIGITALE wieder eine kommunale IT-Messe etablieren (Seite 26).

Ihr



Alexander Schaeff



Das Virtuelle Bauamt 2.0 bringt alle Beteiligten im Bauantrag digital zusammen. So schafft es mehr Transparenz, Geschwindigkeit und Effizienz.



- virtueller Projektraum führt Beteiligte, Unterlagen und Prozesse zusammen
- stringente Unterstützung über den gesamten Antragsprozess hinweg
- höhere Qualität in eingehenden Anträgen erleichtert Bearbeitung
- Geschwindigkeit und Einsparungen durch vollständig digitale Aktenführung
- jederzeit Transparenz über den Verfahrensstand für alle Beteiligten
- einfache Anbindung an alle relevanten Fachverfahren
- zukunftssicher durch XBau 2.2 und OZG-Konformität

Lernen Sie das Virtuelle Bauamt 2.0 im Video auf unserer Webseite kennen: www.cit.de/vba



cit GmbH
Kirchheimer Str. 205
73265 Dettingen/Teck
(0 70 21) 950 858-0
info@cit.de

E-Government

Krefeld: Den digitalen Reifegrad im Blick behalten..... 8

Gaia-X: Public Sector spielt eine eher geringe Rolle 10

Titel

Personalwesen: Herausforderungen und Grenzen der Digitalisierung..... 12

New Work: Kommunen sammeln positive Erfahrungen..... 14

Bewerber-Management: Reibungslose Abläufe sind wichtig..... 18

Mitarbeiterbindung: Die Bleibebereitschaft im öffentlichen Dienst stärken 20

Wissensmanagement: Cloud-basierte Plattformen als hilfreiche Informationsquelle 21

Wolfsburg: Attraktive Arbeitgeberin mit ausgezeichnetem Bürgerservice..... 22

Oschersleben: SAP-Template erfüllt die Anforderungen des öffentlichen Diensts 24

Informationstechnik

KommDIGITALE: Databund lädt im November zu einer neuen IT-Messe für den Nordwesten ein 26

Open Source Software: Große Chance für die kommunale IT... 28

Bürger-Apps: Schnittstelle zwischen Bürger und Verwaltung 30

Portale: Websites und Apps barrierefrei gestalten 32

Nordrhein-Westfalen: KDN unterstützt Kommunen und IT-Dienstleister beim digitalen Wandel 34

Website Relaunch: Eine gute Mischung aus Information, Marketing und Bürgerservice schaffen 36

Sozialwesen: Der Weg zum bundesweiten Portal..... 38

Kreis Pinneberg: Einfacher Zugang zu komplexen Informationslagen der Sozialplanung 40

Soziale Sicherung: Datenübernahme via OZG-Connector 42

Kfz-Wesen: Allianz zwischen den Landkreisen Northeim und Holzminden 43

Praxis

Oberallgäu: Gäste-App für die gesamte Region 44

Schwarmstedt: Virtualisierung der IT-Infrastruktur 46

Spezial

Ratsarbeit: NRW-Modellkommunen für digitale und hybride Gremiensitzungen..... 48

Eichstetten: Mit RIS Ressourcen sparen..... 51

Wolpertswende: Sitzungsdienst erfolgreich digitalisiert 52

St. Ingbert: Umstieg auf eine effiziente Arbeitsplattform 54

Grammetal: Gremien und Ausschüsse arbeiten voll elektronisch..... 56

Rubriken:

Editorial 3
News 6
IT-Guide 58
Vorschau, Impressum 66



Moderne Arbeitswelt

Der demografische Wandel, die damit einhergehenden Wissensverluste, der Fachkräftemangel sowie eine hohe Wechselbereitschaft der Mitarbeiter sind nur einige der Herausforderungen, welche die Kommunen im Personalwesen zu bewältigen haben. Die Digitalisierung ist hier Teil der Lösung. ab Seite 12

Content-Management-System

Für Internet und Intranet, leicht zu bedienen
und mit integriertem Bürgerserviceportal

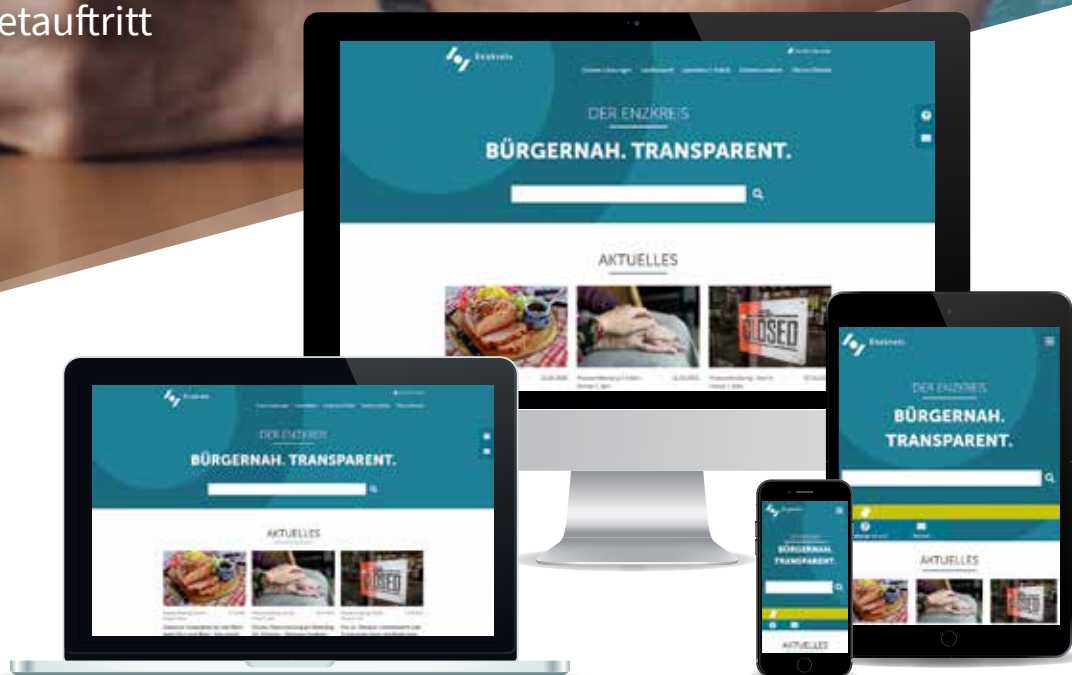
Responsive Webdesign

Individuell oder mit flexiblen Layoutvorlagen
und immer BITV-konform

Zertifiziertes Rechenzentrum

Höchste Sicherheit und Verfügbarkeit für Ihren
kommunalen Internetauftritt

**BEREIT FÜR
DAS OZG**





twitter.com/k21news

Hessen: DigitalPakt Schule läuft

In Hessen haben nahezu alle Lehrkräfte neue Hardware erhalten. Laut ekom21 wurden fast 70.000 Endgeräte in kürzester Zeit beschafft und eingerichtet.

• www.ekom21.de

Bremen: Durchbruch bei Once Only

Mit Once Only geht es in der Freien Hansestadt Bremen zu Kinder- und Elterngeld. Der Antrag soll bald auch in anderen Ländern zur Verfügung stehen.

• www.finanzen.bremen.de

Bayern: Ideenfeuerwerk der Bürger

Ein Feuerwerk an Ideen ist das Resultat des Bürgerdialogs zum Digitalplan Bayern. Die Bürgerinnen und Bürger haben rund 230 Vorschläge eingebracht.

• www.stmd.bayern.de

Karlsruhe: Neue Digitalstrategie

Der Karlsruher Gemeinderat hat eine neue Digitalstrategie auf den Weg gebracht. In sieben strategischen Bereichen soll der Service verbessert werden.

• www.karlsruhe.de

Saarland

Digitale Kommunen

Im Saarland hat der Bevollmächtigte für Innovation und Strategie und CIO des Landes, Ammar Alkassar, den offiziellen Startschuss für das Projekt „Digitale Modellkommunen“ gegeben. Das Programm zielt darauf ab, Städte und Gemeinden dabei zu unterstützen, ihre Verwaltungsleistungen digital und zukunftsorientiert anzubieten. Im Rahmen des Projekts werde dieses Vorhaben in vier Modellkommunen und ausgewählten Bereichen umgesetzt. Im Mittelpunkt stünden dabei die Modernisierung der IT-Infrastruktur und die Digitalisierung sowohl von internen Prozessen als auch von Verwaltungsleistungen für Bürger und Wirtschaft. „Mithilfe einer professionellen Taskforce werden wir IT-Infrastruktur und ausgewählte Verwaltungsleistungen, die derzeit noch unzureichend digitalisiert sind, konzipieren und idealtypisch digital umsetzen“, so Landes-CIO Ammar Alkassar. Erfolgreiche Umsetzungen sollen auch von anderen Kommunen genutzt werden können.

www.saarland.de

Nordrhein-Westfalen

Bundesweite Sozialplattform

Im Rahmen der OZG-Umsetzung hat das nordrhein-westfälische Sozialministerium die Aufgabe übernommen, federführend einen digitalen Zugang zu vielen Sozialleistungen in ganz Deutschland zu schaffen (siehe Seite 38). Nun meldet das Ministerium die Inbetriebnahme der Beta-Version dieser Sozialplattform. Im Endausbau soll die Plattform den Bürgern ein umfassendes Antrags- und Beratungsangebot zu Leistungen im Sozialbereich bieten. In den an die Beta-Version angebundenen Pilotkommunen – Bad Sassendorf, Iserlohn, Soest und Troisdorf – können ab sofort Anträge auf Hilfe zum Lebensunterhalt, Wohngeld und Arbeitslosengeld II gestellt werden. Andere Kommunen sollen folgen.

<https://sozialplattform.de>

IT-Planungsrat

Beschlüsse der 37. Sitzung

Der IT-Planungsrat hat Anfang März weitere Schritte für die Verwaltungsdigitalisierung beschlossen. Nach Angaben des Gremiums sollen Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen künftig digitale Verwaltungsleistungen nutzerfreundlich nach dem Once-Only-Prinzip in Anspruch nehmen können. Hierfür sei eine verknüpfte Registerlandschaft notwendig. Der IT-Planungsrat habe die Programmplanung der Gesamtsteuerung Registermodernisierung samt Meilensteinen bis zum Jahr 2025 beschlossen. Diese sehe unter anderem vor, dass die technischen Komponenten für eine verknüpfte Registerlandschaft bis 2024 umgesetzt sind und der laufende Betrieb bis 2025 realisiert wird.

www.it-planungsrat.de

Bitkom/OSBA

100 Tage Ampelkoalition

Nach 100 Tagen Ampelkoalition ziehen der Bitkom und die Open Source Business Alliance (OSBA) ein erstes Fazit zur Digitalpolitik der neuen Regierung und zu ihrem Einsatz für mehr digitale Souveränität. Bitkom-Präsident Achim Berg beklagte das derzeitige Fehlen einer Digitalstrategie, die gerade erst erarbeitet werde. Zwar seien viele Ressorts inzwischen mit Einzelaktivitäten vorgeprescht – von der angekündigten Einführung eines Rechts auf Reparatur bis zu milliardenschweren Fördermaßnahmen, die auch bereits im Haushaltsentwurf verankert sind. Damit Deutschlands Digitalpolitik aber nicht weiterhin ein Flickenteppich von Einzelmaßnahmen bleibe, son-

dern aus einem Guss entworfen werde, müsse nun dringend eine übergeordnete Digitalstrategie vorgelegt werden. Die Open Source Business Alliance sieht bei der neuen Regierung zwar positive Ankündigungen hinsichtlich Open Source und mehr digitaler Souveränität, vermisst jedoch konkrete Umsetzungen. So habe die Bundesregierung im Koalitionsvertrag unter anderem eine Cloud der öffentlichen Verwaltung auf Basis einer Multi-Cloud-Strategie und von offenen Standards in Aussicht gestellt. Noch sei allerdings weiterhin unklar, wie die Interoperabilität zwischen Anwendungen und die Austauschbarkeit von Anbietern erreicht werden soll.

www.bitkom.org

<https://osb-alliance.com>

Konzentration und Hygiene

Philips Luftreiniger sorgen für mehr Wohlbefinden und Hygiene

Beratung unter
luftreiniger@
philips.com

Für die Rückkehr an den Arbeitsplatz ist sichere, saubere Raumluft essentiell. Im Büro teilen sich viele Menschen in variablen Konstellationen dieselbe Luft, Fenster können teils schlecht geöffnet werden und Abstände sind schwer einzuhalten. Hier kann der Einsatz von Luftreinigern eine wichtige Unterstützung für eine konzentrationsfördernde, gesunde Arbeitsumgebung darstellen.¹

Wie der Einsatz von Luftreinigern aussehen kann, zeigt ein Beispiel aus der Praxis: Das inhabergeführte Schweizer Familienunternehmen Hans Eisenring AG bietet qualitativ hochwertige Küchen. Hier wurden zwei Philips Luftreiniger aufgestellt: Der Luftreiniger 4000i AC4236/10 im Büro und das Modell 2000i AC2939/10 in der stylischen Demoküche. Doch was tun die zwei Luftreiniger nun genau? Sie saugen mit einem kraftvollen Motor Luft in das Innere des Gerätes und leiten diese durch ein mehrstufiges Filtersystem. Die Luft wird so gereinigt und wieder an die Raumluft abgegeben. In allen Philips Luftreinigern beseitigt ein dreischichtiges Filtersystem 99,97 Prozent der in der Luft schwirrenden Partikel mit einer Größe von $0,003 \mu\text{m}^2$ – kleiner als das kleinste bekannte Virus³. Dies ist nicht nur unter Hygieneaspekten ein deutlicher Zugewinn im Büro, denn frische, gesäuberte Luft fördert auch die Konzentration.

Manuel Marzorati, Leiter des Marketings bei der Hans Eisenring AG, bemerkt einen deutlichen Unterschied: „Die Luftqualität hat sich subjektiv verbessert – vor allem im Büro.“ Und auch Kundinnen und Kunden geben die Luftreiniger ein gutes und sicheres Gefühl und die Gewissheit, dass die Inhaber sich Gedanken um ein umfassendes Hygienekonzept machen.

Wichtig ist die Raumgröße, um den richtigen Luftreiniger zu finden und somit für eine hohe Clean Air Delivery Rate zu sorgen. CADR gibt das Volumen der gefilterten Luft an, die von einem Luftreiniger abgegeben wird. Es ist also ein Maß für die Reinigungsgeschwindigkeit. Welche Gesamt-CADR in einem Raum benötigt wird, kann leicht berechnet werden: $(\text{m}^2 * \text{Deckenhöhe}) * 6 = \text{Gesamt-CADR}$. Im Kontext der COVID-19 Pandemie wird aktuell der Wert 6 empfohlen¹, üblicherweise bewegt sich dieser Multiplikator zwischen 3 und 6⁴.

Der Einsatz von Philips Luftreinigern kann in Bürogebäuden dafür sorgen, den Mitarbeitern und Kunden ein sicheres Gefühl zu geben, die Konzentration zu erhöhen und Allergikern das Leben zu erleichtern.



- 1) Neben den weiteren Maßnahmen wie Lüften, Lüftungsanlagen, Abstand halten, Hygieneprotokolle und Masken tragen.
- 2) IUTA report UN2-170928-T5599900-100.2 - Measurement of the deposition efficiency of FY3433 type filter for 3 nm NaCl particles.
- 3) Chen et al, 2020. Epidemiological and clinical characteristics of 99 cases of 2019 novel coronavirus pneumonia in Wuhan, China: a descriptive study. Lancet, 395(10223): 507-513.
- 4) www.info.gaef.de/positionspapier, Absatz 5.2 „Effektivität von Luftreinigern“

PHILIPS

Planvoll digitalisieren

Angelika Peters

Systematisch geht die Stadtverwaltung Krefeld die Digitalisierung an. Den Weg weist ihr die Strategie Verwaltung@Krefeld.digital, den aktuellen digitalen Reifegrad hat sie dabei stets im Blick. Andere Kommunen bewerten dieses Vorgehen als gutes Beispiel.

Digitalisierung ist ein zentrales Element für mehr Bürgerorientierung und Arbeitgeberattraktivität – dazu bekennt sich die Stadtverwaltung Krefeld. Mit der Strategie Verwaltung@Krefeld.digital verfolgt sie deshalb zwei wesentliche Handlungsstränge. Zum einen soll das digitale Dienstleistungs- und Kommunikationsangebot für Bürger und Unternehmen nachhaltig erweitert und verbessert werden. Zum anderen will die Stadt interne und externe Arbeitsabläufe durch digitale Instrumente unterstützen und effizienter gestalten.

Als Impulsgeber und Antriebskraft für den städtischen Digitalisierungsprozess fungiert der Verwaltungsvorstand. Er hat unter Federführung der Beigeordneten Cigdem Bern die Krefelder Strategie auf den Weg gebracht. Auch hat er ein Gesamtkonzept für die Digitalisierung erstellt und die internen Projektstrukturen neu geordnet. Zentrales Element der neuen Struktur ist eine geschäftsbereichsübergreifende Arbeitsgruppe. Sie steuert das Thema Smart Government und stellt eine enge Verzahnung mit der Entwicklung Krefelds

zur Smart City sicher. Zentrale Projektmitarbeitende unterstützen die Fachbereiche bei der Digitalisierung sowie der Gestaltung der elektronischen Prozesse. Digitale Lotsinnen und Lotsen arbeiten eng mit ihnen zusammen, treiben die Digi-



Krefeld geht die Digitalisierung strategisch an.

talisierung mit Expertise für ihren Bereich voran und begleiten die Mitarbeitenden beim Change-Prozess. Die für die Digitalisierung benötigten Ressourcen werden von Geschäftsbereichsmultiplikatoren ermittelt. Sie sorgen dafür, dass ein geplanter, sachgerechter und gezielter Einsatz für die im jeweiligen Geschäftsbereich vorgesehenen Maßnahmen erfolgt.

Der großangelegte Transformationsprozess hin zur digitalen Verwaltung nimmt mehrere Jahre in Anspruch und will gut geplant sein. Zuerst muss dafür der aktuelle

Digitalisierungsstand ermittelt werden. Daraus lassen sich dann strukturiert Folgeaktivitäten ableiten – ein Vorgehen, das auch für die fristgerechte Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) hilfreich ist. Die Stadt Krefeld hat Werkzeuge entwickelt, mit denen der Digitalisierungsgrad in drei Schritten herausgearbeitet wird. Dieses Modell macht Schule. Denn die Frage, wie die Steuerung und Bemessbarkeit des Digitalisierungsstands in einem solchen Vorhaben umgesetzt werden kann, beschäftigt auch andere Städte und Gemeinden. Das zeigte etwa eine Diskussion mit 40

Kommunen in den Vergleichsringen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt). Das Krefelder Modell wurde dabei als gutes Beispiel bewertet. Auch beim KGSt-Forum im Oktober 2021 stieß es auf große Resonanz.

Um den Ist-Zustand bei der Digitalisierung zu ermitteln, hat die Stadt Krefeld Informationen zu folgenden Fragen zusammengetragen: Ist online eine Dienstleistungsbeschreibung vorhanden? Steht ein Online-Service zur Verfügung? Wird die Online-Einreichung ange-

boten? Kann eine elektronische Bearbeitung erfolgen? Wird eine E-Payment-Lösung angeboten? Ist Tracking möglich? Anhand der Antworten wurde ein digitaler Reifegrad ermittelt, der den Stand der Stadtverwaltung widerspiegelt.

Um die Digitalisierung effizient voranbringen zu können, müssen im nächsten Schritt die Prozesse in den Blick genommen werden. Denn die Kommunen müssen eine Vielzahl solcher digitalisieren, während ihre personellen und finanziellen Ressourcen begrenzt sind. Für ein planvolles Vorgehen müssen die zu digitalisierenden Prozesse ermittelt und priorisiert werden. Letzteres wurde in Krefeld unter Einbindung aller Fachbereiche und mithilfe eines Kennzahlensystems vorgenommen. Berücksichtigt wurden nicht nur OZG-Prozesse, sondern alle Prozesse, die seitens der Fachbereiche als relevant gemeldet wurden. Im dritten Schritt ging es schließlich um die ganzheitliche elektronische Unterstützung der Prozesse. Auf Basis der in Schritt zwei durchgeführten Priorisierung wurde die Digitalisierungsfähigkeit der identifizierten Prozesse untersucht. Dabei wurden sowohl die gesetzlichen Rahmenbedingungen als auch die notwendigen technischen Voraussetzungen betrachtet.

Dank dieses strukturierten Vorgehens entstand ein guter Überblick über den Digitalisierungsstand der Stadt Krefeld und es konnte mit der Digitalisierung der priorisierten Prozesse begonnen werden. Der digitale Reifegrad wird permanent fortgeschrieben. Auf diese Weise werden die Fortschritte in der Digitalisierung messbar und können an die Verwaltungsleitung sowie die

politischen Vertretungen kommuniziert werden.

Bis Ende 2022 will die Stadt Krefeld nun alle relevanten Dienstleistungen und Formulare der Verwaltung erheben, im Internet beschreiben und im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten online anbieten. Seit Herbst 2021 bündelt die Stadt ihre elektronischen Dienstleistungen in einem Serviceportal. Bezüglich der OZG-Leistungen erreicht sie aktuell einen Reifegrad von über 50 Prozent. Mehr als 450 Dienstleistungsbeschreibungen sind online. Teilweise handelt es sich um Beschreibungen von OZG-Leistungen, teilweise um freiwillige Leistungen. Für einen Großteil der Leistungen sind elektronische Formularassistenten hinterlegt. Sie führen die Nutzenden durch den Antrag und unterstützen mit Hilfetexten. Damit sie von Menschen mit unterschiedlichem Sprachhintergrund genutzt werden können, werden die Assistenten automatisch in die Sprache des Betriebssystems übersetzt, mit dem sie angesteuert werden.

Steigende Nutzerzahlen zeigen, dass das Angebot angenommen wird. „Die Kraftanstrengung in den vergangenen Monaten hat sich gelohnt“, sagt Cigdem Bern. „Viele Online-Dienste konnten eingeführt oder ausgebaut werden. Viel öfter haben die Bürgerinnen und Bürger nun die Wahl, ob sie für ein Anliegen, das kein persönliches Erscheinen erfordert, ins Amt kommen oder es von zu Hause aus erledigen.“ Dass die Stadtverwaltung mit dem systematischen Ausbau der digitalen Leistungen vorangekommen ist, zeigt sich auch im Smart City Ranking 2021. In dem Vergleich al-

ler deutschen Großstädte konnte sich Krefeld gegenüber dem Vorjahr um 37 Plätze verbessern. „Insbesondere im Bereich der Digitalisierung von internen Arbeitsprozessen, beim Einsatz von Payment-Funktionen und bei den Angeboten über unser Serviceportal erreicht Krefeld sehr gute Ergebnisse“, sagt Cigdem Bern. Hierzu gehört auch, dass die Stadt seit Mitte 2021 ihre Dienstleistungen voll automatisiert an das Serviceportal des Landes Nordrhein-Westfalen weiterleitet, sodass sie auch über die Verwaltungsebenen hinweg erreichbar sind. Damit hat Krefeld den Anschluss an den Portalverbund bereits weit vor dem gesetzlich vorgeschriebenen Zeitpunkt Ende 2022 erreicht.

Mit der Digitalisierung und Prozessoptimierung bekenne sich die Stadtverwaltung auch zum mobilen Arbeiten, wie Bern erklärt: „Der demografische Wandel schreitet voran. Wollen wir neue Arbeitskräfte gewinnen, müssen wir attraktive Arbeitsbedingungen schaffen. Dazu zählt ein hohes Maß an Flexibilität hinsichtlich Arbeitszeit und -ort“, sagt sie. „Entsprechend passen wir die Hardware-Ausstattung der Mitarbeitenden an. Ein Großteil von ihnen soll seine Arbeit künftig möglichst flexibel gestalten können. Diese zukunftsfähige Arbeitsplatzausstattung zur Verfügung zu stellen, ist Ziel unserer Hardware-Strategie.“ Bern fasst zusammen: „Wir sind der festen Überzeugung, dass wir mit dem Erreichten und den bereits geplanten Maßnahmen auch in Zukunft eine attraktive und serviceorientierte Verwaltung sein werden.“

Angelika Peters ist bei der Stadt Krefeld zuständig für Presse und Kommunikation.

Wirtschaft first

Die digitale Souveränität steht beim europäischen Cloud-Projekt Gaia-X nicht mehr im Vordergrund. Der öffentliche Sektor spielt in dem Konsortium eine eher geringe Rolle. Immerhin ist der IT-Dienstleister Dataport mit drei Use Cases vertreten.

Als Gaia-X im Oktober 2019 als großangelegtes Daten-Infrastrukturprojekt angetreten ist, stand das Vorhaben ganz im Zeichen der digitalen Souveränität. Man wollte eine europäische Alternative zu amerikanischen Cloud-Anbietern wie Amazon, Microsoft und Google schaffen. Der damalige Wirtschaftsminister Peter Altmaier sprach vom Goldstandard bei Cloud-Diensten und einem europäischen Datenökosystem. Denn der Datenwirtschaft gehört die Zukunft. Raumfahrt, Finanzwesen, Gesundheitsindustrie, Bauwirtschaft und der gesamte Bereich der Mobilität setzen auf das Datengeschäft. Hintergrund für Gaia-X waren auch sicherheitspolitische Aspekte – die Befürchtung, dass aufgrund des US-Cloud-Act hiesige Daten ungewollt und unbemerkt in Richtung USA abfließen könnten.

Der Idee nach sollen europäische Unternehmen zu einem auf Vernetzung beruhenden, dezentralen Cloud-Ökosystem zusammengeschlossen und hierfür eine standardisierte Infrastruktur mit Cloud-Services entwickelt werden. Gründungsmitglieder waren elf deutsche und elf französische Firmen, darunter Bosch, BMW, Deutsche Telekom, SAP und Siemens oder OVH und Orange sowie einige Firmen aus



Gaia-X: Europäische Cloud-Infrastruktur.

dem Mittelstand und dem öffentlichen Sektor. Inzwischen besteht das Konsortium aus mehr als 300 Unternehmen – und erste springen wieder ab. So hatte sich etwa der französische Mittelständler Scaleway im November vergangenen Jahres zu diesem Schritt entschlossen und wendet sich damit gegen ein Polarisierungsparadoxon, wie es Geschäftsführer Yann Lachelle nennt: Dass nämlich mit Akteuren wie Microsoft, Google und Amazon oder dem chinesischen Konzern Huawei genau jene Großanbieter mitmischen, gegen deren Vorherrschaft man sich ursprünglich gewendet hatte. Sogar die US-amerikanische Firma Palantir, spezialisiert auf nachrichtendienstliche Schnüffel-Software, ist bei Gaia-X mit von der Partie. Seitens der Gaia-X-Foundation heißt es, aus wettbe-

werbsrechtlichen Gründen dürfe niemand ausgeschlossen werden. Francesco Bonfiglio, Geschäftsführer der Stiftung, spricht von einer Umarmungsstrategie und erklärte noch im Dezember gegenüber der Zeitschrift Wirtschaftswoche: „Wer glaubt, dass Gaia-X Nicht-Europäer ausschließen dürfte, hat keine Ahnung von der Welt der Daten.“

Diese Welt der Daten ist nämlich, was deren Aufbewahrung und Verarbeitung anbelangt, längst aufgeteilt. Die so genannten Hyperscaler bieten seit Jahren funktionierende und wettbewerbsfähige Cloud-Services an. Der Markt wird angeführt von Amazon mit 30 Prozent, gefolgt von Microsoft (15 Prozent), Google und IBM (jeweils 8 Prozent). Und Treuhänder-Modelle, die eine Datenaufbewahrung auf europäischem

Territorium nach den Datenschutzstandards der EU vorsehen, sind ebenfalls nicht ganz unbekannt.

Ohnehin ist das Regelwerk von Gaia-X dahingehend flexibilisiert worden, dass nun drei Compliance-Stufen existieren, über die eine Konformitätsbewertungsstelle wacht und alle Angebote und Anbieter überprüft und zertifiziert. Alles ist möglich: Datenhaltung irgendwo (Level 1), Datenhaltung in Europa (Level 2) oder noch stärkere Anforderungen gegenüber Zugriffsrechten aus Drittstaaten. Dieser Level 3 schließt theoretisch eine Beteiligung nicht-europäischer Anbieter aus. Doch ist noch ungeklärt, ob Partnermodelle, wie sie jüngst beim Zusammenschluss der Unternehmen SAP und Arvato Systems mit der Microsoft-Azure-Technologie verkündet wurden, nicht doch der Compliance von Gaia-X entsprechen können.

Für den Bitkom ist diese Offenheit so erforderlich wie wünschenswert: Hierdurch erst würden verschiedenste Anwendungsszenarien für die Cloud möglich. Ohnehin lässt für den Digitalverband die Einsicht in die strategische Bedeutung und wirtschaftliche Tragweite von Cloud-Technologien hierzulande noch zu wünschen übrig. „Es ist gut, dass die Politik die zentrale Rolle von Cloud-Technologien für die digitale Transformation erkannt hat und Cloud-Anbieter und Cloud-Angebote in Europa stärken will“, sagt Lukas Klingholz, Leiter Cloud und Künstliche Intelligenz beim

Bitkom. „Anwender und Nutzer von Clouds aus Wirtschaft und öffentlichem Sektor benötigen die volle Bandbreite an vertrauenswürdigen, sicheren und leistungsfähigen Angeboten. Es ist genau in unserem Sinne, wenn Anwender je nach Szenario frei wählen können, weil das sowohl Souveränität als auch Freiheit schafft.“

Der öffentliche Sektor – vertreten etwa durch die Städte Hamburg, Leipzig und Düsseldorf und IT-Dienstleister wie AKDB, DVZ und Dataport – spielt in dem Konsortium eine eher geringe Rolle. Gleichwohl hält man die öffentliche Mitarbeit an der operativen Ausrichtung von Gaia-X für entscheidend und setzt darauf, eine relevante Stimme für die Einhaltung der digitalen Souveränität zu sein. „Der öffentliche Sektor macht durch seine Beteiligung an Gaia-X die besonderen Herausforderungen durch rechtliche Rahmenbedingungen, den Anspruch an IT-Sicherheit und Datenschutz bei der Verwendung von Daten deutlich“, sagt Johann Bizer, Vorstand von Dataport. „Das ist von zentraler Bedeutung, weil nur auf die Art auch Akteure aus Industrie und Wissenschaft die Daten aus dem öffentlichen Sektor werden verwenden können.“

Dataport ist mit drei Use Cases bei Gaia-X vertreten. Zum einen nimmt der Dienstleister am vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten Projekt Possible teil, bei dem eine komplette Büro- und Kommunikationsumgebung für die Cloud geschaffen wird. Bei Dataport AI entstehen KI-Anwendungen, um die Datennutzung der öffentlichen Verwaltung voranzutreiben. „Wir trainieren mit Verwal-

tungsdaten bestimmte KI-Anwendungen, etwa Sprach- und Texterkennung. Diese Trainingsmodelle könnten wir über Gaia-X anbieten. Personengebundene Daten würden dabei gar nicht herausgegeben. Aber das Modell, das wir trainiert haben, könnte auch von anderen genutzt werden“, sagt Tina Siegfried, die bei Gaia-X den öffentlichen Sektor vertritt. Und auch beim Projekt Merlot steht künstliche Intelligenz im Vordergrund, allerdings bezogen auf den Bildungsbereich und die Schul-Cloud.

Die meisten Use Cases, die derzeit entstehen, finden indes im Bereich Industrie 4.0, Energie, Finanzwesen, in der Baubranche und dem Gesundheitswesen statt. Die beteiligten Akteure haben ein entsprechendes Eigeninteresse an den zu schaffenden Diensten und Strukturen. Seitens der Gaia-X-Foundation ist unlängst der Startschuss für die Implementierung gefallen, als erste Federation Services beispielsweise für die Identifizierung in Datenräumen verabschiedet wurden.

Doch wie sieht es unter den Teilnehmern und Anwendern mit ihrer Bereitschaft aus, für souveräne Services gegebenenfalls auch mehr zu bezahlen? Eine Studie des Bundeswirtschaftsministeriums stellt die hohe Bedeutung einer Verbesserung der digitalen Souveränität für die deutsche Wirtschaft fest. Beim Bitkom ist eine Studie zur souveränen Cloud in Planung. Der Verband geht allerdings davon aus, dass Souveränität insbesondere für regulierte Industrien eine große Rolle spielt – damit ist unter anderem der öffentliche Sektor gemeint.

Helmut Merschmann

Link-Tipp

Offizielle Website des Projekts:

- www.gaia-x.eu

Dekade der Digitalisierung

Anna Katharina Bölling

Die Corona-Pandemie und die damit einhergehende extreme Belastung in den Gesundheitsämtern boten einen Vorgeschmack darauf, was der Fachkräftemangel für die Verwaltung bedeutet. Die Digitalisierung ist hier ebenso Herausforderung wie Teil der Lösung.

Als ich am 1. November 2020 mein Amt als Landrätin des Kreises Minden-Lübbecke antrat, geschah dies in digitaler Form: Am Sonntagmorgen startete ich mit der Leitung des Corona-Krisenstabs per kurzfristig einberufener Videokonferenz. Es war die erste von inzwischen unzähligen Videokonferenzen – in diesem Punkt hat die Pandemie meine Arbeit als Landrätin und überhaupt die der Verwaltung in gleicher Weise geprägt wie die von Millionen anderen Berufstätigen.

Die Pandemie hat die Digitalisierung ein großes Stück vorangetrieben und gezeigt: Verwaltung kann auch digital funktionieren. Und: Bürgerinnen und Bürger profitieren davon. Schnell haben die verschiedensten Arbeitsbereiche trotz Kontaktbeschränkungen Wege gefunden, um – zum Teil aus dem Homeoffice heraus – zuverlässig weiter für die Bürgerinnen und Bürger da zu sein. Bereits vor der Pandemie angestoßene Digitalisierungsprozesse konnten genutzt und forciert werden, etwa die onlinebasierte Beantragung von Elterngeld oder die Unterlagen-App des Jobcenters, die das Hochladen einzureichender Unterlagen von zu Hause aus ermöglicht (siehe auch *Kommune21 Ausgabe 2/2022*). Zugleich hat die



Videokonferenz: Digitalisierung ist Herausforderung und Lösungsansatz zugleich.

Pandemie Herausforderungen und Grenzen der Digitalisierung aufgezeigt.

Die allermeisten Bereiche sind derzeit noch nicht frei von Medienbrüchen – ein Beispiel ist etwa die noch immer erforderliche persönliche Identifizierung durch den Bundespersonalausweis beim Straßenverkehrsamt. Auch im Kreis Minden-Lübbecke gibt es zwar schon eine ganze Reihe von Portallösungen, wir stellen aber auch fest, wie wenig diese bisher aufeinander abgestimmt und wie viele Prozesse bisher gar nicht digitalisiert sind. In vielen Bereichen ist die dazugehörige digitale Ausstattung noch längst nicht ausreichend – erheblicher Ausbaubedarf besteht etwa an Schulen oder in der allgemeinen Verwaltung. Das bezieht sich nicht

nur auf die Geräte, die zur Verfügung stehen, sondern auch auf den Zugang zum Internet. Immerhin hat es der Kreis in den vergangenen Jahren geschafft, im ländlichen Bereich 1.319 Kilometer Trasse zu verlegen und 4.352 Hausanschlüsse zu realisieren. Trotzdem gibt es noch viel zu tun.

Gleiches gilt für die Ausstattung und Führung der Mitarbeitenden im Homeoffice: So beeindruckend es ist, mit welcher Motivation, Flexibilität und welchem Pragmatismus die Kolleginnen und Kollegen die flächendeckende Umstellung auf das Homeoffice gemeistert und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung aufrechterhalten haben, so nötig ist es, diese Entwicklung aktiv zu gestalten: in technischer wie organisatorischer Hinsicht.

Die Anforderungen an Führungskräfte haben sich verändert und sind gestiegen. Wenn nicht alle Mitarbeitenden zu den üblichen Arbeitszeiten in ihren Büros sitzen, wird Führen schwieriger. Durch neue Instrumente entstehen neue Routinen und Rituale. Denjenigen, die sich vielleicht schon länger mehr Flexibilität gewünscht hatten, kommt das neue Arbeiten entgegen. Diejenigen, die aus persönlicher Neigung oder aufgrund der Art ihrer Tätigkeit ihre etablierten Abläufe brauchen, bewältigen den Wandel hingegen weniger leicht. Wer in einer Führungsposition Verantwortung trägt, hat jetzt die Aufgabe, all dies in Einklang zu bringen und weiter für einen reibungslosen Arbeitsablauf zu sorgen. Das setzt oft erfreulich viel Kreativität und Pragmatismus frei, bedeutet gleichzeitig aber mehr Aufwand.

Zwei der größten Herausforderungen, vor denen die öffentlichen Verwaltungen derzeit stehen, wurden durch die Pandemie noch einmal deutlich vor Augen geführt: Zum einen der Fachkräftemangel und der damit einhergehende Wissensverlust, zum anderen die Digitalisierung selbst, die Herausforderung und Lösungsansatz zugleich ist. Die extreme Arbeitsbelastung in den Gesundheitsämtern etwa hat einen Vorgesmack darauf gegeben, was mit dem Fachkräftemangel auf die Verwaltungen zukommen wird. Digitalisierung kann ein Mittel sein, um mit einer geringeren Anzahl von Mitarbeitenden mehr Arbeit zu schaffen. Zugleich sind die Verwaltungen darauf angewiesen, sich als attraktiver Arbeitgeber am Markt zu behaupten. Das bedeutet, dass etwa der Wunsch der Mitarbeitenden nach Flexibilität

mit dem Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf eine gute Erreichbarkeit und Serviceleistungen sowie mit dem starren Korsett von TVöD und Beamtenrecht in Einklang gebracht werden muss. Digitalisierung kann auch hier ein Teil der Lösung sein.

Die Welt wird täglich digitaler. Die Bürgerinnen und Bürger haben zu Recht den Anspruch, dass der digitale Wandel vor der Verwaltungsrealität nicht Halt macht. Welche Dimension diese Umstellung hat, machen zwei Zahlen deutlich: Laut dem Onlinezugangsgesetz liegen 575 Verwaltungsaufgaben mit 7.500 Einzelleistungen vor uns, die wir an die Bedürfnisse der Menschen anpassen und digital anbieten werden. Für diese Umstellung der Verwaltungsorganisation sind wir auf klug gesetzte Leitplanken und die Unterstützung der Politik angewiesen.

Als Landrätin des Kreises Minden-Lübbecke verstehe ich es als meine Aufgabe, diese Dienstleistungen nicht nur auf den Weg zu bringen, sondern die Digitalisierung der Verwaltung aktiv zu gestalten. Der Kreis verfolgt eine gezielte Digitalisierungsstrategie. Diese fängt mit der Schaffung entsprechender organisatorischer Strukturen an. Es müssen die erforderlichen Personalressourcen geschaffen und klug eingesetzt werden. Die Bereiche IT, Organisation und Personal werden in einem Querschnittsdezernat zusammengeführt, da keine dieser Aufgaben mehr isoliert gedacht werden kann. Ein wesentliches Werkzeug ist das neu eingeführte Prozess-Management. Arbeitsabläufe werden aufgelistet, auf Medienbrüche untersucht und so Potenziale für eine weitere Digi-

talisierung sichtbar gemacht. Abläufe werden verschlankt, wo immer es geht und sinnvoll ist.

Ein erstes Pilotprojekt war die Überarbeitung des Prozesses zur Beantragung von Fortbildungen. Bisher gab es vier verschiedene Wege dazu, was nun medienbruchfrei auf einen einzigen elektronischen Workflow reduziert werden konnte. In einem nächsten Schritt erfolgt die Umstellung der Wiederbesetzung von Stellen. Bereits jetzt ist absehbar, dass die Anzahl der nötigen Arbeitsschritte um mehr als ein Drittel reduziert werden und damit eine effektivere Personalwirtschaft ermöglicht werden kann.

Das sind erste Schritte für eine bessere Nutzung der Digitalisierung im Bereich der internen Verwaltung. Überall dort jedoch, wo externe Vorgänge und ein Handeln mit Außenwirkung betroffen sind, wird es komplizierter. Denn die Zahl der handelnden Akteure ist – auch bedingt durch den Föderalismus – unüberschaubar: Nicht auf die Digitalisierung ausgelegte Gesetze auf allen Ebenen stehen medienbruchfreien Prozessen oft im Weg. Dort besteht dringend Nachholbedarf, wenn dieses Jahrzehnt die Dekade der Digitalisierung der Verwaltung werden soll. Zuversichtlich macht mich, dass Politik und Verwaltung auf allen Ebenen das gleiche Ziel haben. Der Aufwand für die Digitalisierung ist notwendig und lohnenswert, denn am Ende werden Bürgerinnen und Bürger sowie Mitarbeitende in den Verwaltungen gleichermaßen von den Neuerungen profitieren.

Anna Katharina Bölling ist Landrätin des Kreises Minden-Lübbecke.

Jetzt die Weichen stellen

Digitalisierung und veränderte Ansprüche der Mitarbeitenden machen es für Verwaltungen unumgänglich, sich mit modernen Arbeitsformen zu beschäftigen. Erste Erfahrungen der Städte Bochum und Wuppertal sowie der Kreise Soest und Darmstadt-Dieburg sind positiv.

Die Corona-Pandemie hat dafür gesorgt, dass mobiles Arbeiten und Homeoffice auch in der öffentlichen Verwaltung vermehrt Einzug halten. Zahlreiche Kommunen haben sich aber schon vor der Pandemie mit dem Thema New Work beschäftigt – schon allein deshalb, weil der drohende Fachkräftemangel und das Werben um Nachwuchskräfte es gebieten, dass sich die Behörden als attraktive Arbeitgeber präsentieren. Und dazu gehören eben auch moderne Arbeitsumgebungen und -modelle, die den veränderten Ansprüchen der jüngeren Generation Rechnung tragen.

So investiert etwa die Stadt Wuppertal seit Jahren erhebliche Ressourcen in die Modernisierung der Verwaltung und hat im Rahmen ihrer Digitalisierungsstrategie digital2023 unter anderem die Weichen für eine neue Arbeitswelt gestellt. „Die Modernisierung der Prozesse, der Ausstattung und des Arbeitsumfelds soll dazu beitragen, dass die Stadtverwaltung Wuppertal als attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen wird – intern und extern“, sagt Johannes Slawig, Kämmerer der Stadt Wuppertal. Für die Mitarbeitenden bedeute die Möglichkeit zur Nutzung von Telearbeit und mobiler Arbeit zum Beispiel eine bessere



Wuppertal: Auf dem Weg zu neuen Arbeitswelten.

Verzahnung von Arbeits- und Lebensstil, für die Stadt ergebe sich die Chance, Flächen effizienter und flexibler zu nutzen und der herrschenden Raumnot bei gleichzeitig freistehenden Flächen an anderer Stelle begegnen zu können. Für die zukünftige Arbeitswelt müssten allerdings neue Raumnutzungskonzepte geschaffen und die technische Ausstattung modernisiert werden.

Als aufgrund der Covid-19-Pandemie der Publikumsverkehr stark reduziert und die Arbeitsorganisation innerhalb der Verwaltung kurzfristig umgestellt werden musste, konnten in Wuppertal durch die bereits vorhandene technische Infrastruktur erhebliche Teile der Belegschaft im Homeoffice arbeitsfähig

gehalten werden. Im Zuge der Pandemie haben die Themen Homeoffice und mobiles Arbeiten dann eine rasante Entwicklung erfahren: Circa 1.700 Nutzer wurden nach Angaben der Stadt Wuppertal seit Beginn der Corona-Pandemie mit einem dienstlichen mobilen Endgerät ausgestattet. Hinzu kämen mehr als 2.000 Nutzer, die sich aus dem Homeoffice heraus auf das städtische Netz aufschalten können; mehr als 1.200 zusätzliche Zugänge seien innerhalb weniger Tage eingerichtet worden. Die Eingangspost einiger Ämter werde jetzt in zwei modernen Scan-Straßen gescannt und digital verteilt – auch diese Umstellung sei aufgrund der Pandemie schneller als ursprünglich geplant erfolgt.

Besprechungen mit mehreren Personen finden in Wuppertal seit Beginn der Pandemie fast ausschließlich virtuell statt. Bei der internen Kommunikation setzt die Stadtverwaltung auf klassische Kommunikationsmittel wie das Intranet und E-Mails. Auch die Mitarbeiter-App MIA, in der sich relevante Informationen für den Arbeitsalltag und Neuigkeiten aus der Stadtverwaltung wiederfinden, hat durch die Pandemie an Bedeutung gewonnen und wird momentan von mehr als 3.000 Mitarbeitenden regelmäßig verwendet. Die zukünftige Arbeitswelt fordert zudem neue Tools für die Kommunikation und Zusammenarbeit. Ein großer Fokus liegt in Wuppertal dabei auf der Einführung eines neuen Intranets – unter Leitung des Amts für Informationstechnik und Digitalisierung ist ein entsprechendes Relaunch-Projekt gestartet, welches einen neuen Workplace für Mitarbeiter konzipieren und in den kommenden Jahren umsetzen soll.

Um die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie aufzugreifen und Regeln für künftige, moderne Arbeitsformen zu schaffen, hat die Stadt im Oktober 2020 das verwaltungsweite Projekt „Zukünftige Arbeitsorganisation der Stadtverwaltung Wuppertal“ initiiert. Die Projektgruppe besteht aus verschiedenen Akteuren der Stadtverwaltung und hat die Aufgabe, Konzepte für Arbeitsformen der Zukunft zu entwerfen und die technischen, organisatorischen, personalwirtschaftlichen und räumlichen Konsequenzen aufzuzeigen, die sich daraus ergeben.

So wurde etwa die zukünftige Ausstattung der dienstlichen und

häuslichen Arbeitsplätze der Beschäftigten definiert. Darüber hinaus hat sich die Projektgruppe ausführlich mit nötigen Kommunikations- und Kollaborationstools befasst, Schulungskonzepte evaluiert, Leitlinien zur Führung auf Distanz formuliert und die finanzielle Bezuschussung der Mitarbeitenden für die Ausstattung des häuslichen Arbeitsplatzes sichergestellt. Auf Empfehlung der Projektgruppe konnte im Juni 2021 ein Grundsatzbeschluss des Verwaltungsvorstands zur Pilotierung der neuen Arbeitswelt in einzelnen Bereichen der Verwaltung erwirkt werden. Damit die gewonnenen Erkenntnisse möglichst heterogen sind, wurden solche Bereiche der Verwaltung als Piloten ausgewählt, die sich in Form der Tätigkeit, Arbeitsorganisation, Größe und Digitalisierungsstand möglichst unterscheiden. Die gesammelten Erkenntnisse fließen anschließend direkt in das Regelwerk der neuen Arbeitswelt ein.

Auch der Kreis Soest hat sich bereits vor Corona mit New Work beschäftigt. Den Einstieg in das Thema bildete das gemeinsam mit der Hochschule für Berufstätige FOM und der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg durchgeführte Projekt Agilkom. Hierbei wurden in zwei Pilotbereichen des Kreises – der Personalentwicklung sowie dem Bereich IT & Verwaltungsdigitalisierung – Anfang 2020 erste Workshops durchgeführt, um Spielregeln für neue Formen der Kooperation zu erarbeiten. „Der Plan war, diese im Sommer 2020 im Rahmen einer Experimentierphase zu erproben, iterativ anzupassen und so Erfahrungswerte zu sammeln. Diese sollten in eine neue Dienstvereinbarung für Mobiles

Arbeiten münden“, berichtet Katrin Knorr, Abteilung Personalentwicklung des Kreises Soest. Von dem kurzfristigen Wechsel ins Homeoffice im Zuge des ersten Lockdowns sei der Kreis zwar überrascht worden, rückblickend habe sich der Lockdown aber zumindest in dieser Hinsicht als Vorteil erwiesen. „Aus den Vorüberlegungen im Workshop sind wir direkt in die Umsetzung gegangen“, so Knorr. In die eigentliche Experimentierphase sei man also mit einem Erfahrungsvorprung gestartet. „Und obwohl der harte Wechsel ins mobile Arbeiten nicht immer schmerzfrei war, haben wir festgestellt, dass grundsätzlich alle Büroarbeitsplätze unserer Verwaltung in unterschiedlichen Ausprägungen für mobiles Arbeiten geeignet sind.“

Diese Erfahrung kann die Stadt Bochum bestätigen, wo die Corona-Pandemie ebenfalls für einen erheblichen Schub hin zu neuen Arbeitsformen gesorgt hat. Zwar bot die Stadt bereits davor die so genannte „Alternierende Teleheimarbeit“ als eine Form des mobilen Arbeitens an, was auch rege in Anspruch genommen, von den Führungskräften allerdings oftmals kritisch gesehen wurde – weil sie etwa die Produktivität der Beschäftigten, die von zu Hause aus arbeiteten, infrage stellten. „Durch Corona hat sich das verändert“, erklärt Stefan Wissmann, Persönlicher Referent der Dezernentin für Finanzen, Beteiligungen und Bürgerservice bei der Stadt Bochum. „Wir haben gelernt, dass mobiles Arbeiten und das Arbeiten im Homeoffice auch für eine Verwaltung in vielen Bereichen sehr gut funktionieren kann und nicht zu einer Minderung in Qualität und Quantität führt.“

Neue Tools und Verfahren seien in Bochum – teils sehr kurzfristig – in agilen Projekten implementiert und ausgerollt werden; Projekte, die bereits vor Corona gestartet sind, wurden beschleunigt umgesetzt, um weiterhin handlungsfähig zu bleiben. Die Arbeitsprozesse wurden ebenfalls an die immer wieder neuen Rahmenbedingungen der Pandemie angepasst. So wurde etwa in Bereichen mit Kundenkontakt, die zuvor wenig oder gar nicht mit Terminvergaben gearbeitet hatten, das Termingeschäft eingeführt. „Die Erfahrungen hierbei waren in den meisten Fällen sehr positiv und sollen nach Corona beibehalten werden“, berichtet Wissmann. Die bestehende Dienstvereinbarung zur Regelung der alternierenden Teleheimarbeit durch eine neue, modernere und mehr Freiraum gebende Dienstvereinbarung zur Mobilen Arbeit zu ersetzen, sei aufgrund all dieser Erfahrungen nur die logische Konsequenz gewesen.

Im Rahmen der Bochum-Strategie verfolgt die Stadt unter anderem das Ziel, die baulichen und infrastrukturellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich Kunden und Mitarbeitende auch zukünftig wohl und wertgeschätzt fühlen – etwa durch eine Verbesserung der Work-Life-Balance, maximale Flexibilität bezüglich Zeit und Ort der Arbeitserbringung sowie Regeln und Vereinbarungen, die den Rahmen für ein eigenverantwortliches Handeln schaffen. Zudem sollen die Chancen einer durchgängigen Digitalisierung von Dienstleistungen und Arbeitsabläufen konsequent genutzt und die Stadt Bochum mit ihren Tochtergesellschaften zu einer der ersten Adressen als Arbeitgeberin gemacht werden. Diese Zielset-

zungen greift auch das Projekt Moderne Arbeitswelten auf. Anknüpfungspunkte an diese Ziele finden sich zudem im Smart-City-Konzept der Stadt Bochum wieder.

Im Rahmen des Projekts Moderne Arbeitswelten werden nach Angaben der Stadtverwaltung auch die notwendigen Rahmenbedingungen für ein aktivitätenbasiertes Arbeiten entwickelt. Das bedeutet, dass die Beschäftigten aus einer Vielzahl von unterschiedlichen Raummodulen, die in einem Raumnutzungskonzept hinterlegt sind, eigenverantwortlich jeweils die Arbeitsumgebung wählen, die sie bei der Arbeit am meisten unterstützt. Damit sie auch mobil von zu Hause aus arbeiten können, werden die Beschäftigten der Stadt Bochum zudem mit mobilen Endgeräten ausgestattet, die elektronische Akte eingeführt und Workflows sukzessive digitalisiert. Um in der neuen Arbeitsumgebung und mit der ortsunabhängigen Arbeitsweise auch weiterhin zum Beispiel Dienstbesprechungen durchführen zu können, werden die Besprechungsräume hybrid ausgestattet. Die Stadt Bochum geht davon aus, dass ein Einzug der Fachbereiche in die neu gestalteten Räumlichkeiten im Laufe des nächsten Jahres erfolgen kann.

Bereits Erfahrungen mit dem Arbeiten in modernen Raumkonzepten sammeln können die Beschäftigten im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Die Kommune hatte sich bereits vor der Corona-Pandemie entschlossen, einen Experimentierbereich mit 150 Arbeitsplätzen zu schaffen, die ein tätigkeitsorientiertes Arbeiten ermöglichen. Hintergrund war ein in Zukunft nicht mehr nutzbarer Gebäudeteil der

Kreisverwaltung, aufgrund dessen neue Arbeitsplätze entstehen mussten. In der neuen Arbeitswelt werden nun durch eine Vielfalt verschiedener Raummodule innovative Arbeitskonzepte getestet, die durch digitale Technik unterstützt werden.

Sechs Fachbereiche haben sich entschieden, die modernen Arbeitsformen zu erproben. Sie wurden eng in die räumliche Planung eingebunden und können sich somit gut mit der neuen Arbeitswelt im Landkreis Darmstadt-Dieburg identifizieren. Ihre Erfahrungen werden bei den weiteren räumlichen Planungen des Kreises hin zu einer modernen Verwaltung berücksichtigt. Dabei werden auch neue Wege der Arbeitsorganisation in den Blick genommen. Wie gelingt beispielsweise die Zusammenarbeit von Beschäftigten im Homeoffice und/oder denjenigen, die mobil arbeiten, mit denjenigen Beschäftigten, die in den Räumlichkeiten der Kreisverwaltung tätig sind?

Denn im Kontext der Pandemie hat sich auch im Kreis Darmstadt-Dieburg einiges verändert. „Im März 2020 hatten wir circa 250 Telearbeitsplätze zur Verfügung. Diese wurden in einem rasanten Tempo ausgebaut und die Kapazitäten auf heute 1.857 Zugänge erweitert“, berichtet Monika Abendschein von der Zukunftswerkstatt des Kreises Darmstadt-Dieburg. „Durch die Einführung von Videokonferenz-Systemen, X-phone und Kollaborations-Tools wie Concept-Board hat sich die hybride Zusammenarbeit der Teams kontinuierlich weiterentwickelt.“ Auch Projekte wie die weitere Einführung der E-Akte und andere Digitalisierungsvorhaben haben im Zuge der Pandemie einen

deutlich höheren Stellenwert erhalten und werden zu weiteren Veränderungen des Arbeitens in der Kreisverwaltung führen. „Der Landkreis Darmstadt-Dieburg hat mit seinem Experimentierbereich schon einen großen Schritt Richtung New Work getan“, ist Stephanie Bastian, Co-Leiterin der Zukunftswerkstatt, überzeugt. „Das neue Gebäude stößt auf großes Interesse und wird bei den Beschäftigten positiv wahrgenommen. Wir untersuchen nun, inwieweit sich die Konzepte im Experimentierbereich in Teilen auf die bestehenden Verwaltungsgebäude übertragen lassen.“

Dass die öffentliche Verwaltung nicht darum herumkommt, sich auf derartige neue Arbeitswelten einzulassen, steht für Stephanie Bastian außer Frage. „Digitalisierte Abläufe von Verwaltungsleistungen brauchen – um gut zu gelingen – ein anderes, noch nicht selbstverständliches Miteinander, das durch neue Arbeitswelten unterstützt wird. Denn diese helfen, das klassische Silodenken, also das Arbeiten in bekannten, starren Verwaltungs-

strukturen, zu überwinden“, erklärt sie. Das bedeute allerdings auch einen Kulturwandel für das Verwaltungshandeln. „Dazu werden nicht alle bereit sein“, schätzt ihre Kollegin Monika Abendschein. Insbesondere die Führungskräfte seien daher gefordert, ihre Teams auf dem Weg der Veränderung gut zu begleiten.

Da die Bedürfnisse der einzelnen Fachbereiche in einer Verwaltung vielfältig sind, werden sich aber auch die neuen Arbeitswelten je nach individuellem Anspruch unterscheiden. Die vorgegebenen Rahmenbedingungen dürfen daher nicht zu eng gesetzt sein, sondern müssen Führungskräften und Teams Spielraum für passgenaue Lösungen bieten. Im Kreis Soest gehen Bereiche, die den New-Work-Prozess starten, deshalb weitgehend selbstorganisiert vor, werden aber von erfahrenen Kollegen und im Einzelfall auch extern begleitet. „Die Führungskräfte geben einen Rahmen vor, in dem die Mitarbeitenden die Spielregeln einer hybriden Zusammenarbeit gemeinsam erarbeiten und dynamisch anpassen. Mit den jeweils

passenden Tools und Techniken zur Umsetzung“, erklärt Katrin Knorr vom Kreis Soest. Etwa sichere Chat- und Cloud-Lösungen oder ein virtuelles Whiteboard, um Arbeitsergebnisse festzuhalten. „Auch methodisch gesehen werden wir agiler und nutzen zum Beispiel Kanban, Design Thinking und Scrum“, so Knorr weiter. Insgesamt entstehe so ein bunter Blumenstrauss an Möglichkeiten. „Die Herausforderung ist, Tools und Techniken so bereitzustellen, dass die Mitarbeitenden sie effizient nutzen können. Ein Social Intranet kann hier als zentrale Plattform dienen.“

Insgesamt habe man mit diesem Vorgehen bislang sehr gute Erfahrungen gemacht. Dennoch erfordere der Veränderungsprozess Geduld und Achtsamkeit für die Bedürfnisse Einzelner und der Gruppe. „Wir befinden uns in einem ständigen Lernprozess, in dem sich die besten Lösungen etablieren“, fasst Katrin Knorr zusammen. „Eine Blaupause für die neue Arbeitswelt gibt es nicht.“

Bettina Weidemann

Anzeige

Betriebs- & Personalrat IV.NET

Ob Mitarbeiterverträge, Tagesordnungen oder Einladungen:

IV.NET ist unser Rundumsorglos-Paket für Kommunen und Verwaltungen. Die digitale Lösung vereint alle Module, die Sie für die sichere Kommunikation mitbestimmungspflichtiger Vorgänge zwischen der Dienststellenleitung und dem Betriebs- oder Personalrat benötigen.

Effizient. Sicher. Mobil.

Mehr unter: www.sitzungsdienst.net/produkte



STERNBERG



Top-Talente überzeugen

Hubert Ketterer

Im Wettbewerb um die besten Talente können Kommunen unter anderem mit einer einfachen Bewerbungsabgabe, zeitnahen Entscheidungen und der Kommunikation mit den Jobsuchenden punkten. Mit der passenden Bewerber-Management-Software lässt sich das umsetzen.

In Zeiten des Fach- und Führungskräftemangels ist die Personalbeschaffung eine echte Herausforderung für die Kommunen. Wurden die Recruiting-Prozesse bislang oft nur an den Rand der eigentlichen Wertschöpfung gestellt, haben sie nun zunehmend strategische Bedeutung. Immer mehr öffentliche Einrichtungen erkennen hier massives Verbesserungspotenzial. Eine Bewerber-Management-Software kann ihnen beim Beheben der Schwachstellen helfen. Vor allem reibungslose Abläufe sind wichtig – und zwar von der Meldung der Vakanzen samt Stellenausschreibung über das Erfassen und Verwalten der Bewerbungen bis hin zum Kandidaten-Ranking und der Vertragsunterschrift. Dauern Kommunikation und Entscheidung zu lange, haben sich die besten Talente oft schon für die Konkurrenz entschieden.

Eine zeitgemäße Lösung bietet das Unternehmen BITE an. Es bringt über 15 Jahre Erfahrung mit, zählt mehr als 1.000 Kunden und über 100.000 aktive Anwender. Der BITE Bewerbermanager überzeugt sowohl durch seine intuitive Bedienung als auch durch seinen Funktionsumfang. BITE ist außerdem ISO 27001 zertifiziert und erfüllt somit höchste Sicherheitsstandards. So-



Zeitnah entscheiden dank reibungsloser Abläufe im Bewerber-Management.

wohl die Software-Entwicklung als auch die Datenhaltung finden in Deutschland statt. Zudem wird sichergestellt, dass alle Handlungsanforderungen aus der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) normkonform in der Software eingehalten und umgesetzt werden können.

Zu den Anwendern des BITE Bewerbermanagers zählt beispielsweise die Stadt Trier. „Die Umstellung des Bewerbungsmanagements auf die Online-Abwicklung via BITE hat unsere Erwartungen voll erfüllt“, berichtet Petra Walden, Abteilungsleiterin Personalentwicklung bei der Stadt. „Der ambitionierte Zeitplan zur Einführung wurde eingehalten, unsere Zuarbeiten waren leistbar und so konnten wir innerhalb weniger Wochen von der aufwendigen Einzelverarbeitung eingehender Bewerbungen auf ein wesentlich

effizienteres Verfahren umstellen. Uns bleibt so mehr Zeit für die wirklich wichtigen Schritte und den persönlichen Kontakt im Bewerbungsverfahren.“

Bereits beim E-Recruiting ist die Lösung von BITE hilfreich. Mit QR-Codes auf den Stellenausschreibungen ermöglicht sie eine dedizierte Auswertung, über welchen Kanal die Bewerbungen jeweils eingegangen sind. Die Kommunen erfahren so, welche Jobbörse, welches Printmedium oder welcher Social-Media-Kanal den meisten Nutzen in Relation zu den Kosten generiert hat.

Link-Tipp

Weitere Informationen über den BITE-Bewerbermanager:

- <https://www.b-ite.de>

Um die Jobsuchenden auf die kommunale Karriere-Website zu leiten, ist die Bildsprache in den Stellenausschreibungen wichtig. Auch die Benefits der Stelle sollten aufgezeigt werden. Haben die Top-Talente die Karriereseite angeklickt, sollten sie eine authentische, ansprechende sowie moderne Plattform vorfinden. Neben der Optik trägt dazu die Bedienerfreundlichkeit bei. Eine Segmentierung der aufgeführten Stellenangebote in Bereiche und weitere Filter erleichtert die Auswahl. Ein integrierter Job-Alert ermöglicht es Interessierten, sich anhand von eigens definierten Suchkriterien neue Stellenangebote via E-Mail automatisiert zukommen zu lassen.

Bei der Publikation der Stellenanzeigen unterstützt BITE mit einfachen Abläufen, erklärt Carsten Kramer, Personalleiter bei der Stadt Sindelfingen: „Durch die Übernahme unserer bestehenden Stellenausschreibungen in das System können wir ganz einfach weitere Stellenausschreibungen generieren, anpassen und auf den jeweiligen internen und externen Kanälen binnen weniger Sekunden veröffentlichen.“

Um die Jobsuchenden zur Bewerbungsabgabe zu motivieren, sollte das Prozedere einfach gestaltet sein. Ein Bewerber-Log-in ist eine große Hürde im Bewerbungsprozess. BITE setzt auf automatische Datenübernahmen aus bestehenden XING- oder LinkedIn-Profilen sowie die Möglichkeit, einen vorliegenden Lebenslauf einzulesen. Auch kann der bereits gestartete Bewerbungsverfahren pausiert und zu einem späteren Zeitpunkt an einem beliebigen Endgerät fortge-

setzt werden. Mit einem digitalen Recruiting-Assistenten oder Chatbot kann noch während des Bewerbungsvorgangs auf die Fragen der Bewerbenden eingegangen werden. Automatische Eingangsbestätigungen, die auf individuellen Vorlagen basieren, verkürzen außerdem die Wartezeit der Bewerbenden.

Verwaltungsintern erleichtert eine integrierte Lebenslaufanalyse die Bewertung der Bewerbungen. Sie visualisiert sowohl berufliche als auch schulische Stationen und Lücken in den Lebensläufen. Mithilfe eines Zeugnisanalyse-Tools lässt sich ohne nennenswerten Zeitaufwand eine große Anzahl von Arbeitszeugnissen auswerten. Simple Notensysteme und Symbole fördern hierbei die Verständlichkeit. Des Weiteren können mit BITE alle Prozessbeteiligten und Entscheider problemlos in die individuelle Beurteilung einer Bewerbung eingebunden und die Entscheidungsfindung zeitnah abgewickelt werden. Das bestätigt Patricia Ehret, Leiterin der Personalabteilung bei der Stadt Viernheim. „Durch den mobilen und standortunabhängigen Zugriff auf Bewerbungsunterlagen konnten unsere Bewerbungsprozesse bedeutend beschleunigt werden. Für die jeweiligen Verfahrensbeteiligten – Fachämter, Personalrat, HR, Gleichstellungsbeauftragte und Schwerbehindertenvertretung – ist nun ein schneller und unkomplizierter Zugriff auf alle relevanten Daten zu jeder Zeit gewährleistet. Positiv ist zudem die beschleunigte und in der Handhabung simple Kommunikation mit den Bewerbenden.“

Hubert Ketterer ist Geschäftsführer der BITE GmbH.



PERSONAL-EINSATZPLANUNG

DIGITAL
EINFACH
VON ÜBERALL



www.isgus.de

Zufriedenheit stärken

Alexander Gabele

Laut einer Studie können sich 80 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst vorstellen, den Arbeitgeber zu wechseln. Behörden können aber gegensteuern.

Die schlechte Nachricht: 80 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst können sich einen Arbeitgeberwechsel vorstellen. Das hat eine aktuelle Studie der Beratungsagentur Next-Public, das so genannte „Bleibebarmeter Öffentlicher Dienst“, ergeben. Laut der Umfrage unter 7.490 Beschäftigten in deutschen Behörden und Verwaltungen würde knapp ein Drittel der Befragten sogar zu einem Arbeitgeber in der Privatwirtschaft wechseln. Auf die Frage, mit welchen Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen sie in der Privatwirtschaft rechnen würden, nannten die Befragten eine bessere Bezahlung, höhere Flexibilität, bessere Ausstattung sowie Anerkennung und Wertschätzung. Ein Alarmsignal für Arbeitgeber.

Gegen die Wechselbereitschaft können Arbeitgeber des öffentlichen Diensts durchaus etwas unternehmen – etwa zeitgemäße Arbeitsmethoden und digitale Arbeitsprozesse einführen. Die Bindung der Beschäftigten kann bereits mit dem ersten Kontakt, zum Beispiel einem digitalisierten Bewerbungsprozess, und anschließend mit einem professionellen Onboarding beginnen. Die individuelle fachliche Einarbeitung und die soziale Integration der neuen Kollegen zahlt sich aus, denn eine gute

Kenntnis der internen Arbeitsabläufe und Ziele der eigenen Behörde fördert die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft sowie die emotionale Bindung an den Arbeitgeber.



Der Wechselbereitschaft gegensteuern.

Im weiteren Verlauf des Arbeitsverhältnisses kann die Zufriedenheit der Beschäftigten durch regelmäßige Weiterbildungen gestärkt werden. Mit dem Digitalisierungstarifvertrag des Bundes und dem Digitalisierungstarifvertrag des Landes Hessen existieren bereits erste Tarifverträge, die einen Anspruch auf Qualifizierung (und eine damit korrespondierende Weiterbildungspflicht) festschreiben, wenn bisher ausgeübte Tätigkeiten durch die Folgen der Digitalisierung wegfallen oder eine Qualifizierung für die Einarbeitung in eine neue Tätigkeit erforderlich wird.

Ein weiterer wunder Punkt ist laut Bleibebarmeter die Führungs-

und Feedback-Kultur im öffentlichen Dienst. Hier wünschen sich die Beschäftigten eine stärkere Wertschätzung und Anerkennung für ihre geleistete Arbeit. Eine große Bedeutung sollte dabei zeitnahes und professionelles Feedback spielen. Es reicht nicht, solches nur anlässlich des jährlichen Mitarbeitergesprächs zu geben, in dem es gleichzeitig um die dienstliche Beurteilung, die leistungsorientierte Bezahlung und Beförderungen geht. Führungskräfte können diesbezüglich sensibilisiert und geschult werden.

Es gibt aber auch Aspekte, bei denen der öffentliche Dienst im Vergleich zur Privatwirtschaft punkten kann und sollte. So geben im Bleibebarmeter nur 69 Prozent der Befragten an, dass sie das Gefühl haben, einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Dieser Wert müsste eigentlich höher sein, denn der öffentliche Dienst strebt im Vergleich zur Privatwirtschaft nicht nach Wachstum oder Gewinn. Im Kern geht es bei der Tätigkeit des öffentlichen Diensts um die Belange der Bürgerinnen und Bürger. Dies könnte von den Arbeitgebern deutlicher hervorgehoben werden.

Alexander Gabele ist Chefredakteur bei der Haufe Group.

Alle Infos in der Cloud

Uwe Kalkuhl

Cloudbasierte Plattformen dienen Personalämtern als zentrale Informationsquelle und unterstützen bei der systematischen Einarbeitung neuer Mitarbeitender.

In den vergangenen beiden Jahren kam es pandemiebedingt regelmäßig zu Veränderungen der Gesetzeslage für den Arbeitsmarkt. Entsprechend wurden die Sachbearbeitenden in Personalämtern mit immer neuen Informationen konfrontiert. Ein Beispiel: Der Deutsche Bundestag hat im März 2020 eine epidemische Lage von nationaler Tragweite festgestellt, die dann im November vergangenen Jahres wieder aufgehoben wurde. Bis zu einer grundsätzlichen Überarbeitung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) mussten jedoch weiterhin Infektionsschutzmaßnahmen ergänzt und rechtssicher umgesetzt werden. Diverse neue Vorschriften haben Auswirkungen auf die Personalarbeit in Kommunen, beispielsweise darauf, wie die Arbeit im Homeoffice ausgestaltet ist.

Das Beispiel zeigt, dass Sachbearbeitende in Personalämtern stets aktuell über rechtliche Vorgänge informiert sein müssen, die nicht unmittelbar aus dem Dienstrecht selbst herrühren, dort aber ganz praktische Berücksichtigung finden müssen. Und dass eben jene Fragen aktuell pandemiebedingt nicht auf dem „kurzen Dienstweg“ beantwortet werden können. Es ist also notwendig, einen zentralen Ort zu schaffen, der einen einheitlichen

Informationsfluss und damit eine rechtssichere Anwendung sicherstellt.

Sachbearbeitende sollten dabei möglichst auf eine zentrale Informationsquelle zurückgreifen und lokale Regelungen, Dienstanweisungen und Arbeitshilfen auf einer digitalen Plattform einsehen können – beispielsweise in Form einer cloudbasierten Expertenlösung, wie der Anwendung eGovPraxis Personal von Wolters Kluwer. Eine juristische Fachredaktion arbeitet entsprechende Rechtsinformationen praxisgerecht anhand aktueller Rechtsprechung für die jeweilige Behörde im Kontext der zu bearbeitenden Angelegenheit auf, sodass Sachbearbeitende diese schnellstmöglich verstehen und im individuellen Kontext anwenden können. Das schafft Rechtssicherheit und Behördeneinheitlichkeit und beschleunigt den Arbeitsablauf in Personalämtern.

Digitale Formate wie Online-Seminare von Fachleuten bewähren sich hier in besonderer Weise, da sie abseits vom Juristendeutsch klar, verständlich und praktisch für Rechtssicherheit und Hilfe bei der Umsetzung personalrechtlicher Maßnahmen sorgen. Auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung in den Behörden ist es sinnvoll, in der

fachlich-inhaltlichen Unterstützung auf digitale Formate zu setzen, da diese dann in die weiteren führenden digitalen Systeme, wie E-Akten-Anwendungen oder Fachverfahrensanwendungen, integrierbar sind. Ein weiterer Vorzug von digitalen cloudbasierten Plattformen ist, dass hier das gesammelte Team-Wissen gebündelt und somit im Personalamt gehalten werden kann. Denn amtspezifisches Prozesswissen, Dienstanweisungen oder lokale Regelungen sind nicht immer einheitlich und schnell auffindbar. Gemeinschaftliches Wissen geht etwa auch verloren, wenn Mitarbeitende aus dem Dienst ausscheiden.

Ebenso sind Cloud-Lösungen hilfreich bei der Einarbeitung neuer Mitarbeitender in Personalämtern, was oft sehr komplex und zeitaufwendig ist. Als zentrale Wissensplattform eignen sich Expertenlösungen wie eGovPraxis Personal daher ideal für eine systematische Einarbeitung. Solche Tools bieten die perfekte Positionierung für die aktuellen Herausforderungen in der täglichen, praktischen Personalarbeit und tragen maßgeblich zur Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung bei.

Uwe Kalkuhl ist Business Manager Public Digital bei Wolters Kluwer.

Modernisierung findet Stadt

Katharina Jelitto

Die Stadt Wolfsburg will ihre Verwaltung fit für die Zukunft machen. Dazu wurden unter anderem für die Themen-Cluster Personal-Management und Moderne Arbeitswelten entsprechende Maßnahmen erarbeitet.

Wie bereitet man sich als Stadtverwaltung auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen vor? Große Themen wie die kommunale Haushaltssituation, die Corona-Pandemie und eine gesteigerte Aufmerksamkeit gegenüber dem Klimaschutz führen dazu, dass Verwaltungen in vielen Bereichen umdenken und sich neu aufstellen müssen. Darüber hinaus gilt es, Megatrends wie den demografischen Wandel und die Digitalisierung als technologischen und gesellschaftlichen Wandel mitzugestalten, anstatt der ständigen Veränderung nur hinterherzueilen.

Unter dem Motto „Modernisierung findet Stadt“ wird das Thema der Verwaltungsmodernisierung in Wolfsburg seit dem Jahr 2019 verstärkt in den Vordergrund gerückt. Ziel ist es, die Verwaltung effektiver, effizienter und zukunftsorientiert zu gestalten. Die Modernisierung der Verwaltung ist eine reichsübergreifende, kontinuierliche Gemeinschaftsaufgabe, die durch eine Koordinierungsstelle im Referat Zentrales Organisationsmanagement gesteuert wird. Dabei soll die Digitalisierung kein Selbstzweck sein und auch die Lehren aus der Corona-Pandemie mit langen Zeiten von eingeschränktem Besu-



Stadt Wolfsburg will sich zukunftsorientiert aufstellen.

cherverkehr und mobilem Arbeiten sollen genutzt werden. Beide Themen werden die Arbeit in der Verwaltung maßgeblich verändern: Anforderungen und Bedürfnisse der aktuellen und zukünftigen Mitarbeitenden ändern sich. Die verschiedenen Arbeitsbereiche werden in puncto Zukunftsfähigkeit genau unter die Lupe genommen – mit dem Ziel, eine attraktive Arbeitgeberin zu sein und gleichzeitig den Bürgerinnen und Bürgern einen ausgezeichneten Service zu bieten.

2019 hat sich die Stadt Wolfsburg gemeinsam mit der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) auf den Weg gemacht, den städtischen Haushalt nachhaltig zu optimieren und die Verwaltung zu modernisie-

ren. Im ersten Schritt wurde die Haushaltskonsolidierung mit Blick auf die städtischen Finanzen forciert. Diese Bestrebungen werden nach wie vor fortgesetzt. Im Rahmen des Prozesses erarbeiteten die KGSt und Mitarbeitende der Stadt Wolfsburg Optimierungsvorschläge. Gemeinsam mit dem Verwaltungsvorstand wurden daraus im Jahr 2020 vier Schwerpunktthemen für die Modernisierung identifiziert und festgehalten. Der Prozess soll aus vier Themen-Clustern bestehen: Personal-Management, Moderne Arbeitswelten, Struktur und Effizienz sowie Verwaltungsdigitalisierung.

Aus der gemeinsam entwickelten Vision der Verwaltungsmodernisierung leiten sich für die vier The-

men-Cluster strategische Ziele ab. Diese werden in interdisziplinären Steuerungsgruppen weiterentwickelt und bei Bedarf ergänzt. Die Steuerungsgruppen stellen die „Maschinenräume der Modernisierung“ dar. Hier werden Maßnahmen entwickelt, hier bietet sich Raum für Innovation und eine Austauschplattform für die Projektarbeit. Durch neue Formen von Austausch und Zusammenarbeit wird sich auch die Organisationskultur weiterentwickeln. Jedes Projekt und jede Maßnahme werden so zum Katalysator für weitere Modernisierungsvorhaben.

Die Koordinierungsstelle für Verwaltungsmodernisierung im Referat Zentrales Organisationsmanagement der Stadt Wolfsburg trägt die Gesamtverantwortung für den Prozess. Sie ist die zentrale Steuerungseinheit im Modernisierungsprozess und Knotenpunkt der Kommunikation zwischen allen Akteuren. Als übergeordnete Projekt-Management-Stelle achtet sie darauf, dass die Projekte strategisch ausgerichtet sind und erfolgreich durchgeführt werden. Darüber hinaus bezieht sie Mitarbeitende aktiv in die Modernisierungsvorhaben ein. Durch Vorschläge aus einer Mitarbeiterbefragung und eigene fachliche Impulse sorgt sie für einen beständigen Austausch über Chancen zur Weiterentwicklung der Verwaltung.

Die Stadtverwaltung Wolfsburg will sich als moderne Arbeitgeberin aufstellen, um die demografische Entwicklung und den damit einhergehenden Fachkräftemangel erfolgreich zu gestalten. Dafür sind moderne Führungsmethoden sowie eine den laufenden Anforderungen entsprechende Qualifizierung der

Mitarbeitenden essenziell. Um diese Ziele zu erreichen, werden im Cluster Personal-Management die Themenfelder Employer Branding, Recruiting, Personalplanung, Kompetenzen und Qualifizierung sowie Führung (Strukturen, Modelle, Stile) jeweils einen Schwerpunkt darstellen und ganzheitlich betrachtet.

Unter dem Cluster Moderne Arbeitswelten werden im Verwaltungsmodernisierungsprozess neue Büroraumkonzepte, Arbeitsmittel und Arbeitsweisen erprobt, um Herausforderungen wie aktuell diejenige durch die Covid-19-Pandemie erfolgreich zu bewältigen. Ziel ist es, Innovationen zu fördern und passende Arbeitsbedingungen für die heterogenen Aufgaben der Kommunalverwaltung zu schaffen. Dazu werden die Themen Arbeitsmethoden und Kollaboration, mobiles Arbeiten, Desk-Sharing, aber auch Arbeitszeiten und -modelle in den Fokus genommen.

Damit die Stadt Wolfsburg effektiv und effizient arbeitet und die Struktur der Organisation optimal an den Aufgaben und Tätigkeiten der Verwaltung ausgerichtet ist, bedarf es im Cluster Struktur und Effizienz verschiedener Instrumente. Dazu gehören etwa Aufgabenkritik und Prozessoptimierung. Auch Wirtschaftlichkeitsaspekte spielen eine wegweisende Rolle.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (OZG) kommen Verwaltungen an der Digitalisierung nicht mehr vorbei. Sie bietet Behörden viele Möglichkeiten, um besser und schneller arbeiten zu können – nach innen und außen. Unabhängig von Ort und Zeit können Mitarbeitende

so auf Formulare und Informationen in digitaler Form zugreifen, Sachverhalte klären und Verwaltungsvorgänge beschleunigen. Voraussetzung dafür sind neben der benötigten Software auch die technische Ausstattung, sprich Hardware. Eine medienbruchfreie Kommunikation und Bearbeitung ist hier das angestrebte Ziel. Auch das Prinzip „one face to the customer“ – also eine feste Ansprechperson unabhängig von Anliegen und Kommunikationskanal – ist im Zuge der Verwaltungsdigitalisierung als ein Schwerpunkt zu sehen. Es dient dazu, Informationsverluste zu vermeiden und durch eine bessere Betreuung eine höhere Kundenzufriedenheit zu schaffen.

Die Modernisierung der Stadtverwaltung Wolfsburg ist eine Aufgabe, die alle Mitarbeitenden, aber auch die Bürgerinnen und Bürger betrifft. Der Prozess soll daher so weit wie möglich partizipativ erfolgen, denn nur so kann er seine Wirkung entfalten und gelebt werden. Verwaltungsvorstand, Führungskräfte und Interessenvertretungen der Stadt Wolfsburg werden in einem nächsten Schritt eine gemeinsame Vision der Verwaltungsmodernisierung sowie gemeinsame strategische Ziele entwickeln.

Der Prozess der Verwaltungsmodernisierung bedarf in vielen Punkten eines Umdenkens und das Betreten neuer Wege. Was aber schon jetzt feststeht: Es handelt sich dabei um eine Daueraufgabe.

Katharina Jelitto ist in der Koordinierungsstelle für Verwaltungsmodernisierung im Referat Zentrales Organisationsmanagement der Stadt Wolfsburg tätig.

SAP-Template für Kommunen

K. Hässler

Personalabteilungen des öffentlichen Diensts können die Standard-Software SAP HR nur mit vielen Anpassungen nutzen. Eine Lösung bietet ITEBO mit dem von Komm.ONE entwickelten SAP Kommunalmaster HR an. Die Stadt Oschersleben arbeitet bereits damit.

Kommunen, Bundes- oder Landesverwaltung haben andere Anforderungen an das Personal-Management als die Unternehmen der freien Wirtschaft. Unterschiedliche Tarifarten, Tarifgebiete und weitere Eigenheiten führen dazu, dass ihre Personalabteilungen sogar eine so schlagkräftige Software wie SAP nur mit vielen Anpassungen einsetzen können. Eine komfortable Lösung bietet ihnen die ITEBO-Unternehmensgruppe an. IT-Dienstleister Komm.ONE, ein langjähriger Partner des Unternehmens, hat auf Basis der Standard-Software SAP ein Template entwickelt, das auf die Anforderungen des öffentlichen Diensts zugeschnitten ist. Mit dem so genannten SAP Kommunalmaster HR (SAP KM HR) können die Personalabteilungen deutlich einfacher abrechnen – ohne Abstriche bei den Funktionen der Personalabrechnung oder bei der Kompatibilität mit anderen SAP-Modulen.

Die Stadt Oschersleben setzt das Template bereits ein, wie Bürgermeister Benjamin Kanngießner berichtet: „Mit SAP KM HR stellt ITEBO eine funktionale Lösung zur Verfügung, die wir mithilfe des Unternehmens optimal auf die Bedürfnisse unserer Personalverwaltung anpassen konnten. Im Laufe der

Zeit konnten wir die Funktionen stetig erweitern. Nun profitiert unsere Verwaltung von den Vorteilen der Digitalisierung, die den anfänglichen Aufwand mehr als rechtfertigt. Und mit der Unterstützung von ITEBO werden wir künftig noch weitere Funktionen nutzen.“

Der SAP Kommunalmaster HR setzt da an, wo SAP HR nicht ausreicht. Denn während die Industrie aus 45 Tarifarten in SAP wählen kann, sind die Eigenheiten des TVöD, TV-L oder BBesG nicht umfassend abgebildet. Anders in SAP KM HR. Hier sind 53 Tarifarten des öffentlichen Diensts in zwei Tarifgebieten vorhanden. Dank der laufenden qualitätsgesicherten Produktpflege der Tarife und Regelwerke werden Änderungen zeitnah übernommen, sodass Personalabteilungen jederzeit nach aktuellen Bestimmungen abrechnen. Höher- und Herabgruppierungen oder leistungsorientierte Bezahlungen lassen sich unkompliziert abbilden.

Mittlerweile sind über 4.200 Lohnarten im SAP Kommunalmaster HR angelegt. Von Basisbezügen und Zulagen über Einmalzahlungen oder Zeitzuschlägen bis hin zu Korrekturzahlungen und Beihilfe-Umlagen: SAP KM HR kann alle gängigen Szenarien abbilden und berech-

nen. Zusätzlich kann er wichtige Bescheinigungen erstellen, beispielsweise bei Verletzten-, Versorgungsranken- oder Krankengeld, Letzteres auch bei Erkrankung des Kindes. Bescheinigungen über Nebeneinkommen nach § 312 SGB II oder Arbeitsbescheinigungen nach § 312 SGB III gehören ebenso zum Funktionsumfang wie Ausbildungsbescheinigungen. Entgeltbelege und Lohnsteuerbescheinigungen können sowohl klassisch per Post versendet als auch digital für die Kunden bereitgestellt werden. Ein automatischer Versand über ein verschlüsseltes E-Mail-Verfahren ist ebenfalls möglich.

Aussagekräftige Statistiken, die auf Anforderungen des Kunden erstellt werden können, umfassen beispielsweise den Personalstand, Schwerbehinderte oder Berufsgenossenschaften. Außerdem können aus den Stamm- und Abrechnungsdaten Mitarbeiterlisten, Lohnkonten oder Buchungsbeträge ausgewertet werden.

Im öffentlichen Dienst gibt es einen Bedarf an zusätzlichen Infotypen, also Gruppen thematisch zusammengehöriger Datenfelder. Der SAP Kommunalmaster HR erfüllt auch diese Anforderungen und bietet solche Infotypen an. Sie können

beispielsweise die TVöD-Berechnungsgrundlage abbilden.

SAP KM HR integriert sich vollständig in eine bestehende SAP-Systemlandschaft. Dies ermöglicht den Austausch von Stammdaten innerhalb der verschiedenen Module. Durch die Plausibilitätsprüfung lässt sich sicherstellen, dass alle Stamm- und Bewegungsdaten richtig erfasst und gepflegt werden. Wichtige Bewegungsdaten und andere Veränderungsdaten wie Ein- und Austritte, vermögenswirksame Leistungen, Zulagen oder Sonderzahlungen werden erfasst und geprüft. Auch häufige Sonderfälle wie Mutterschutz und Elternzeit, Krankengeldzuschuss oder Abwesenheiten durch Urlaub und Krankheit bildet die Lösung zuverlässig ab.

ITEBO ist seit dem Jahr 2015 zertifizierter SAP Hosting Partner. In diesem Zuge bietet das Unternehmen Service Level Agreements (SLAs) an. In ihnen wird genau festgelegt, wie eine zugesicherte Serviceleistung erbracht werden muss. ITEBO bietet sie für den technischen Betrieb, die SAP-Basisbetreuung oder die SAP-Fachberatung an. Dadurch können sich ITEBO-Kunden sicher sein, dass Wiederherstellzeiten, Antwortzei-

ten oder die generelle Verfügbarkeit auf einem Niveau sind, wie sie es von einem SAP-Partner erwarten können. Auch konfiguriert und entwickelt die Unternehmensgruppe Schnittstellen, sodass Daten automatisch mit anderen Programmen ausgetauscht werden können.

ITEBO bietet des Weiteren Zusatzmodule an. Mit dem Modul „Personalkostenplanung“ können beispielsweise Führungskräfte die Entwicklung der Löhne und Gehälter des Personals inklusive der Personalnebenkosten organisations- oder planstellenbezogen planen. Verschiedene Planungsannahmen als Grundlage ermöglichen die Simulation unterschiedlicher Szenarien. Das Zusatzmodul „Förmlicher Stellenplan“ generiert wichtige Dokumente als Anhang zum Haushaltsplan, darunter eine Stellenübersicht, die Stellenverteilungsliste und natürlich der förmliche Stellenplan. Anwenderinnen und Anwender können aus mehreren vorkonfigurierten Auswertungen wählen. Auch entsprechende Infotypen zur automatischen Generierung können sie heranziehen und analysieren.

Das Modul „Reisekostenabrechnung“ kommt auch in Oschersleben

zum Einsatz. Die Stadt kann damit sowohl eintägige als auch mehrtägige Dienstreisen nach dem Bundes- oder Landesreisekostengesetz abrechnen. Mithilfe der Lösung können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Belege unkompliziert erfassen. Das Modul kann Pauschalen automatisch berechnen und unkompliziert über die Entgeltabrechnung auszahlen.

Bei Elke Robra, Mitarbeiterin der Stadt Oschersleben, kommt das gut an. „Früher habe ich immer alles per Hand eingetragen“, berichtet sie. „Die Arbeit mit dem SAP KM HR bedeutet eine Erleichterung und mehr Sicherheit zugleich. Man merkt, wenn man sich vertan hat.“ Robra lobt zudem die Zusammenarbeit mit ITEBO: „Ich muss sagen, die hat immer gut funktioniert. Die erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren stets hilfsbereit, haben mit uns die Probleme gelöst, wenn wir Fragen hatten oder bestimmte Dinge umgesetzt werden mussten.“ Und das wird so bleiben. Denn ITEBO wird der Stadt Oschersleben auch zukünftig unterstützend zur Seite stehen.

Katharina Hässler ist zuständig für Marketing und Vertrieb bei der ITEBS GmbH, Braunschweig.

Anzeige

„Endspurt“ in Richtung OZG-Umsetzung!

Mit dem Antragsmanagement 4.0 von Form-Solutions geben wir Ihnen ein cleveres Werkzeug an die Hand, mit dem Sie Ihre bisher papierbasierten Antragsprozesse im Handumdrehen online abbilden können.

Form
Solutions®

AM
4.0

DAS CLEVERE WERKZEUG zur Digitalisierung Ihrer Verwaltung!

WWW.FORM-SOLUTIONS.DE



Messe-Vakuum wird gefüllt

Felix Ebner

Der Verband Databund startet eine neue kommunale IT-Messe. Die KommDIGITALE findet im November dieses Jahres in Bielefeld statt. Auf der Veranstaltung sollen zudem kommunale IT-Projekte mit dem KommDIGITALE-AWARD ausgezeichnet werden.

Der Nordwesten hat wieder eine Kongressmesse für das Thema Digitalisierung in der kommunalen Verwaltung – die KommDIGITALE. Nachdem Veranstaltungen wie die CeBIT, die KOMCOM oder die DiKOM schon lange Vergangenheit sind und die von der Deutschen Messe geplante Twenty2x pandemiebedingt bis heute nicht stattgefunden hat, widmet sich nun der Verband der mittelständischen IT-Dienstleister und Software-Hersteller für den öffentlichen Sektor, Databund, dem Thema mit einer Fachveranstaltung vom 15. bis 17. November 2022 in Bielefeld.

Eine Umfrage unter den Databund-Mitgliedern hatte zuvor ergeben, dass 95 Prozent der Teilnehmer eine Messe im Norden vermissen, auf denen sie sich potenziellen Kunden und bereits bestehenden Partnern präsentieren können. „Da wussten wir, hier müssen wir als Verband nun Verantwortung übernehmen“, erklärt Databund-Vorsitzender Stephan Hauber das Engagement des Verbands. „Zwar gibt es mit der Kommunale in Nürnberg eine Messe mit einem Bereich für IT-Themen, jedoch ist diese überwiegend in Süddeutschland bekannt und akzeptiert. Im norddeutschen Raum besteht hier ein Vakuum.“



Kongresszentrum Bielefeld: Austragungsort der KommDIGITALE.

Herzstück der KommDIGITALE ist der begleitende Kongress. In zehn modern ausgestatteten Räumen wird an allen Tagen eine Vielzahl an Workshops, Seminaren und Veranstaltungen durchgeführt. Bereits jetzt haben sich viele hochkarätige Institutionen, Verbände, Digitalisierungsexperten sowie Aussteller für eine Teilnahme am Kongress entschieden. So findet in diesem Jahr zum Beispiel das Databund-Forum mit Größen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft auf der KommDIGITALE statt.

Die Träger und Unterstützer der Kongressmesse haben darüber hinaus den KommDIGITALE-AWARD gestiftet. Der in drei Kategorien verliehene Preis soll öffentliche Projekte auszeichnen, die sich in besonderem Maße um die Digitalisierung der Verwaltung verdient gemacht

haben. Von einer Fachjury ausgewählte Projekte werden die Gelegenheit haben, sich auf der KommDIGITALE zu präsentieren. Sie werden im Rahmen der Abendveranstaltung „Dinner for Digitals“ ausgezeichnet. Stephan Hauber sagt: „Wir wollen digitale Exzellenz und ihre Protagonisten dort hinbringen, wo sie hingehören – ins Scheinwerferlicht. Vieles in der Digitalisierung der Kommunen läuft gut und muss auch entsprechend gewürdigt werden.“ Bewerbungen sind bis zum 29. April möglich.

Außerdem findet vom 16. bis 17. November auf der Hauptbühne der Messe der KommDIGITALE-Talk statt. Hier werden halbstündige Vortrags-Slots an genau die Themen vergeben, die der digitalen Kommune unter den Nägeln brennen und diese noch auf Jahre beschäftigen

werden. „Wir wollen hier insbesondere Best-Practice-Beispiele auf die Bühne bringen“, so der Databund-Vorsitzende. Die Auswahl der Fachvorträge erfolgt durch eine Jury.

Auf den Veranstaltungsort Bielefeld angesprochen, ist Stephan Hauber von diesem mehr als begeistert: „Das Kongresszentrum Bielefeld bietet uns die Möglichkeit, auf einer modernen Fläche auszustellen und darüber hinaus ein großes Kongressprogramm und weitere große Veranstaltungen durchzuführen.“ Die Verkehrsanbindung nach Bielefeld sei dabei ideal. Der ICE verbinde die Stadt schnell mit allen relevanten Zentren im Nordwesten Deutschlands. Das Kongresszentrum Bielefeld befinde sich in fußläufiger Nähe zum Hauptbahnhof. Über die A2 und A33 sei Bielefeld darüber hinaus exzellent an das Autobahnnetz angeschlossen. „Wir wollen ja nicht nur eine Lokalveranstaltung sein. Deshalb war uns die Erreichbarkeit aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, aber auch Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt sowie Hessen und Thüringen wichtig“, stellt Hauber klar.

Das Konzept der KommDIGITALE und der Veranstaltungsort haben bereits eine Vielzahl an Ausstellern überzeugt. Über 50 Unternehmen, Gebietsrechenzentren, kommunale IT-Dienstleister, Institutionen und Verbände haben sich schon Anfang März für die KommDIGITALE entschieden. Stephan Hauber kommt es dabei insbesondere darauf an,

dass alle Besucherinnen und Besucher sich einfach und schnell einen Überblick über den aktuellen Markt und die Produkte verschaffen können. „Wenn ich im Kongress und in Diskussionen eine Idee entwickle oder mein bestehendes Konzept verbessern möchte, dann muss ich auch die Chance haben, möglichst schnell und unmittelbar mit potenziellen Partnern und Dienstleistern ins Gespräch zu kommen.“ Der Verband Databund habe die KommDIGITALE dabei nicht mit Gewinnerzielungsabsicht konzipiert. „Wir wollen alle Beteiligten an der kommunalen Digitalisierung an einem Ort vereinen und das Thema voranbringen. Das ist unser einziges Ziel und deshalb wird mit den Aussteller- und Eintrittskosten nur die Kostendeckung beabsichtigt“, verdeutlicht Stephan Hauber den Grundgedanken.

Mit seinem Engagement für eine Kongressmesse in Nordwestdeutschland hat der Databund weitere Unterstützer gefunden, welche als Partner die KommDIGITALE mittragen. So unterstützt die Stadt Bielefeld die Kongressmesse in der Organisation vor Ort. Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Städtetag und andere Kommunalverbände sind als Partner der KommDIGITALE mit an Bord. Stephan Hauber freut sich über diesen Zuspruch: „Die ausschließlich positive Resonanz zeigt uns, dass es an einem solchen Veranstaltungsformat fehlt. Das motiviert sehr, eine großartige Premiere der KommDIGITALE vom 15. bis 17. November in Bielefeld möglich zu machen.“

Felix Ebner, Redaktion KommDIGITALE.

Link-Tipp

Weitere Informationen zur Messe:

- <https://kommdigitale.de>



ALLRIS

**Modernisieren Sie jetzt
die Verwaltungsarbeit !**

- **Gremieninformationssystem**
- **Sitzungsdienst in der Cloud**
- **Online-Abstimmung**
- **Sitzungsgeld**
- **Bürgerinformation**



Kommunen als Community

Michael Diepold

Unabhängiger, souveräner, sicherer – Open Source Software bietet für die öffentliche Verwaltung eine ganze Reihe von Vorteilen. Auch für die kommunalen IT-Dienstleister entstehen große Chancen.

 Open Source Software (OSS) ist eines der Top-Themen bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Sowohl Bund und Länder als auch Kommunen beschäftigen sich intensiv damit. Anders als andere IT-Trends wie Blockchain oder künstliche Intelligenz ist Open Source Software keine neue Technologie oder eine neue Form der Software-Architektur, sondern ein viel weitergehendes Themenfeld.

Bei Open Source Software wird der Quellcode veröffentlicht, sie kann von anderen genutzt werden. Das bedeutet nicht, dass die Software „out of the box“ lauffähig sein muss. Es bedeutet auch nicht, dass die Nutzung grundsätzlich zwingend kostenfrei ist. Der Vorteil ist, dass OSS zur digitalen Souveränität beiträgt. Es gibt keine Abhängigkeit von einzelnen Herstellern. Es besteht die Möglichkeit, dass Fehlerbehebungen oder Weiterentwicklungen von den Kommunen selbst oder von unabhängigen Dritten, sprich von der Open Source Community, durchgeführt werden.

Eine eng damit verbundene Eigenschaft von Open Source Software ist der Sicherheitsgewinn. Im Gegensatz zu proprietärer Software können Sicherheitslücken schnell

festgestellt und beseitigt werden. Unerwünschte und intransparente Datenflüsse sind nicht möglich. Open Source Software unterliegt einer laufenden und umfassenden Qualitätssicherung durch die Community. Aus den Erfahrungen und Ereignissen der vergangenen Jahre sind der Sicherheitsaspekt und die Souveränität der digitalen Verwaltung eine zwingende Voraussetzung für die Kontinuität staatlichen Handelns.

Neben diesen grundlegenden Vorteilen bietet OSS auch wirtschaftliche und organisatorische Vorteile. Open Source Software ist in aller Regel lizenzkostenfrei. Das bedeutet nicht, dass der Einsatz von OSS nicht mit Kosten verbunden wäre. Es besteht aber eine höhere Flexibilität wie, wann und wo die Kosten anfallen. Bei proprietärer Software kann man sich in aller Regel nicht entscheiden, wer beispielsweise die Wartung und Pflege übernimmt. Das ist in aller Regel der Hersteller der Software. Er verfügt ja über den Quellcode. Noch weiter geht die Alternativlosigkeit für die Kommunen bei proprietären Software-as-a-Service-Angeboten (SaaS). Hier ist der Nutzer dem Anbieter fast komplett ausgeliefert. Open Source schafft hier Entscheidungsfreiheit. Der Nutzer und da-

mit die Kommunen können entscheiden: Wer pflegt die Software? Wer betreibt und wer erweitert sie?

Hier schließt sich der Kreis zu einem Thema, das die Kommunen derzeit stark beschäftigt: die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Dieses fordert, dass die Kommunen eine Vielzahl von Leistungen digital anbieten müssen. Der Bund fördert die Umsetzung von Online-Diensten, wenn verschiedene Kriterien erfüllt werden. Eine Forderung ist, dass ein Bundesland zentral Online-Services entwickelt und allen anderen Ländern zur Nachnutzung zur Verfügung stellt (Einer-für-Alle-Prinzip). Die Nachnutzung wurde auch noch als Software as a Service definiert. Leider wurde nicht bedacht, dass es dabei zu lizenzrechtlichen und vergaberechtlichen Herausforderungen kommen kann. Jetzt wird versucht, diese Probleme mit ambitionierten juristischen Konstrukten in den Griff zu bekommen. Der Einsatz von Open-Source-Anwendungen könnte nach Meinung vieler Experten diese komplexen Herausforderungen in großen Teilen auflösen.

Es gibt immer wieder Stimmen, die mit Open Source Software das Ende der kommunalen IT-Dienstleister verbinden. Doch mit Blick

auf moderne, zukunftsfähige und vernetzte E-Government-Strukturen in Deutschland ist genau das Gegenteil der Fall: Open Source Software deckt sich mit der grundsätzlichen Aufgabenstellung von öffentlichen IT-Dienstleistern. Das Handeln öffentlicher Dienstleister bewegt sich im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und nicht unter dem Diktat der Gewinnmaximierung. Unabhängig davon ist bei kommunalen IT-Dienstleistern ein interner Transformationsprozess erforderlich. Open Source Software zwingt die Akteure dazu, in einer Community zu agieren und mit anderen Herstellern partnerschaftlich zu handeln. Auch werden Projektgeschäft und Dienstleistungen immer mehr in den Vordergrund treten.

Open Source Software ist keine Technologie. Es ist eine Philosophie, wie Software verteilt wird, welche Abhängigkeiten bestehen und wer in welcher Art und Weise Software nutzen kann. Für die öffentlichen kommunalen Dienstleister ist Open Source Software eine große Chance. Die Zusammenarbeit der kommunalen Familie kann damit wesentlich partnerschaftlicher gestaltet werden, weil auch Entwicklerressourcen effektiver genutzt werden können.

Damit das Konzept von Open Source Software gelingen kann, sind gewisse Rahmenbedingungen zu schaffen. Für Software-Projekte der öffentlichen Verwaltung muss Open Source Software verpflichtend sein. Zudem ist noch Überzeugungsar-

beit innerhalb der Verwaltung zu leisten, dass Open Source Software kein Sicherheitsrisiko darstellt, sondern ganz im Gegenteil sogar einen Sicherheitsgewinn bringt. Die kommunalen IT-Dienstleister wiederum müssen ihren internen Transformationsprozess intensivieren. So kann Open Source Software einen maßgeblichen Anteil an der Digitalisierung Deutschlands leisten, die Souveränität der Behörden erhöhen und somit das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen stärken. Dies zu unterstützen ist eine der ureigensten Aufgaben kommunaler IT-Dienstleister.

Michael Diepold ist Leiter der Stabsstelle Digitale Verwaltung bei der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB).

Anzeige

Komm DIGITALE

Digitale Kommune - Messe und Kongress

Jetzt einplanen!



Hier trifft sich die
Kommunalverwaltung

15. bis 17.
November 2022

Bielefeld
Kongresszentrum

www.kommdigitale.de

Direkte Kommunikation

S. Tenbrock/C. Wernick

Eine Kurzstudie des Wissenschaftlichen Instituts für Infrastruktur und Kommunikationsdienste (WIK) zeigt den Nutzen von Bürger-Apps auf. Sie erleichtern unter anderem die Kommunikation mit der Kommune und zeitigen klare Effizienzgewinne.

Immer mehr Städte und Landkreise in Deutschland setzen Bürger-Apps an der Schnittstelle zwischen kommunaler Verwaltung und Bevölkerung ein. Bei ihnen handelt es sich um softwarebasierte Anwendungen für mobile Endgeräte, über die Kommunikations-, Informations- und Verwaltungsprozesse stattfinden können. Das Wissenschaftliche Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste (WIK) hat in seiner Kurzstudie „Bürger Apps – Herausforderungen und Lösungsansätze an der Schnittstelle zwischen Bürger und Verwaltung“ den Nutzen dieser Anwendungen aufgezeigt.

Neben einfachen Funktionen wie lokale Nachrichten, Veranstaltungshinweisen und Informationen zu öffentlichen Einrichtungen und Freizeitmöglichkeiten verfügen viele Bürger-Apps auch über Navigationsdienste, einen Mängelmelder, Terminbuchungsmöglichkeit, E-Payment-Dienste für städtische (Verwaltungs-)Dienste, Push-Nachrichten, Informationen zu ÖPNV und Parkplätzen, Wettervorhersagen, Fundbüros und Baustelleninfos. Für einige personenbezogene Dienste, zum Beispiel für die Bu-

chung von Verwaltungsdiensten oder den Mängelmelder, ist es erforderlich, dass die Nutzer Profile in der App anlegen. Damit kann eine eindeutige Zuordnung sichergestellt werden, sodass die Stadtverwaltung unter Berücksichtigung der



Bürger-Apps: Schnittstelle zur Verwaltung.

Anforderungen des Datenschutzes direkt mit den betreffenden Nutzern kommunizieren kann. Nutzerprofile sind auch für elektronische Zahlungsdienste in der App erforderlich.

Die Mehrheit der im Einsatz befindlichen Bürger-Apps wurde durch die Kommunen selbst entwickelt und durch einen IT-Dienstleister oder App-Entwickler aufgesetzt. Inhalte, Informationen und Daten werden meist über eine Schnittstelle mit der Stadtverwaltung in die App eingepflegt. Über diese Schnittstelle können auch mehrere Ämter

und Behörden einbezogen werden. Über Umfragen in der App lässt sich das Feedback der Nutzer einholen. Damit wird nicht nur die Benutzerfreundlichkeit der Anwendung gesteigert, sondern die Kommune erhält auch Rückmeldung darüber, wie die Nutzer zum Beispiel den Umgang der Verwaltung mit Mängelmeldungen einschätzen.

Auch wenn ein Großteil der App-Inhalte parallel über andere städtische Kanäle, wie die Homepage oder einen Newsletter, abgerufen werden kann, bergen Bürger-Apps für die Nutzer und die Kommunen eine Reihe von

Vorteilen. Aus Sicht der Bürger etwa kann durch die Apps die Kommunikation mit der Kommune beschleunigt und effizienter ausgestaltet werden. Gleichzeitig bieten Apps für die Bürger ein zusätzliches und stärker individualisiertes Dienstangebot. Insbesondere ortsabhängige Dienste, Echtzeitinformationen und Push-Nachrichten stellen einen deutlichen Mehrwert gegenüber anderen städtischen Informations- und Kommunikationskanälen dar.

Kommunen profitieren ebenfalls von einer verbesserten Kommuni-

kation. Bürger, die nur über einen mobilen Internet-Anschluss verfügen, werden über die App leichter erreicht. Zudem stellt die App eine gute Möglichkeit dar, den Digitalisierungsprozess in der Verwaltung voranzubringen. Ferner kann sie dazu dienen, durch das Feedback der Bürger eine höhere Prozesseffizienz zu erzielen. Beispielsweise können Kommunen durch einen Mängelmelder schneller auf mitgeteilte Schäden reagieren und überfüllte Mülleimer leeren, defekte Straßenbeleuchtung reparieren oder Straßenschäden beheben. Einige Kommunen berichten, dass bei Umfragen oder Feedback-Funktionen in den Apps eine hohe Bürgerbeteiligung erzielt wurde und sie so schneller und besser von den Anliegen und Hinweisen der Bürger erfahren haben.

Kommunen, die die Einführung einer Bürger App planen, sollten für diese klare Zielsetzungen definieren und sie möglichst eng in bestehende und geplante kommunale Digitalisierungsstrategien und -projekte einbinden. Zudem muss entschieden werden, wer Zielgruppe der Bürger-App ist (Bürger, Unternehmen, Verwaltung, Touristen), um darauf aufbauend die Funktionalitäten der App priorisieren zu können. Synergien werden erzielt, wenn bereits vorhandene und aufbereitete, offene Datenbestände der Stadt in der App mitgenutzt werden können. Die Entwicklungskosten für eine Bürger-App lassen sich durch Open-Source-Ansätze und die Nachnutzung bereits entwickelter Modelle, die nur an die jeweiligen Kommunen angepasst werden müssen, reduzieren. Dadurch kann von bestehenden Erfahrungen profitiert und Lock-in-Effekte können vermieden

werden. Wichtig sind zudem ausreichende personelle und technische Ressourcen und die Definition klarer Verantwortlichkeiten. Letzteres umfasst die Benennung eines Hauptverantwortlichen als Ansprechpartner für die Verwaltung sowie die Unterstützung der politischen Entscheidungsträger, der Bürger und der Unternehmen vor Ort. Um die App bei der Einführung nicht zu überfrachten und Entwicklungskapazitäten sinnvoll zu steuern, kann eine schrittweise Aufnahme von Funktionalitäten sinnvoll sein.

Sowohl eine hohe Akzeptanz als auch eine intensive Nutzung der Bürger-App kann insbesondere dann erreicht werden, wenn diese einen eindeutigen Mehrwert gegenüber anderen Lösungen bietet. Dazu sollte die Verwaltung kontinuierlich das Feedback der Nutzer einholen und diese nach ihren Anliegen und Erwartungen befragen. Schließlich müssen auch die von der App angestoßenen Prozesse schnell und effizient ausgestaltet werden; ein digitaler Mängelmelder wird nur dann dauerhaft genutzt, wenn die mitgeteilten Mängel zeitnah behoben werden.

Viele Städte, die eine Bürger-App umsetzen, berichten von Kosteneinsparungen und deutlichen Effizienzgewinnen. So konnten während der Corona-Pandemie durch die digitale Buchung von Tickets für städtische Veranstaltungen und Einrichtungen über eine Bürger-App die Durchlaufzeiten am Einlass deutlich beschleunigt und die Nachverfolgung erleichtert werden. Gleichzeitig bietet eine Bürger-App die Möglichkeit, die Anzahl der Gäste für zeitliche Slots zu begrenzen und

gegebenenfalls über Regeln und Maßnahmen in den öffentlichen Einrichtungen zu informieren.

Echtzeit-Informationen zu verfügbaren Parkplätzen wiederum ermöglichen, dass der innerstädtische Verkehr um bis zu 15 bis 20 Prozent reduziert und somit der CO₂-Ausstoß deutlich gesenkt werden kann. Mithilfe von Mängelmeldern in der App können Kommunen schneller und bedarfsgerechter auf Hinweise der Bürger reagieren und dazu beitragen, dass die städtischen Ressourcen effizienter eingesetzt werden. Kommunale Vertreter berichten, dass Effizienzgewinne wie ein besserer Ressourceneinsatz, geringere Kosten und weniger Folgeschäden den zusätzlich entstehenden Bearbeitungsaufwand auch bei einer steigenden Zahl von Mängelhinweisen ausgleichen.

Sind Bürger-Apps bislang auch noch nicht weit verbreitet sind, so erkennen doch insbesondere Städte mit einer umfassenden Digitalisierungsstrategie deren Mehrwert als wichtigen Informations- und Kommunikationsweg. Perspektivisch lassen sich die Apps in ambitionierte Digitalisierungsvorhaben wie urbane Datenplattformen einbinden.

Sebastian Tenbrock ist Mitarbeiter, Dr. Christian Wernick ist Leiter der Abteilung Unternehmen und Strategien der WIK Wissenschaftliches Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste GmbH.

Link-Tipp

Die Kurzstudie des WIK zum Download:

- https://www.wik.org/uploads/media/Kurzstudie_Buerger-App.pdf

Barrierefreiheit fürs Web

Johannes Fischer

Bund, Länder und Kommunen sind gesetzlich zur barrierefreien Gestaltung ihrer Web-Seiten und Apps verpflichtet. Dabei sind ganz unterschiedliche Aspekte zu berücksichtigen. Unterstützung bieten Überwachungsstellen auf Bundes- und Landesebene.

Stellen Sie sich vor, Sie sind blind und möchten online eine Bus- oder Bahnverbindung heraussuchen. Auf dem PC oder Smartphone nutzen Sie eine Sprachausgabe-Software, einen so genannten Screenreader, der vorliest, was gerade auf dem Bildschirm zu sehen ist. Bei den Feldern für die Start- und Zielhaltestelle sagt der Screenreader lediglich „Eingabefeld“ ohne weitere Beschriftung an. Dadurch wissen Sie nicht, was Sie eingeben müssen. Nach Auswahl des Datums für die Fahrt lädt die Seite außerdem neu, sodass Sie das Formular zur Fortsetzung der Eingabe erst wiederfinden müssen. Das Angebot ist somit nicht barrierefrei.

Damit solche frustrierenden Erlebnisse für Nutzende der Vergangenheit angehören, sind Bund, Länder, Kommunen und deren Beteiligungen durch die EU-Richtlinie 2016/2102 zur barrierefreien Gestaltung ihrer Web-Seiten und Apps verpflichtet. Dafür gibt es Bundes- und Landesgesetze, auf Bundesebene beispielsweise das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) und die Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (BITV 2.0). Zur Kontrolle der Einhaltung wurden Überwachungsstellen in Bund und Ländern eingerichtet.



Web-Seiten für alle zugänglich machen.

Leider werden die Vorgaben laut Berichten zur Überwachungstätigkeit bisher noch unzureichend umgesetzt. In Sachsen betrifft dies beispielsweise etwa die Hälfte der Anforderungen. Auf ganz Deutschland bezogen sieht es nur wenig besser aus: Bei vereinfachten Überwachungen (Kurzprüfungen) wurden knapp 38 Prozent der Anforderungen als fehlerhaft – also nicht den Richtlinien zur barrierefreien Gestaltung entsprechend – bewertet.

Eine übergreifende Anforderung besteht darin, dass die öffentliche Stelle transparent über den Stand der Barrierefreiheit informiert. Dies geschieht über eine Erklärung zur Barrierefreiheit, die bei Web-Auf-

tritten im Kopf- oder Fußbereich als Unterseite verlinkt wird. Bei einer mobilen Anwendung kann die Erklärung direkt in der App enthalten sein oder ein Link verweist von der App auf die zugehörige Erklärung auf einer Web-Seite. Die zuständigen Überwachungsstellen bieten Mustererklärungen an, die mit eigenen Angaben befüllt werden können. Neben der Information über den Stand der Barrierefreiheit sollen Nutzende auch die Möglichkeit haben, von ihnen identifizierte Barrieren zu melden. Dafür werden Kontaktangaben aufgeführt oder ein Eingabeformular bereitgestellt. Als dritter großer Block in der Erklärung wird das so genannte Durchsetzungsverfahren beschrieben: Falls die öffentliche Stelle auf eine

Barrieremeldung von Nutzenden nicht reagiert, können sich diese an die zuständige Durchsetzungsstelle wenden. Sie soll im Dialog eine gütliche Einigung von öffentlicher Stelle und Nutzenden ermöglichen. Die technischen Anforderungen sind in den Web Content Accessibility Guidelines (WCAG), der Norm EN 301 549 und bei PDF-Dokumenten zusätzlich im Standard PDF/UA zu finden.

Die Basis der Barrierefreiheit bildet die korrekte Semantik im Quelltext der Web-Seite oder App. Das bedeutet, eine optisch für den nachfolgenden Text erkennbare Überschrift muss im Quelltext als solche gekennzeichnet sein. Blinde Menschen können mit dem Screenreader die Überschriftenstruktur der Seite wie ein Inhaltsverzeichnis erfassen und über Tastenkürzel zu einer bestimmten Überschrift springen. Des Weiteren öffnet sich die Navigation auf mobilen Geräten häufig durch Drücken eines Symbols. Semantisch handelt es sich um eine Schaltfläche – im HTML-Quelltext einer Web-Seite ein Button-Element. Blinde Menschen erfahren von der Funktion als Navigation, wenn zu diesem Symbol für die Ausgabe von Screenreadern zusätzlich ein Alternativtext im Quelltext genannt ist. Die korrekte Auszeichnung einer Schaltfläche hat auch Vorteile für Menschen mit motorischen Einschränkungen, die oft keine Maus bedienen können oder in der Touch-Bedienung eingeschränkt sind. Sie nutzen beispielsweise die Tastatur und navigieren mit der Tabulator-Taste durch die Web-Seite oder App. Schaltflächen werden dabei nur angesprungen, wenn sie im Quelltext als solche gekennzeichnet sind.

Nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) sollen öffentliche Stellen ihre Bürgerdienstleistungen künftig online anbieten. Das beinhaltet häufig Formulare. Wie eingangs am Beispiel der Bus-und-Bahn-Verbindung beschrieben, müssen die Eingabefelder eine aussagekräftige, sichtbare Beschriftung haben. Ist die Beschriftung mit dem Eingabefeld im Quelltext verknüpft, können Screenreader sie vorlesen; ein Mausklick auf die Beschriftung lässt den Fokus zur Eingabe direkt in das Feld springen. Letzteres ist ein Vorteil für Menschen mit zittriger Hand, die ein Element bei größerer Klickfläche (Eingabefeld und Beschriftung) leichter anwählen können.

Ein guter Kontrast zwischen Vorder- und Hintergrund ist sowohl für Texte als auch für Symbole von Schaltflächen oder für Hervorhebungen der Fokusgestaltung von Maus und Tastatur wichtig. Dazu müssen gut sichtbare Kombinationen aus Schrift- und Hintergrundfarbe gewählt werden. Problematisch sind automatische Animationen, wie etwa bewegte Bilderschaufen auf der Startseite. Insbesondere Menschen mit geistigen Einschränkungen können dadurch abgelenkt werden. Daher muss die Möglichkeit bestehen, die Animation zu stoppen.

Der Download von Dateien, etwa von PDF-Dokumenten, muss ebenfalls barrierefrei möglich sein. Auch hier spielt die Semantik eine große Rolle und muss bereits im Quelldokument, etwa Word oder InDesign, Berücksichtigung finden, beispielsweise in Form von Formatvorlagen für Überschriften oder Programmfunktionen für Tabellen. Für technisch prüfbare Anforderungen kann

der kostenfreie PDF Accessibility Checker (PAC) 2021 genutzt werden. Allgemein empfiehlt es sich, Formulare als Web-Seite statt als PDF-Dokument anzubieten. Da PDFs ein festes Format haben, muss auf Smartphones bei lesbarer Schriftgröße zeilenweise nach rechts und links gescrollt werden, um alle Inhalte zu erfassen. Bei HTML dagegen können Inhalte bei fehlendem Platz in die nächste Zeile umbrechen.

Bei Fragen können sich Ämter und Behörden an die zuständige Überwachungsstelle des jeweiligen Bundeslands oder des Bundes wenden. Meist beraten die Stellen zu gesetzlichen und technischen Fragestellungen, die allgemein oder sehr detailliert sein können. Je nach Bundesland werden auch Schulungen angeboten oder es wird auf Ansprechpartner verwiesen.

Barrierefreiheit ist ein kontinuierlicher Prozess, da sich Inhalte und Technologien ebenso verändern wie die Anforderungen. Hilfreich ist es, wenn sich ein Verwaltungsmitarbeiter dem Thema schwerpunktmäßig widmen kann. Auch IT-Dienstleister sollten sich mit Barrierefreiheit auskennen. Bei der Behebung von Barrieren gilt es, Prioritäten zu setzen und zunächst schwerwiegende und anschließend kleinere Fehler zu beseitigen. Bei Neuentwicklungen wie den OZG-Leistungen sollte die Barrierefreiheit von Anfang an berücksichtigt und, wenn möglich, Menschen mit Einschränkungen in den Prozess einbezogen werden.

Johannes Fischer leitet die Überwachungsstelle für Barrierefreiheit von Informationstechnik in Sachsen.

Kompetent digitalisieren

Lisa Flieger

Das Kompetenzzentrum Digitalisierung des KDN unterstützt Kommunen und ihre IT-Dienstleister bei der Verwaltungsmodernisierung. Die OZG-Leistungen sollen über das Kommunalportal.NRW bereitgestellt werden, das bereits jetzt in einer Demoversion abrufbar ist.

Viele Kommunen nutzen die Chance des Onlinezugangsgesetzes (OZG), um ihre Leistungen digital über Portalstrukturen anzubieten und in diesem Zuge auch ihre Prozesse vollständig zu modernisieren – mehr Transparenz und weniger Bürokratie lautet die Devise. Das Kompetenzzentrum Digitalisierung (CCD) des Dachverbands kommunaler IT-Dienstleister (KDN) unterstützt Kommunen und ihre IT-Dienstleister mit einem vielfältigen Beratungs- und Informationsangebot beim digitalen Wandel. Als eine vom Land Nordrhein-Westfalen geförderte Einrichtung entwickelt das Kompetenzzentrum Digitalisierungskonzepte und hilft bei der Bereitstellung von IT-Lösungen. Damit Behördengänge mit langen Wartezeiten und komplexen Papieranträgen künftig der Vergangenheit angehören, arbeitet das CCD gemeinsam mit seinen Partnern Hand in Hand, um fristgerecht möglichst viele Online-Dienste für Kommunen in Betrieb zu nehmen.

In Nordrhein-Westfalen koordiniert d-NRW die OZG-Umsetzung. Das CCD ist in gemeinsamen Projektgruppen mit Kommunen und IT-Dienstleistern an der Digitalisierung der knapp 600 OZG-Leistungsbündel beteiligt, die in 14



Demoportal des Kommunalportal.NRW.

Themenfelder unterteilt sind. Das Kompetenzzentrum arbeitet an rund 150 kommunalen OZG-Umsetzungsprojekten in Nordrhein-Westfalen mit, zu denen auch bundesweite Einer-für-Alle-(Efa)-Projekte des KDN und seiner Mitglieder und Partner, des Landes NRW sowie von anderen Bundesländern zählen. Die nachnutzbaren Efa-Lösungen werden über d-NRW als Kommunalvertreter.NRW bundesweit bereitgestellt. Im Fokus der Umsetzung stehen priorisierte OZG-Leistungen mit einem hohen Nachnutzungsbedarf. Einen Überblick über alle Projektdetails gibt die Datenbank des KDN.

Mit Blick auf die Frist zur OZG-Umsetzung bis Ende 2022 hat sich das CCD das Ziel gesetzt, alle noch offenen Projekte bis Mitte dieses Jahres anzustoßen und die Konzeptionsphasen abzuschließen. Zur

Roadmap-Planung gehört, alle zentral gemanagten OZG-Dienste im zweiten Halbjahr in die Pilotierung und in den flächendeckenden Rollout zu bringen. Dabei sollen auch Standards zu Datenschutz, IT-Sicherheit und Barrierefreiheit in der kommunalen OZG-Umsetzung verankert werden. Ziel ist es, die entwickelten Online-Dienste unter dem Dach des Kommunalportal.NRW zur Verfügung zu stellen. „Die Digitalisierung der kommunalen Verwaltung ist eine große Aufgabe. Im Kompetenzzentrum Digitalisierung ist durch die Zusammenarbeit vieler Partner viel Know-how gebündelt, von dem die Kommunen in NRW im Prozess des digitalen Wandels profitieren“, erläutert Clarisse Schröder, OZG-Gesamtkoordinatorin im CCD.

Um die Kommunen in Nordrhein-Westfalen bei der Verwaltungsdigi-

talisierung zu begleiten, hat das Kompetenzzentrum ein umfassendes Informationsangebot aufgebaut. Dazu zählen regelmäßig stattfindende OZG-Workshops und Austauschtermine, Blogartikel zu Projektfortschritten sowie eigene Newsletter für jedes OZG-Themenfeld. Eine große Kampagne des Landes mit den kommunalen Spitzenverbänden, an der auch das CCD beteiligt ist, soll die OZG-Kommunikation stärken. Dabei sollen den Kommunen im Rahmen von Informationsveranstaltungen fertige Online-Dienste präsentiert werden, bei denen der Nachnutzungsbedarf besonders hoch ist. Begleitend werden Erklärvideos und Anbindungsleitfäden erstellt.

Auf dem Kommunalportal.NRW werden die Online-Dienste allen Kommunen im Land auf Basis einer standardisierten IT-Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Einen Eindruck der Servicevielfalt vermittelt das Demoportale des KDN. Ein erster zentral gemanagter OZG-Dienst ist der Führerschein-Umtausch. Ergänzt wird das Angebot durch die Verlagsbibliothek von Form-Solutions, die an das Portal angeschlossen wurde. Über 1.000 Formulare können wie in einem Webshop mit wenigen Klicks in den kommunalen Mandanten des Portals aktiviert werden. Neben den OZG-Diensten sollen auch E-Government-Lösungen aus dem Förderprogramm Digitale Modellregionen des Landes in das Kommunalportal.NRW integriert und für alle Kommunen in NRW nachnutzbar werden. Auch Basisdienste wie das Servicekonto.NRW, der Beahldienst ePayBL und eine Datenaustauschplattform sind über Standard-Schnittstellen mit dem Portal verknüpft.

Das Kommunalportal.NRW wird als gemeinsames Digitalisierungsprojekt der KDN-Mitglieder stetig weiterentwickelt. 2022 steht der Roll-out im Fokus. Bereits 30 Kommunen befinden sich aktuell im Onboarding-Prozess. Das CCD begleitet interessierte Kommunen bei den wichtigsten Schritten – von der Einrichtung eines Mandanten auf dem Portal bis zum Go-live. Der gesamte Prozess ist in einem ausführlichen Anbindungsleitfaden dokumentiert. Für bereits angeschlossene Kommunen ist eine Support-Infrastruktur im Aufbau. Bei der virtuellen Veranstaltungsreihe „Spotlight Kommunalportal.NRW“ gibt es außerdem einmal im Monat die Möglichkeit, sich über das Portal zu informieren und Fragen zu stellen.

Bis Ende dieses Jahres sollen nicht nur digitale Serviceleistungen für Bürgerinnen und Bürger bereitgestellt, sondern begleitend dazu, soweit wie möglich, die Bearbeitungsprozesse in der Verwaltung digitalisiert werden. Das Kompetenzzentrum Digitalisierung des KDN engagiert sich aus diesem Grund für die Einführung von elektronischen Akten und die Stärkung von Open Government.

Lisa Flieger ist Beraterin für Kommunikation und Marketing im Kompetenzzentrum Digitalisierung des Dachverbands KDN.

Link-Tipp

Zum Demoportale:

- <https://t1p.de/kiu3>

Anzeige



OPTIMAL SYSTEMS
A KYOCERA GROUP COMPANY

Eine bewährte IT, die mit neuen Lösungen mitwächst?
Wir machen das schon.

Von der Allgemeinen Schriftgutverwaltung bis hin zur XRechnung: Das Enterprise Content Management System (ECM) enaio® bietet eine ausgeprägte Schnittstellenvielfalt zu kommunalen Fachverfahren und ermöglicht eine individuelle sowie flexible Integration neuer Lösungen.

Digitalisierung. Wir machen das schon.

optimal-systems.de/hannover Software für Macher.

Gelungener Mix

Uwe Warnecke

Kommunen setzen beim Relaunch ihrer Web-Seiten unterschiedliche Schwerpunkte. Wichtig ist stets, eine gute Mischung aus Information, Marketing und Bürgerservice zu finden. Hildesheim, Telgte, Rhede und Taunusstein zeigen, wie dies gelingen kann.

Mit unterschiedlichen Strategien und Schwerpunkten gehen Landkreise, Städte und Gemeinden den Relaunch ihrer Web-Seiten an. Was alle modernen Kommunalportale eint: die Nutzerfreundlichkeit steht im Vordergrund – und zwar deutlich mehr als noch vor einigen Jahren. „Oberstes Ziel für uns war und ist, ein zeitgemäßes und zukunftsfähiges Stadtportal anzubieten, das leicht zu bedienen und klar strukturiert ist“, sagt Gabi Börding, Leiterin des Redaktionsteams der Stadt Telgte, und ergänzt: „Die Nutzenden sollen Freude daran haben, Telgte digital zu erkunden.“ Die nordrhein-westfälische Stadt hat wie viele andere Kommunen in den zurückliegenden Monaten gemeinsam mit dem Anbieter NOLIS einen neuen Internet-Auftritt erstellt. Dabei waren die Voraussetzungen durchaus unterschiedlich. So wechselte Telgte ebenso wie die Stadt Hildesheim vom abgekündigten Citywerk zum etablierten und wegen seiner vielfältigen Features beliebten Content-Management-System (CMS) NOLIS | CMS. Andere Kommunen hingegen, darunter die Stadt Taunusstein in Hessen oder der Landkreis Friesland, modernisierten ihr Portal, setzen aber weiterhin auf die enge Partnerschaft mit NOLIS.



Wie eine Suchmaschine präsentiert sich die Startseite von Taunusstein.

Umfangreich war die Aufgabenstellung in Hildesheim. Die Verwaltung will künftig sehr stark zielgruppenorientiert vorgehen. Als markante Veränderungen betont Projektleiterin Kristina Jördens die klaren Strukturen im neuen städtischen Internet-Auftritt. Ermöglicht wurde dies nicht zuletzt durch die Aufteilung der bisherigen Web-Seite in zwei Portale. Eines rund um das Leben in Hildesheim, betrieben von der Stadtverwaltung, und ein Portal zu den touristischen Aspekten, verantwortet vom Tochterunternehmen Hildesheim Marketing. Die beabsichtigte Stärkung des Bürgerservice hatte auch Einfluss auf das inhaltliche Konzept: „Das Serviceportal und damit die Verwaltungsdienstleistungen wurden separiert und so im Vergleich zur vorherigen Darstellung deutlich hervorgehoben“, so Jördens.

Neben der Modernisierung des in die Jahre gekommenen Internet-Auftritts war nach Aussage der Projektleiterin die technische Vorbereitung für die Umsetzung des OZG eine wesentliche strategische Aufgabenstellung. „Wie immer mehr Kommunen setzt die Stadt Hildesheim auf eine effiziente und ressourcenschonende Datenhaltung in einem zentralen CMS, wenn es um Dienstleistungen und Online-Services geht – statt doppelter Datenpflege, die häufig bei vorschnellen Entscheidungen für externe Serviceportale auf die Kommunen zukommt“, ergänzt David Jauch, Leiter des Projekt-Managements bei NOLIS.

Sehr ähnlich ist die nordrhein-westfälische Stadt Rhede vorgegangen, die stetig an ihrem Portal arbeitet, dabei laufend neue Ideen

integriert und auf Anregungen aus der Nutzerschaft reagiert. Thorsten Merian, Projektkoordinator der Stadt Rhede für den Relaunch, sagt: „Zusammen mit dem Wechsel von TYPO3 zu einem CMS out of the box stand ein ansprechendes, zeitgemäßes Layout mit Interaktionsmöglichkeiten in Form von Bürgerservice, Formularen, Online-Diensten sowie Einbindung eines Shops ganz oben auf unserer Prioritätenliste zum Relaunch.“ Aus diesem Grund wurde das Stadtportal hinsichtlich Struktur, Funktionen und Layout grundlegend neu konzipiert. Thorsten Merian: „Zum Zeitpunkt der ersten Planungen 2017 stand für uns bereits fest, dass der neue Auftritt in nahezu allen Bereichen das Rathaus digital abbilden soll: von digitalen Bauakten über die unterschiedlichsten Formulare bis hin zum Online-Melder für Ideen, Anregungen und Schäden sowie dem Shop und vollumfänglich digitalisierten Prozessen (Bestellung der Abschrift einer Geburtsurkunde) inklusive Micro-Payment.“

Vorrangig ist nach wie vor die ständige Erweiterung und Optimierung des Angebots, dabei sei wichtig, „die Möglichkeiten des CMS zu nutzen, um Prozesse zu automatisieren und Ressourcen sowie Informationen zu bündeln. Als Beispiele seien Umfrageseiten, die Sammlung von Pressemitteilungen als auch die automatisierte Erstellung von Social-Media-Beiträgen genannt. Derzeit haben wir noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Die sukzessive Implementierung ist in Planung“, ergänzt Merian.

Auch der Internet-Auftritt der Stadt Taunusstein hat ein neues Gesicht. Im Fokus der Neugestaltung

standen nicht rein ästhetische Aspekte, sondern vielmehr die Nutzerfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger, wie Benjamin Fritsch als zuständiger Projektkoordinator erläutert. Damit die Bürger schneller an die gewünschte Information kommen, ist die Suchfunktion das zentrale Element auf der städtischen Website: „Die meisten Menschen sind es gewohnt, ihre Frage oder ihr Anliegen direkt in eine Suchmaschine einzugeben“, so Bürgermeister Sandro Zehner. „Dieser Gewohnheit kommen wir jetzt entgegen: Wer wissen will, wann das Bürgerbüro aufhat, welche Dokumente man bei einem Passantrag braucht oder wie man einen Hund anmeldet, muss jetzt nicht mehr durch die Seite navigieren, sondern kann den entsprechenden Begriff einfach direkt eingeben.“ Das war bereits vorher möglich und wurde auch häufig genutzt, wie die Statistik zeigt. Das Suchfeld in den Mittelpunkt zu rücken, war der konsequente nächste Schritt. Lediglich Dienstleistungen sind als Schnellziel erreichbar. Weiterführende Inhalte werden plakativ beim Scrollen durch die Web-Seite angezeigt oder sind über das Hamburger Menü erreichbar.

So richtig aufgeräumt hat man nach eigener Aussage in Telgte. Deren Website war nicht durchgängig responsiv, zudem unübersichtlich und textlastig. Auch intern ließ die Akzeptanz nach, da Meldungen recht aufwendig integriert werden mussten. Mit dem neuen Auftritt sehr zufrieden zeigt sich Stephan Herzig, Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters und Kämmerer der Stadt: „Unsere neue Seite ist nicht länger nur eine

Homepage, sondern ein erlebbares, serviceorientiertes und interaktives Portal, das Bürgerinnen und Bürgern, Besuchenden, interessierten Menschen und Unternehmen eine Informationsplattform bietet.“ Ein besonderes Highlight sei der integrierte und interaktive 360-Grad-Rundgang durch die Stadt. Wie in allen modernen Kommunen hat man auch in Telgte die Bedeutung des kommunalen Internet-Auftritts für die Zukunftsfähigkeit erkannt. „Das Stadtportal bildet die Grundlage für die zunehmende Anzahl an digitalen Projekten in den nächsten Jahren“, betont die Digitalisierungsbeauftragte der Stadt Telgte, Lara Sommerhage.

Der Relaunch eines Stadtportals erfordert längst nicht mehr nur kreative Ideen, sondern vor allem Erfahrung im Bürgerservice und Workflow, betonen die Projektverantwortlichen unisono. Die Unterstützung eines in dieser Hinsicht am Markt bewährten Unternehmens ist dabei hilfreich. Dass auch nach der Freischaltung eine partnerschaftliche Zusammenarbeit fruchtbringend ist, unterstreicht Thorsten Merian aus Rhede: „Die Zusammenarbeit war und ist bis heute sehr angenehm. Beide Seiten haben dabei von Ideen profitiert. So konnte das NOLIS-Projekt-Team stets Lösungsansätze für Aufgabenstellungen unsererseits liefern, gleichzeitig sind unsere Ideen und Anregungen in weitere CMS-Updates eingeflossen. Hervorzuheben ist die Möglichkeit, mehrere Portale über das Content-Management-System zu erstellen und zu pflegen.“

Uwe Warnecke ist Geschäftsführer sowie OZG- und Digitalisierungsberater bei der NOLIS GmbH.

Leistungen zentral gebündelt

Christine Litz

In diesem Jahr sollen Bürgerinnen und Bürger digital Zugang zu den wichtigsten Sozialleistungen erhalten. Technische Basis ist eine Plattform, die federführend in Nordrhein-Westfalen entwickelt wird. Eingebunden ist auch der KDN.

Die Digitalisierung von Sozialleistungen stellt Bund, Länder und Kommunen vor besondere Herausforderungen. Zum einen ist die Rechtslage sehr vielfältig und dynamisch: So sind allein zwölf Sozialgesetzbücher mit entsprechend vielen Rechtsänderungen regelmäßig zu berücksichtigen. Zum anderen sind Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten über alle föderalen Ebenen verteilt, vom Bund über die Länder, Landschaftsverbände und Kommunen bis hin zu freien, teils kirchlichen Trägern. Darüber hinaus ist die Zielgruppe sehr heterogen, sie umfasst Menschen in verschiedensten sozialen Notlagen oder mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

Sozialleistungen sind auch Gegenstand des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Bürgerinnen und Bürger sollen ihre Anträge demnach online stellen können. Dies ist allerdings nur der erste Schritt hin zu einer modernen, digitalen Verwaltung. Es gilt auch, die internen Abläufe neu zu denken und elektronisch zu unterstützen. In Nordrhein-Westfalen



Landing-Page der bundesweiten Sozialplattform.

unterstützt der Dachverband kommunaler IT-Dienstleister (KDN) seine Mitglieder und deren angeschlossene Kommunen auf dem Weg der Digitalisierung ganzheitlich, folglich auch im Bereich der Sozialleistungen.

Im Hinblick auf die Online-Beantragung von Sozialleistungen wird 2022 ein besonders spannendes Jahr, das den Leistungssuchenden den digitalen Zugang zu den wichtigsten Sozialleistungen ermöglichen soll. Mit der Sozialplattform wird das federführende Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS) ein bundesweites Themenportal für Sozialleistungen in den Echtbetrieb führen. Es schafft die technische Basis dafür, Online-Anträge schnell und effizient anbieten zu können. Zum Start steht neben dem Antrag auf

Arbeitslosengeld II auch der Antrag auf Hilfe zum Lebensunterhalt zur Verfügung. Im Anschluss folgen sukzessive weitere Anträge wie zum Beispiel auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, auf Wohngeld oder auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Viele der Leistungen hat der KDN in Kooperation mit kommunalen Fachpersonen und in enger Abstimmung mit dem MAGS vorkonzeptioniert, sodass die Umsetzung über die so genannten Digitalisierungsstraßen der Sozialplattform nahtlos anlaufen kann. Bundeslandübergreifende Projekt-Teams sorgen für die Realisierung der Anträge als Einer-für-Alle(EfA)-Lösungen, die flächendeckend zur Nachnutzung bereitgestellt werden können.

Neben dem direkten Zugang zum Antrag wird die Sozialplattform

Link-Tipp

Weitere Informationen finden Sie unter:

- www.kdn.de
- www.kdn-sozial.de

umfangreiches Informationsmaterial rund um die sozialen Leistungen bereitstellen und darüber hinaus zahlreiche unterstützende Tools bieten, wie zum Beispiel einen Finder für den individuellen Überblick über mögliche Leistungen oder eine Video-Chat-Funktion als schnellen Zugang zur individuellen Beratung. So wird dem Anspruch der Menschen auf unbürokratische Hilfe bei der Suche und Antragstellung von Sozialleistungen Rechnung getragen.

Die Bürgerinnen und Bürger über Online-Kanäle zu erreichen und mit ihnen räumlich ungebunden in Echtzeit zu interagieren, ist ein großer Gewinn für das soziale System in Deutschland. Doch auch die interne Fallbearbeitung muss solide digital unterstützt sein. Denn nur so werden die Sachbearbeiter entlastet und Antragsprozesse beschleunigt. Gerade in Zeiten knapper personeller Ressourcen werden damit Kapazitäten für die Bereitstellung sozialer Hilfe vor Ort geschaffen. Für Unterstützung sorgen hier Verfahren wie die von KDN.sozial, einer Gemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister in NRW mit Erfahrung in der Software-Entwicklung für den Sozialbereich seit 1975.

Der medienbruchfreie Anschluss der Sozialplattform an die Fachverfahren sorgt für eine unmittelbare Verarbeitung der Antragsdaten und neben dem Zeitgewinn auch für mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Um einen durchgängigen, sicheren Datenfluss zu gewährleisten, haben Fachverfahrenshersteller wie KDN.sozial die OZG-Projekte und die Konzeption der Sozialplattform unter dem Gesichtspunkt der Dateninteroperabilität

begleitet. Ein großer Meilenstein auf diesem Weg war die Entwicklung des Standards XSozialBasis, an der KDN.sozial mit seiner langjährigen Erfahrung in den sozialen Rechtsbereichen maßgeblich beteiligt war. Es wurde ein Datenstandard geschaffen, der alle Bereiche im Sozialwesen abdeckt und eine medienbruchfreie sowie vor allem auch bidirektionale Kommunikation ermöglicht, die gerade in Antragsprozessen unumgänglich ist. Sebastian Hömberg, einer der Leiter der KDN.sozial, sagt: „Der Standard XSozialBasis hat das Potenzial, die Entwicklungen der vergangenen Jahre bezüglich der Digitalisierung des Arbeitsplatzes der Sachbearbeitenden und der automatischen Anbindung von elektronischen Aktensystemen mit der Welt der digitalen Anträge zu verbinden und als Brücke zur Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu dienen. Dabei ist er speziell genug, um den Anforderungen des komplexen Sozialwesens zu genügen, aber auch flexibel und offen genug, um den vielfältigen Prozessen in diesem Bereich gerecht zu werden.“

Der Einsatz elektronischer Akten gewinnt im Zuge der OZG-Umsetzung immer mehr an Bedeutung. Die E-Akten erleichtern Arbeitsabläufe, optimieren Prozesse organisationsübergreifend und können sowohl vom individuellen Arbeitsplatz als auch aus dem Fachverfahren heraus genutzt werden. Der KDN hat im Rahmen eines interkommunalen Arbeitskreises mit kommunalen Fachexperten einen Leitfaden zur Einführung einer E-Sozialakte erstellt. Dabei lag der Fokus auf der Erarbeitung eines einheitlichen Standards im strukturellen Aufbau der E-Akte, der die

Austauschbarkeit elektronischer Akten gewährleistet. Der Leitfaden steht über die Mitglieder des KDN als Ratgeber bei der Umsetzung vor Ort zur Verfügung.

„Die Stadt Wuppertal hat im landesweiten Arbeitskreis des KDN zur Erarbeitung eines Leitfadens zur E-Sozialakte das Vorgehen der Digitalen Modellregion Bergisches Städtedreieck vorgestellt und eine wichtige Maxime mit auf den Weg gegeben: Das A und O bei der Einführung neuer IT-Systeme ist, die Beschäftigten mitzunehmen. Die Stadt Wuppertal hat bei ihrer Einführung eines digitalen Aktenplans einen besonderen Fokus auf die Schulungen gelegt. Das Schulungskonzept ist auf alle Kommunen übertragbar“, resümiert Nicole Sommer, Leiterin des Bereichs Digitalisierung und E-Government im Amt für Informationstechnik und Digitalisierung der Stadt Wuppertal.

Um als Kommune die Möglichkeiten der Digitalisierung umfassend zu nutzen, sind neben der Einführung von Online-Anträgen immer auch die internen Verwaltungsabläufe zu betrachten und digital neu zu gestalten. Seit Inkrafttreten des Onlinezugangsgesetzes konnte diesbezüglich schon einiges auf den Weg gebracht werden. Die wichtigsten Weichen sind gestellt. Jetzt gilt es, die Prozesse weiter voranzutreiben. Der KDN und seine Mitglieder unterstützen hierbei beratend und stehen als Ansprechpartner zur Verfügung.

Christine Litz arbeitet als Beraterin und kommunale OZG-Koordinatorin für das Themenfeld Arbeit & Ruhestand im Kompetenzzentrum Digitalisierung des KDN.

Digitalisierte Sozialplanung

Robert Schwerin

Die Sozialplanung im Kreis Pinneberg treibt die Identifikation, Zusammenführung und Aufbereitung von Daten mithilfe neuester Technologien voran. Ziel ist es, die Vielzahl an Daten und Informationen systematisch für die politische Gestaltung nutzbar zu machen.

Ungerechtigkeiten minimieren, Chancengleichheit vorantreiben, die Lebenssituationen von Menschen verbessern – die Sozialplanung hat sich großen Zielen verschrieben. Ihre wichtigsten Instrumente sind dabei die Erfassung und Vermittlung komplexer Informationen sowie die kooperative Vernetzung aller sozialpolitisch Beteiligten. Um beides zielführender zu verbinden, treibt die Sozialplanung im Kreis Pinneberg die Identifikation, Zusammenführung und Aufbereitung von Daten mithilfe neuester Technologien voran.

Das verstärkte Interesse an evidenzbasierter Politikberatung erfordert eine gezielte Verarbeitung von Informationen und Daten – gerade im Sozialbereich. Denn ohne systematische Sozialplanung sind Kommunen häufig darauf angewiesen, ihre Entscheidungen im Bereich Sozialpolitik ohne wirklich objektive Maßstäbe zu treffen. Indem die Sozialplanung komplexe Informationen erfasst und sie allen Beteiligten zur Verfügung stellt, kann sie zu einer Versachlichung des Diskurses beitragen. Denn nur wenn alle auf die gleiche Datenbasis zugreifen können und die gleichen Chancen zur Erfassung und Interpretation dieser haben, kann eine gleichberechtigte



Kartenbasierte Grafiken: Einfacher Zugang zu komplexen Informationslagen.

Diskussion entstehen. Der einfache Zugang zu komplexen Informationslagen muss deshalb ein zentrales Ziel von Sozialplanung sein.

Neue Technologien erweitern hier die Möglichkeiten. Für die Sozialplanung im Kreis Pinneberg sind Begriffe wie Big Data, Data Mining, algorithmische Prozesse, künstliche Intelligenz oder Business Intelligence (BI) daher schon lange keine Fremdworte mehr. Die Stabsstelle Sozialplanung und Steuerung weiß aber auch, wo die Herausforderungen und Schwierigkeiten bei der Nutzbarmachung dieser Systeme für die Sozialpolitik liegen.

Da ist zunächst die schiere Menge an Daten, die für die Sozialplanung

potenziell von Interesse sind. Daten, welche die meisten Behörden ohnehin erfassen, die aber bisher noch nicht verknüpft werden. Um sie für eine Verarbeitung gezielt verwertbar zu machen, müssen nicht selten verwaltungsinterne, meist unterschiedliche Systeme harmonisiert werden. Hier setzt die Sozialplanung auf ein Modul der im Haus eingesetzten Business-Intelligence-Lösung, deren Entwicklung von der Sozialplanung initiiert und gemeinsam mit externen Dienstleistern realisiert wurde. Es ermöglicht dem Kreis Pinneberg, alle Datenquellen, ob intern oder extern, zu einem zentralen Data Lake zusammenzuziehen. Damit können Daten automatisiert erfasst und sowohl tagesaktuell als auch zu einem be-

liebigen Stichtag generiert werden. Die Schnittstellen sichern dabei gleichzeitig die Anonymisierung sensibler Daten – vor dem Hintergrund hoher Datenschutzerfordernisse eine zentrale Voraussetzung bei der Datenerfassung in der Verwaltung. Darüber hinaus ist BI so offen angelegt, dass algorithmische Analysewerkzeuge wie künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen angebunden werden können, um die Auswertungen großer Datenmengen weiter zu verbessern.

Die Veröffentlichungsformate, die sich in Richtung Nutzer ergeben, sind vielfältig. Kartenbasierte interaktive Grafiken und Vergleichswerte ermöglichen einen einfachen Zugang zu komplexen Informationsslagen. Außerdem können die zugrunde liegenden Indikatorensets jederzeit aktualisiert und neue Datensätze aufgenommen werden.

Einen besonderen Meilenstein der digitalen Sozialplanung legte der Kreis Pinneberg im Jahr 2019 mit der Umsetzung der App FOKUS PI für iOS- und Android-Tablets. Zum ersten Mal wurden die vielfältigen Dokumente, die im Laufe von Planungsprozessen entstehen, an einem Ort gebündelt. Hier finden sich generelle Hintergrundinformationen und Organisationsstrukturen der Sozialplanung ebenso wie die jährlichen Berichte und Handlungsempfehlungen für die politischen Entscheidungsträger. Die App als für alle leicht zugängliches Informationsmittel schafft so Transparenz und hilft bei der Bereitstellung einer aktuellen und zuverlässigen Datenbasis.

Mit der Umsetzung des digitalen Sozialberichts Mitte 2020 konnte

die Sozialplanung im Kreis Pinneberg diesen Anspruch vertiefen: Innerhalb der App FOKUS PI können Nutzer jederzeit auf die Werte von mehr als 40 Leistungskennzahlen (Key Performance Indicator, KPI) aus dem Sozialbereich zugreifen – aufgeschlüsselt nach Jahren und Gemeinden und angereichert mit Vergleichswerten auf Landes- und Bundesebene. Wer heute im Kreis Pinneberg wissen möchte, wie sich die Geburtenrate seiner Gemeinde seit dem Jahr 2015 entwickelt hat, findet diese Angaben mit wenigen Klicks.

Die BI-basierten und über die App aggregierten Informationen werden durch die Sozialplanung also so zur Verfügung gestellt, dass alle Beteiligten jederzeit auf die gleichen Daten in der gleichen Form und Qualität zugreifen können. Damit liegt eine Standard User Experience vor. Hieraus entsteht ein enormer Mehrwert für den partizipativen Prozess. Im Kreis Pinneberg beteiligen sich dauerhaft bereits mehr als 150 Personen in thematischen Fokusgruppen am Sozialplanungsprozess. Sie treffen sich mehrmals pro Jahr, um sich auszutauschen und Handlungsempfehlungen für den politischen Raum zu entwickeln. Durch diese breite Beteiligung können Informationen optimal in die Netzwerke vor Ort kommuniziert und Ideen für die Verbesserung von Lebenssituationen systematisch aufgegriffen werden. Die digitale Berichterstattung nimmt somit neben ihrer Informations- auch eine Multiplikatorfunktion ein. Im Zusammenspiel von Politik, gesellschaftlichen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern entstehen so Perspektiven für die Region, die nur gemeinschaftlich gehoben werden können.

Die Idee der Data-Driven Governance wird zum Instrument der Problemlösung im politischen Raum: Die Nutzung von Daten ermöglicht es lokalen Gemeinschaften und Zivilgesellschaften, eigenes Wissen über sich selbst zu generieren und dementsprechend zu handeln. In den meisten Kommunen werden heute drei von vier Euro des Haushaltsbudgets für den Sozialbereich aufgewendet. Die Sozialplanung verfügt also über ein hohes Steuerungspotenzial für die Haushaltsgestaltung. Ihre Aufgabe muss es sein, die Vielzahl an Daten und Informationen systematisch für die politische Gestaltung nutzbar zu machen.

Das Verändern kultureller Verwaltungsstrukturen, die Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Rahmenbedingungen, die Einführung neuer Technologiebausteine, die Einbindung der Sozialplanungsprozesse in die Haushaltsplanung und die partizipative Interpretation von gewonnenen Daten – auf dem Weg zu einer echten Digitalisierung musste die Sozialplanung im Kreis Pinneberg immer wieder Überzeugungsarbeit leisten. Von der politischen Willensbildung über die finanzpolitische Absicherung bis hin zur erfolgreichen Umsetzung ist regelhaft von einem mehrjährigen Implementierungsprozess auszugehen. Dem gegenüber steht das enorme Steuerungspotenzial, das die Sozialplanung den politischen Vertretern und der Verwaltung bietet. Für alle Beteiligten liegt also ein klarer (Political) Return on Investment vor.

Robert Schwerin ist Leiter Sozialplanung und Steuerung beim Kreis Pinneberg.

Mit dem OZG gewinnen

Jens Flasche

Um die Bearbeitung von Online-Anträgen im Bereich soziale Sicherung zu beschleunigen, hat Anbieter Prosoz Herten die Lösung NEO.connect entwickelt.

Mit der Einführung von Online-Anträgen wird ein digitaler Prozess in Gang gesetzt, der Arbeitsabläufe optimiert und somit Arbeit spart. Aus diesem Grund beinhaltet die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) für Kommunen das Versprechen, ihre Arbeit leichter und effizienter zu gestalten. Ausschlaggebend dafür sind die behördeninternen Bearbeitungsschritte, auch wenn sie nicht explizit Gegenstand des OZG sind. An ihnen entscheidet sich, ob zwischen der Antragstellung und der Bescheidzustellung ein durchgängig digitaler Prozess ohne Medienbrüche liegt.

In der sozialen Sicherung erfolgt die Antragsbearbeitung in den meisten Verwaltungen bereits mit spezialisierten Fachverfahren. Die Lösung NEO.connect des Unternehmens Prosoz Herten bietet die Möglichkeit, Daten aus Online-Anträgen für die Sachbearbeitung zu importieren. Über einen so genannten OZG-Connector werden Daten direkt in die Bearbeitungsmasken des Fachverfahrens übernommen oder Angaben des Antragstellers zur Prüfung bereitgestellt.

Der OZG-Connector automatisiert dabei auch viele Arbeitsschritte. So werden Anträge unmittelbar an die zuständige Stelle weitergelei-

tet. Dort werden für die betreffenden Mitarbeitenden automatisch Termine vorgemerkt oder Wiedervorlagen generiert. Auch digitale Dokumente, die für den Antragsprozess erforderlich sind, werden in diesem Zuge übergeben. Sie können direkt in die Fallakte übernommen werden, idealerweise im Zusammenspiel mit einem Dokumenten-Management-System.

In der täglichen Praxis verursachen neben den komplexen Erstanträgen auch die vielen Änderungsmitteilungen einen Großteil der Arbeit. Änderungen in den wirtschaftlichen oder persönlichen Verhältnissen oder einfache Krankmeldungen von SGB-II-Leistungsbeziehern erfordern meist noch den umständlichen Postweg oder ein persönliches Erscheinen. Wird die Erledigung dieser Anliegen ebenfalls als Online-Service eingerichtet und digital weiterverarbeitet, können auch diese bürgerfreundlicher angeboten und schneller bearbeitet werden.

In einigen Kommunen ist die Lösung NEO.connect bereits im Einsatz und verlängert den Online-Antragsprozess in eine teilautomatisierte Fallanlage beziehungsweise Fallbearbeitung. Um in den verschiedensten Konstellationen und mit unterschiedlichen Online-Formu-

ren eingesetzt werden zu können, ist der OZG-Connector prinzipiell systemoffen und für die verschiedensten Online-Anträge anschlussfähig. Für Verwaltungen, die noch nicht über digitale Antragsformulare verfügen, empfiehlt sich die Übernahme bestehender Antragsmanagementsysteme, die bereits auf den OZG-Connector abgestimmt sind.

Wo die Fachverfahren als zentrales Bearbeitungsinstrument konsequent in die OZG-Umsetzung einbezogen werden, entlasten digitale Automatismen die Kommunen von lästigen Routinearbeiten und der persönliche Bürgerkontakt wird auf wichtige Anliegen beschränkt, was mehr Raum für mobiles Arbeiten bietet. Damit wird die Vision des OZG von Verwaltungsdienstleistungen als digitales End-to-End-Angebot Wirklichkeit.

Eine effiziente und wirklich bürgerfreundliche Verwaltung erfordert, dass Kommunen ihre Leistungen nicht nur digital bereitstellen, sondern auch mit ihren Arbeitsabläufen und -instrumenten verzahnen. Damit ebnet das OZG den Weg zu einer nachhaltigen Prozessverbesserung.

Jens Flasche ist bei der PROSOZ Herten GmbH im Bereich Marketing und Unternehmenskommunikation tätig.

Erweiterte Zuständigkeit

Marc Hochschild

Die niedersächsischen Landkreise Northeim und Holzminden haben sich für das Fahrzeugzulassungsverfahren OK.VERKEHR zu einer Allianz zusammengeschlossen.

Als Anwender des Zulassungsverfahrens für Fahrzeuge OK.VERKEHR haben sich die beiden Landkreise Northeim und Holzminden zu einer Allianz zusammengeschlossen. In Zukunft können sie sich so bei der Bearbeitung von Fahrzeugzulassungen gegenseitig unterstützen. Behilflich waren ihnen dabei kommIT und die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB).

Die beiden im südlichen Niedersachsen gelegenen Landkreise betreiben das Zulassungsverfahren OK.VERKEHR der AKDB im Rechenzentrumsbetrieb bei der KDG (Kommunale Dienste Göttingen). In der Zulassungsstelle des Landkreises Holzminden war es zu personellen Engpässen und in Folge zu einer vorübergehenden Schließung gekommen. Die Mitarbeitenden der Zulassungsstelle des Landkreises Northeim haben in dieser Situation unterstützend ausgeholfen. Ermöglicht hat das die Funktionalität „Erweiterte Zuständigkeit“ im Anwendungsverfahren OK.VERKEHR.

Zukünftig können Zulassungsvorgänge aus beiden Landkreisen auch in der Zulassungsstelle des

jeweils anderen Kreises beantragt und bearbeitet werden. Personalengpässe oder Antragsspitzen werden auf beide Verwaltungen verteilt und so abgedeckt. Zusätzlich können die Bürgerinnen und Bürger durch diese Funktionalität ihr Fahr-

dem Ergebnis sehr zufrieden. Insbesondere die schnelle und kompetente Projektumsetzung sowie die zuverlässige Arbeitsweise und permanente Erreichbarkeit auch während der Weihnachtsfeiertage wurden gelobt.



Zulassungsstelle des Landkreises Northeim*.

zeug auch im Nachbarlandkreis zulassen.

Mit großer Unterstützung aller Beteiligten, insbesondere der KDG sowie der Fachberater von AKDB und kommIT, wurden alle Installations- und Einrichtungsmaßnahmen über die Weihnachtsfeiertage bis Anfang Januar dieses Jahres abschließend durchgeführt. Die besondere Herausforderung bei diesem Projekt war eindeutig das extrem kurze zur Verfügung stehende Zeitfenster für ein solches mittelgroßes Software-Projekt. Alle Beteiligten sind mit dem Projektverlauf und

„Wir haben Partnerschaft gelebt, als Hilfe dringend nötig war“, so das Fazit von Alexander Thauer, der beim Landkreis Northeim als Administrator die Lösung OK.VERKEHR betreut, und der Zulassungsstellenleiterin des Landkreises Holzminden, Petra Steingräber. Alle Projektbeteiligten werden nun versu-

chen, die „Erweiterte Zuständigkeit“ in der gesamten Region zu verbreiten. Jeder Anwender der Verfahren OK.VERKEHR und OK.VORFAHRT kann diese Funktion nutzen und dadurch einen weiteren Schritt in Richtung effiziente Digitalisierung gehen.

Marc Hochschild ist Account Manager | Region Nord bei der kommIT Gesellschaft für Informationstechnik mbH.

* v.l.: Alexander Thauer, Administrator beim Landkreis Northeim; Matthias Glowatzka, zuständig für Planung und Umsetzung der Erweiterten Zuständigkeit

Ganze Region in einer App

Uwe Pagel/Christoph Buck

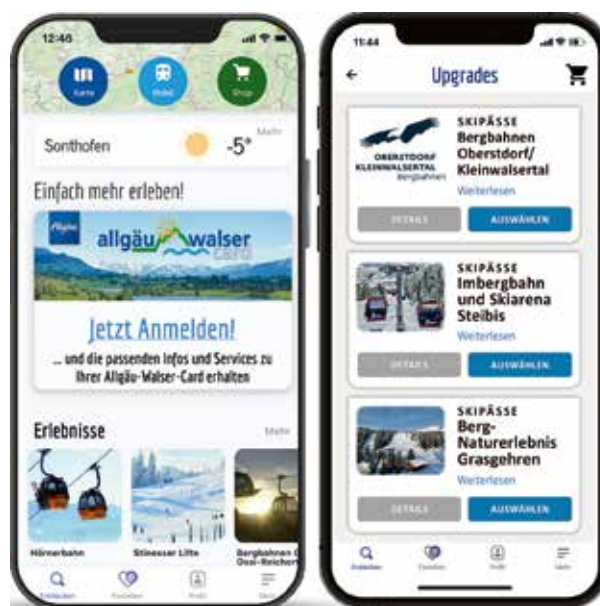
Mit der Einführung der Allgäu-Walser-App geht die Region Oberallgäu den nächsten Schritt zur Digitalisierung. Die App führt Zusatzangebote der bestehenden Gästekarte sowie neue technische Möglichkeiten unkompliziert in einem einheitlichen System zusammen.

Innovative Vermarktungskonzepte für Tourismus-Destinationen brauchen leistungsstarke und zuverlässige Software-Lösungen. Schon seit dem Jahr 2002 vertraut die Oberallgäu Tourismus Service GmbH (OATS) deshalb auf ERP-Systeme und Schnittstellen-Technologie von Wilken. So konnte mit der Allgäu-Walser-Card ein erfolgreiches Gästekarten-Konzept in der beliebten Urlaubsregion etabliert werden. Mit dem vor einiger Zeit erfolgten Umstieg auf die Wilken ERP-Lösung P/5 und dem Launch der neuen Allgäu-Walser-App geht die Region den nächsten Schritt in die Digitalisierung: von der Präsentation umfangreicher Vorteilsleistungen der Allgäu-Walser-Card bis zur Buchung von Skipässen und Bergbahntickets werden zahlreiche Prozesse in einem einheitlichen System abgebildet.

Als die OATS 2002 die erste Version der Allgäu-Walser-Card einführte, sahen das Tourismusgewerbe und die Region noch deutlich anders aus. Geschäftsführer Ulrich

Hüttenrauch: „Eine brauchbare Internet-Verbindung war zu dieser Zeit absolut keine Selbstverständlichkeit. Das System hinter den Karten musste also größtenteils

den ERP-Lösung CS/2 von Wilken wurde es beispielsweise möglich, Skipässe direkt an der Rezeption teilnehmender Hotels zu verkaufen, im Hintergrund Abrechnung und Clearing durchzuführen und Erlöse an beteiligte Leistungsträger weiterzuleiten – ein entscheidender Vorteil gegenüber anderen regionalen Gästekarten-Konzepten. Dementsprechend stieg die Zahl der Gastgeber, die mit der Software der Allgäu-Walser-Card arbeiten, kontinuierlich an. Sie beläuft sich mittlerweile auf über 6.300 Nutzer.



Allgäu-Walser-App bietet Mehrwert.

offline funktionieren. Manche Anwender speisten damals die Daten von ihrem Terminal oft nur einmal monatlich oder gar pro Saison ein.“ Auf dieser Basis erfolgte dann die Abrechnung von Leistungen oder die Überprüfung der Meldedaten der örtlichen Behörden. Über die Jahre erweiterten sich die Nutzungsmöglichkeiten deutlich, parallel zur zunehmenden Internet-Abdeckung. Dank der zugrundeliegen-

In den vergangenen Jahren stieß das System allerdings zunehmend an seine Grenzen. Der Umstieg auf die neue Wilken ERP-Software P/5 war deshalb naheliegend. Der Wechsel schaffte zudem die Voraussetzung für die Entwicklung der neuen Allgäu-Walser-App. Die ebenfalls mithilfe von Wilken konzipierte Anwendung führt die Zusatzangebote der Gästekarte sowie innovative technische Möglichkeiten unkompliziert und übersichtlich auf dem Smartphone des Gastes zusammen.

Das ist insbesondere im Bereich des individuell zugeschnittenen Marketings relevant: „Es gibt nicht die eine Allgäu-Walser-Card: Insgesamt sind aktuell 95 verschiedene Versionen mit unterschiedlichen Leistungen im Einsatz. Das lässt sich mit klassischen Werbemitteln wie Flyern nicht darstellen, weswegen viele Gäste gar nicht so genau wussten, welche Vorteile ihnen ihre jeweilige Karte bietet“, erläutert Ulrich Hüttenrauch. Über die App können nun sämtliche Zusatzleistungen, wie inkludierte Skipässe oder kostenloser Nahverkehr, auf einen Blick eingesehen werden. Die Mitarbeiter an der Rezeption werden deutlich entlastet, da die App Beratungsleistungen und Verkauf übernimmt. Für die Verantwortlichen der OATS war jedoch von Anfang an klar, dass die App mehr bieten musste, als eine bloße Angebotsübersicht. „Um erfolgreich zu sein, muss die App den Gästen einen echten Mehrwert liefern, etwa indem Abläufe einfacher und schneller werden. Mit der Möglichkeit, Skipässe und ÖPNV-Tickets direkt in der App zu buchen, ist uns das gelungen“, so Hüttenrauch.

Die technische Grundlage für diese Funktion lieferte Wilken in Form hochgradig performanter Schnittstellen-Software: Kauft ein Gast in der App ein Ticket, wird der Datensatz an das jeweilige Zugangssystem gesendet (in der Region hauptsächlich das von Anbieter Skidata). Dieses leitet die Daten an die passende Bergbahn mit all ihren vernetzten Drehkreuzen weiter. Passiert der Gast nun ein solches mit seiner Allgäu-Walser-Card, wird das Ticket im Vorbeigehen auf die Karte gebucht. Die OATS übernimmt dabei Aufgaben wie das

Clearing oder Inkasso, damit die Bergbahnen jederzeit schnell ihre Einnahmen erhalten. Dank der effektiven ERP-Lösung P/5 von Wilken werden hierbei die über 400 verschiedenen Tarife in der Region problemlos abgebildet. Aufgrund der technischen Komplexität dieses Vorgangs waren die OATS-Verantwortlichen zunächst skeptisch, ob mit der neuen Lösung alles reibungslos funktionieren würde – für das relativ kleine Service-Team des Unternehmens hat Stabilität höchste Priorität. Positives Feedback seitens der Zugangssystem-Betreiber sowie schnell steigende Akzeptanz bei den Gästen konnten die Vorbehalte allerdings schnell entkräften.

Auf dem Weg von der ersten Idee zur fertigen App mussten jedoch nicht nur die Anforderungen der OATS berücksichtigt werden. Mit insgesamt 40 beteiligten Kommunen und über 6.300 teilnehmenden Gastgebern ergibt sich eine organisatorisch, finanziell und politisch hochkomplexe Situation, die es zu navigieren gilt. Die Finanzierung des Projekts aus kommunalen Haushalten macht langfristige Planungssicherheit zu einem entscheidenden Faktor. Doch auch die technische Umsetzung erfordert eine beträchtliche Vorlaufzeit. Insbesondere, da heute zwischen Sommer- und Wintersaison keine lange Pause mehr liegt, war der fließende Übergang von der bisher genutzten ERP-Lösung CS/2 auf P/5 eine Herausforderung.

Mit dem bisherigen Erfolg der Allgäu-Walser-App ist Ulrich Hüttenrauch sehr zufrieden. Über 40.000-mal wurde die Anwendung seit dem Frühsommer 2021 auf iPhones und Android-Smartphones

heruntergeladen. Fast 75 Prozent der Nutzenden registrierten sich mit einer Allgäu-Walser-Card, wodurch die App in vollem Umfang nutzbar wird. Daneben hebt der OATS-Geschäftsführer den geringen Service-Aufwand hervor: „Ehrlich gesagt hatten wir zum Launch erheblichen Respekt vor zahlreichen Support-Anfragen. Bisher ist es aber sehr überschaubar, alles läuft gut.“ So sieht er die App für die nahe Zukunft gut gerüstet: „Der Skipass-Verkauf direkt in der App wird die Feuertaufe für die Weiterentwicklungen. Auf Basis der Erfahrungen aus der Sommersaison sind wir uns aber sicher, dass das gut funktionieren wird.“

An weiteren Features wird bereits gearbeitet: So wäre bereits jetzt das E-Ticketing nach VDV-KA-Standard über die App möglich – allerdings fehle aufseiten der regionalen Nahverkehrsunternehmen häufig noch das entsprechende Bordequipment, um E-Tickets korrekt zu verarbeiten, wie Ulrich Hüttenrauch anmerkt. Auch Schnittstellen für E-Auto-Ladesäulen, der Zugang zu automatisierten Ski-Depots oder die Einbindung weiterer Mobilitätslösungen werden in absehbarer Zeit zur Verfügung stehen. Mithilfe des Nutzungsverhaltens in der App ließe sich mit Predictive Analytics zudem vorhersagen, wohin die Menschen voraussichtlich unterwegs sein werden. Als Teil der Besucherlenkung könnte das Allgäu-Walser-Card-System so zur Vermeidung von Overtourism beitragen, der bereits jetzt ein Problem in der Region ist.

Uwe Pagel ist Geschäftsführer, Christoph Buck ist Mitarbeiter der Press'n'Relations GmbH, Ulm.

Virtuell sicher arbeiten

Timo Stubel

Mit Anbieter Parallels hat die Samtgemeinde Schwarmstedt eine virtuelle Desktop-Infrastruktur (VDI) eingeführt. Damit wurde nicht nur der Remote-Zugriff ermöglicht, auch die laufenden IT-Betriebskosten konnten reduziert werden.

Die niedersächsische Samtgemeinde Schwarmstedt hat die Digitalisierung in Eigenregie übernommen. Um Mitarbeitern Fernzugriff sowie lokalen IT-Support in Büros, Schulen, Kitas und der Bibliothek zu bieten, benötigte die Kommune eine geeignete Lösung. Virtuelle Desktop-Infrastrukturen (VDI) ermöglichen diesen flexiblen Zugang von zu Hause und von jedem Endgerät aus – unabhängig davon, welches Gerät und Betriebssystem genutzt wird. Die Datenverarbeitung findet bei VDI-Lösungen im Rechenzentrum der Kommune statt – so lässt sich auch ältere Hardware problemlos nutzen. Die Mitarbeiter können ohne Leistungsminderung auf ihre virtuellen Arbeitsplätze zugreifen. Jeder Benutzer mit Internet-Verbindung kann sich über die VDI an seinem virtuellen Unternehmens-Desktop anmelden und auf alle Dateien und Anwendungen zugreifen. Aktuelle Verschlüsselungsverfahren gewährleisten dabei die Sicherheit. Da die Leistung auf der Rechen- und Serverperformance der Samtgemeinde basiert, ist eine Anbindung mit optimierter Bandbreite genau wie bei der Hardware nicht notwendig.

Das IT-Team der Samtgemeinde Schwarmstedt führte Virtual Apps und Desktops ein, aber die Lösung



Samtgemeinde Schwarmstedt setzt auf Virtualisierung.

des bisherigen Anbieters bereitete Schwierigkeiten. Neben den technischen Problemen schienen die erbrachten Leistungen und die Kosten unverhältnismäßig. Aus diesem Grund machte sich das Team auf die Suche nach einer geeigneteren Anwendung. Wichtig war der Kommune, dass sich die Lösung nahtlos in die vorhandene IT-Infrastruktur einfügt und ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist.

Die Entscheidung des Schwarmstedter IT-Teams fiel nach eingehender Prüfung der gängigen Alternativen auf Parallels Remote Application Server (RAS). Diese All-in-One-Lösung für Anwendungsbereitstellung und VDI ermöglicht es

Nutzern, unabhängig von Ort und Zeit auf jedem Gerät zu arbeiten. Die Gemeinde erhält den benötigten Fernzugriff auf Ressourcen. Außerdem überzeugte die Lösung mit zusätzlichen Lastausgleichs- und Überwachungsfunktionen.

Das Unternehmen Parallels begleitete die Samtgemeinde von Anfang an bei der Bereitstellung ihrer ERP-Software (Enterprise Resource Planning), aber auch von Microsoft Office, Browsern und individuellen Inhouse-Anwendungen. Selbst spezielle HR-Software und deren Datenzugriff stellt mit der neuen Lösung kein Hindernis mehr dar. Darüber hinaus konnte die IT-Abteilung dank der Druck- und Scan-

Umleitungsfunktion in Parallels RAS viele interne Support-Anfragen vermeiden. Der Fernzugriff über die VDI verlief ebenfalls reibungslos. Die Mitarbeiter können nun von PCs, Tablets oder Fat Clients aus auf die IT-Infrastruktur der Kommune zugreifen.

Durch die Einführung der Virtuellen Desktop-Infrastruktur mit Parallels RAS ist die Samtgemeinde Schwarmstedt in der Lage, den Remote-Zugriff für ihre Mitarbeiter zu verbessern und ihnen ein standortunabhängiges Arbeiten zu ermöglichen. Die Kommune profitierte davon insbesondere während der Corona-Pandemie. Außerdem vereinfacht die benutzerfreundliche, zentralisierte Konsole den Verwaltungsaufwand der Administratoren und ermöglicht eine umfangreiche Überwachung der Tools und Zugänge. „Ich kann an einer Hand abzählen, wie oft wir Parallels in der Vergangenheit wegen einer Support-Anfrage kontaktieren mussten. Der Einsatz von Parallels RAS zahlt sich für uns wirklich aus. Wir sind froh, dass wir gewechselt haben“, sagt Hartmut Varchmin, IT-Manager der Samtgemeinde Schwarmstedt.

Durch die Virtualisierung wurde aber nicht nur die IT-Infrastruktur der Gemeindeverwaltung so umgestaltet, dass sie den neuen Remote-Anforderungen gerecht wird. Auch die laufenden IT-Betriebskosten ließen sich reduzieren. Denn dank dieser Lösung ist das IT-Team in der Lage, die Investitionen in neue Hardware gering zu halten und die Lebensdauer der vorhandenen Geräte zu verlängern – ohne die Remote-Produktivität zu beeinträchtigen. Zudem spart die IT-Abteilung der Samtgemeinde Schwarmstedt

mit der VDI-Lösung Zeit bei der Behebung von Remote-Access-Problemen. Der Support für die Endnutzer ist unkompliziert: Die IT-Abteilung kann über das zentralisierte VDI-Format alle virtuellen Desktops eines Systems problemlos patchen, aktualisieren oder konfigurieren. Dadurch wird die Leistung für die Endanwender zentral über alle Desktops hinweg optimiert.

Auch die Datensicherheit profitiert von der Virtualisierungslösung. Denn die Mitarbeiter können die Daten auf dem virtuellen Desktop bearbeiten und müssen diese nicht mehr auf ihre Endgeräte herunterladen. Der Einsatz der VDI mindert somit die Sorge um die Verschlüsselung der Festplatten bei den verwendeten Endgeräten. Sollte

etwa ein Laptop verloren gehen oder gestohlen werden, können keine vertraulichen Daten der Gemeinde unverschlüsselt darauf eingesehen werden, da sich diese auf dem virtuellen Desktop und nicht auf dem Gerät befinden. Eine weitere Möglichkeit, die Sicherheit zu erhöhen, ist die Zugriffsverwaltung mit Identifizierungsmaßnahmen wie Multifaktor-Authentifizierung (MFA), Smartcard-Authentifizierung oder Single-Sign-on (SSO) zu verstärken. Zudem weist Parallels RAS eine hohe Benutzerfreundlichkeit auf. Besonders geschätzt werden die Scan- und Druckumleitung, das benutzerfreundliche Shadowing und der Remote-Support.

Timo Stubel ist Technical Consultant Central Europe bei Parallels.

Anzeige



Die Software zum Management von Hund und Halter

Mit dem pmHundManager können Sie die landesspezifischen Pflichten zum Halten und Führen von Hunden komfortabel in einer Webanwendung überwachen und verwalten.

Optional mit integriertem OZG-Modul „Hundesteuer“

GovConnect
die IT-Spezialisten für Verwaltungen
info@govconnect.de www.govconnect.de

NRW testet hybrides Tagen

Nordrhein-Westfalen will ein Gesetz zur Einführung digitaler Sitzungen für kommunale Gremien verabschieden. Im Vorfeld wurden verschiedene Videokonferenz- und Abstimmungslösungen getestet. Fazit: Die passende Software muss erst noch entwickelt werden.

Ausgelöst durch die Corona-Pandemie waren viele Kommunen in den vergangenen zwei Jahren gezwungen, Ausschusssitzungen abzusagen oder in einigen Bundesländern vorübergehend digital oder in hybrider Form – mit Teilnahme sowohl vor Ort als auch vor dem Bildschirm – durchzuführen. In Bayern und Baden-Württemberg wurde entschieden, auch außerhalb von Sondersituationen dauerhafte Möglichkeiten für die Digitalisierung kommunaler Gremiensitzungen zu schaffen. In Nordrhein-Westfalen sind solche Regelungen jedoch noch nicht gegeben. Weil die Anwesenheit der Ratsmitglieder nach der Gemeindeordnung NRW zwingend erforderlich ist, ist es hier lediglich erlaubt, dass der Rat in pandemischer Lage seine Entscheidungsbefugnisse auf den deutlich kleineren Hauptausschuss übertragen kann.

Diese eng gefasste Vorgabe entspricht nach Ansicht vieler Kommunen nicht mehr dem Zeitgeist. „Der digitale Wandel hat in den vergangenen Jahren Fahrt aufgenommen und betrifft auch die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik in den Kommunalparlamenten“, sagt etwa Martin Sommer, Landrat des Kreises Steinfurt. „Viele der neuen Kreistagsabgeordneten er-



Moers hat schon Erfahrungen im Streamen von Ratssitzungen.

warten für das politische Geschäft Lösungen, die ihnen auch im beruflichen und privaten Umfeld zur Verfügung stehen. Es entspricht nach unserer Auffassung den zeitgemäßen Anforderungen an die kommunale Selbstverwaltung, eine hybride Teilnahme an Sitzungen sowie für Notfälle komplett digitale Sitzungen zu ermöglichen.“

„Während eines pandemiebedingten Lockdowns, aber auch bei Naturkatastrophen, wie es sie im Ahrtal gab, kann die digitale Ratsarbeit helfen, dringende Entscheidungen zu treffen“, gibt auch Sabine Meinke-Henn, Leiterin des Büros des Bürgermeisters der Stadt Moers, zu bedenken. Und Folke große Deters, Leiter des Geschäftsbereichs Dezernats- und Verwaltungssteuerung bei der Bundesstadt Bonn, meint: „Die

Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig der digitale Austausch ist – auch zur Aufrechterhaltung der politischen Arbeit. Digitale Gremiensitzungen sind zudem allgemein eine Chance für die Arbeit der Mandatsträger, zum Beispiel, was die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Familie angeht.“

Die drei Kommunen waren daher nicht die einzigen, die sich dauerhaft die Möglichkeit wünschten, Sitzungen in digitaler oder hybrider Form durchzuführen, und beteiligten sich dementsprechend gerne an einem Modellprojekt des Landes Nordrhein-Westfalen. Dessen zentrales Ziel war das Entwickeln von technischen sowie von Verfahrensstandards zur rechtssicheren und praxistauglichen Durchführung digitaler und hybrider Sitzungen. Die Ge-

samtverantwortung für das Projekt, an dem von Mitte September bis Mitte Dezember vergangenen Jahres insgesamt 15 Kommunen sowie der Landschaftsverband Rheinland teilnahmen, lag beim nordrhein-westfälischen Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung. Mit der Begleitung der technischen, datenschutzrechtlichen und IT-Sicherheitsaspekte wurde d-NRW beauftragt. Die Unternehmensberatung Deloitte führte im Vorfeld eine Sichtung der am Markt vorhandenen Tools durch und erstellte für die teilnehmenden Kommune eine Vorauswahl an Anwendungen für den Praxistest. Im Rahmen des Modellprojekts wurde dann jede teilnehmende Kommune gebeten, je eine Lösung für die Durchführung von Videokonferenzen und für Abstimmungen auszuwählen und auf Benutzerfreundlichkeit und Praxistauglichkeit zu testen.

Für den Kreis Steinfurt kam der Aufruf zum Modellprojekt genau zur rechten Zeit, denn die Digitalisierung der politischen Gremienarbeit ist ein wichtiger Baustein der Digitalisierungsstrategie der Kommune. So findet etwa der Sitzungsdienst im Kreis bereits komplett digital statt, die Kreistagsmitglieder sind mit den entsprechenden End-

geräten ausgestattet und alle Beteiligten konnten bereits seit Januar 2021 Erfahrungen damit sammeln, dass anstelle von Ausschusssitzungen digitale Informationsveranstaltungen per Videokonferenz abgehalten werden.

Bei nichtöffentlichen Informationsveranstaltungen wurde nach Angaben des Kreises Steinfurt in der Regel die Lösung Zoom eingesetzt, zusätzlich wurde die Videokonferenz vor Ort in den Sitzungssaal übertragen. Eingestellt wurde dabei nur der Blick auf die Verwaltungsreihe im Sitzungssaal, meist war auch der/die Vorsitzende im Bild. „Im Rahmen des Praxistests der Videokonferenz-Lösung Alfa-view mussten diese Sicht sowie der Blick aufs Plenum übertragen werden, was mit der Software gelang. Die verschiedenen Kameras bedurften aber einer Regie, also weiterer personeller Unterstützung in der Technik“, berichtet Karsten Lindemann, der vonseiten des Kreises Steinfurt für den Test technisch verantwortlich zeichnete. „Die getestete Abstimmungssoftware Vote@Home erfüllte im Gegensatz zur Videokonferenz-Software alle notwendigen Funktionalitäten, musste aber vorher umfangreich mit den Abstimmungen gefüttert

und auch während der Abstimmung aktiv bedient werden.“

Die Stadt Moers hat sich nach eigenen Angaben ebenfalls schon seit einiger Zeit mit dem Livestreaming von Ratssitzungen befasst. Es sei somit quasi die logische Konsequenz gewesen, bei dem Modellprojekt mitzumachen. „Wir nutzen zudem seit einigen Jahren ein Ratsinformationssystem, über das sämtliche Informationen, die die Ratsarbeit betreffen, abrufbar sind“, berichtet die Leiterin des Bürgermeisterbüros Sabine Meinke-Henn. Des Weiteren habe die Stadt den Ratsmitgliedern jeweils für die laufende Wahlperiode Tablets bezuschusst. „Fast alle Ratsmitglieder nutzen diese Geräte und erhalten sämtliche Vorlagen elektronisch.“ Im Rahmen des Modellprojekts testete die Stadt dann das Videokonferenzsystem BigBlueButton sowie ebenfalls die Abstimmungslösung Vote@Home. „Wir haben allerdings festgestellt, dass die genutzte Software keine zufriedenstellende Lösung bot“, resümiert Sven Petersen, stellvertretender Leiter des Büros des Bürgermeisters. So sei das System für die Abstimmung zu kompliziert und es sei nicht immer ersichtlich gewesen, wer bereits abgestimmt habe. Auch die ►

Anzeige



Der Countdown läuft. Bereit für das OZG?

Mehr als 100 Städte und Kommunen haben sich bereits für unser Serviceportal entschieden. Digitale Behördengänge rund um die Uhr funktionieren jedoch nur, wenn die notwendigen Fachverfahren eingebunden sind. Werden Sie jetzt „OZG-ready“ – mit dem neuen Starterpaket für das Serviceportal der regio iT!



Kombination von zwei Modulen empfanden die Teilnehmer des Praxistests als nicht praktikabel. „Nötig ist vielmehr eine Software, die beides kann und alle Bedürfnisse einer Ratssitzung abdeckt“, konstatiert Petersen.

Ähnliche Erfahrungen wie die Stadt Moers hat im Rahmen des Modellprojekts die Stadt Bonn gemacht, welche ebenfalls BigBlue-Button und für Abstimmungen das Tool Polyas getestet hat: „Die im Modellprojekt durch die Kommunen durchgeführten Tests haben gezeigt, dass es bisher keine technische Lösung gibt, die den erarbeiteten Anforderungen entspricht“, so das Fazit von Folke große Deters. „Die derzeitigen Lösungen verursachen einen hohen zeitlichen Aufwand und bilden nicht alle Anforderungen ab.“ Auch die den Kommunen entstehenden hohen Kosten für die Anschaffung und Bereitstellung einer technischen Lösung seien Hürden auf dem Weg zu digitalen Ratssitzungen. „Da nur datenschutzkonforme Lösungen eingesetzt werden können, stehen die Videokonferenz-Systeme, die alle Mandatsträger kennen und mit denen sie vertraut sind, für digitale Sitzungen nicht zur Verfügung“, gibt Karsten Lindemann vom Kreis Steinfurt zu bedenken. „Viele gewohnte Features werden aber von den verbleibenden Software-Lösungen (noch?) nicht angeboten.“

Im Abschlussbericht des Lands zum Modellprojekt wird daher festgestellt, dass auf dem Markt bislang keine Lösung ausgemacht werden konnte, die den Kommunen sowohl Beratungen als auch Abstimmungen in einer zumindest im Wesentlichen den relevanten Anforderun-

gen gerecht werdenden Weise digital ermöglicht. Es wird daher die Empfehlung ausgesprochen, den Blick zunächst auf Kombinationslösungen zu fokussieren. Vereinzelt Defizite wiesen die getesteten Lösungen dem Bericht zufolge auch in den Bereichen Datenschutz und IT-Sicherheit auf. „Eine dem vorgelegten Anforderungskatalog und damit den Bedürfnissen kommunaler Gremiensitzungen voll gerecht werdende Software-Lösung wäre daher noch zu entwickeln oder zu identifizieren“, konstatiert der Bericht.

Dem Auftrag des Landtags Nordrhein-Westfalen, im Rahmen des Modellprojekts eine mögliche Änderung des Kommunalverfassungsrechts zu erarbeiten, welche Beratungen und Beschlussfassungen kommunaler Gremien in digitaler Form erlaubt, wurde Mitte Dezember 2021 durch die Vorlage des Gesetzentwurfs „zur Einführung digitaler Sitzungen für kommunale Gremien und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften“ entsprochen. Geplant ist, dieses noch im ersten Quartal 2022 zu beschließen.

„Der Kurzfristigkeit des Modellprojekts geschuldet, erfolgten zwar entgegen unserer Erwartungen keine umfangreichen Erprobungen der Lösungen, sondern nur kurze Techniktests“, kommentiert Karsten Lindemann vom Kreis Steinfurt. „Als positive Folge ermöglicht dies aber eine gesetzliche Regelung noch in dieser Legislaturperiode.“ Landrat Martin Sommer bedauert, dass hybride Sitzungen laut Gesetzentwurf außerhalb von Notsituationen nur für freiwillige Ausschüsse zulässig sein sollen, nicht aber für

Kreisausschuss und Kreistag. „Die Entwicklungsmöglichkeiten bezüglich digitaler und hybrider Sitzungen werden sich nun stark an den noch zu verabschiedenden gesetzlichen Rahmenbedingungen orientieren“, lautet das Fazit von Folke große Deters, Stadt Bonn. „Diese bleiben zumindest in ihrem ersten Entwurf hinter den Erwartungen und Wünschen der Bundesstadt Bonn zurück.“

Dieser Meinung ist auch der Städtetag NRW, der mit dem Gesetzentwurf ebenfalls nicht zufrieden ist. „Digitale Gremiensitzungen sind zeitgemäß und stärken die kommunale Selbstverwaltung: Das bedeutet nicht das Ende von Präsenzsitzungen. Sie wird es weiterhin geben, auch wenn sich digitale und hybride Formate etablieren. Auch wird sich die Technik weiterentwickeln, um allen praktischen und rechtlichen Anforderungen zu genügen“, kommentiert Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetags NRW. „Die Städte haben in den Modellprojekten bewiesen, dass sie digital tagen und entscheiden können.“ Nun müsse das Land daraus praxisnahe Regeln auf den Weg bringen. „Die Städte in NRW wollen Sitzungen von Stadträten und Ausschüssen auch in Zukunft virtuell abhalten können. Der vorliegende Gesetzentwurf reicht dafür nicht aus“, kritisiert Dedy. Der Städtetag fordere das Land daher auf, virtuelle Sitzungen von Stadträten und kommunalen Gremien grundsätzlich zu erlauben und nicht auf Ausnahmesituationen zu beschränken. Dedy: „Letztlich muss der Stadtrat vor Ort entscheiden können, wie er tagen will.“

Bettina Weidemann

Nachhaltig arbeiten

Annalena Döbele

Das badische Eichstetten am Kaiserstuhl ist auf ein Ratsinformationssystem umgestiegen, womit die Gemeinde Ressourcen spart und die Umwelt schont.

In der badischen Gemeinde Eichstetten am Kaiserstuhl wird die Digitalisierung als Chance betrachtet, mit der wirtschaftliche, politische und ökologische Ziele gleichermaßen erreicht werden können. Ein Beispiel ist die Organisation der Verwaltung. Dort wurden bisher neben der Post auch Kopien, Einladungen zu Gemeinderatssitzungen oder Beratungsunterlagen manuell angefertigt und anschließend auf Papier verteilt. Das Ergebnis: hohe Kosten für Druckunterlagen, langsame Prozesse und ein unnötig unflexibles Sitzungsmanagement.

„Neben den hohen Papierkosten und der ineffizienten Organisation war vor allem der Klimaschutz ein wichtiges Argument für die Suche nach einem digitalen Ratsinformationssystem“, erklärt Ulrich Porsche, Hauptamtsleiter der Gemeinde Eichstetten. „Der Umstieg auf ein digitales Sitzungsmanagement ist ein wichtiger Baustein, mit dem wir das Fundament für eine nachhaltigere Verwaltung legen.“

Durch Empfehlungen aus anderen Kommunen wurde die Gemeinde Eichstetten schließlich auf den Sitzungsdienst SD.NET der Firma Sternberg aufmerksam. Die Biele-

felder Firma hat sich seit mehr als 30 Jahren auf die Entwicklung von Software-Produkten für das Sitzungsmanagement spezialisiert. „Wir haben uns das System näher angeschaut und die Beratung durch



Eichstetten: Ratsinformationssystem macht sich bezahlt.

die Firma genutzt. Überzeugt haben uns vor allem die Möglichkeit zum digitalen Versand wichtiger Unterlagen und Dokumente sowie das intuitive Handling der Software“, erläutert Porsche. Darüber hinaus könne der Austausch zwischen allen Rathausmitarbeitern, den Gemeinderäten und vor allem auch den Bürgerinnen und Bürgern nun wesentlich einfacher und transparenter erfolgen.

Intensive Schulungen durch die Firma Sternberg und der zielführenden Support halfen beim Umstieg auf das neue System, das von den Verwaltungsmitarbeitern auch über

mobile Endgeräte wie eigens angeschaffte iPads genutzt werden kann. Diese sind mit der Sitzungs-App iRICH ausgestattet, über die unter anderem Termine, Tagesordnungen, Vorlagen oder Protokolle und Beschlüsse veröffentlicht werden können. Auch eine Volltextsuche und das Einfügen eigener Notizen sind mit der mobilen Anwendung möglich. Das ist aber längst nicht alles. Denn auch Mitzeichnungen, Protokollgenehmigungen oder die Sitzungsabrechnung können über die iRICH-App – unabhängig von Zeit und Ort – bearbeitet und mitgeteilt werden.

„Wir haben so eine ganz neue Flexibilität gewonnen und sparen jede Menge Ressourcen. Das ist nicht nur kosteneffizient, sondern schont auch die Umwelt“, fasst Ulrich Porsche zusammen. „Für uns hat sich der Einsatz von SD.NET bereits jetzt bezahlt gemacht, und wir sind einen wichtigen Schritt auf dem Weg in eine digitale und nachhaltigere Zukunft gegangen.“

Annalena Döbele ist Verwaltungspraktikantin bei der Gemeinde Eichstetten und Studentin der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl, Studiengang „Public Management“.

Einfacher geht's digital

Cora Rosenkranz

Wie die Einführung eines digitalen Sitzungsmanagements schnell und reibungslos gelingen kann, zeigt sich in Wolpertswende. Vom Ergebnis profitieren der Gemeindehaushalt, die Umwelt und nicht zuletzt die Verwaltungsmitarbeitenden.

Unterlagen zusammenstellen, kopieren, drucken, sortieren, kontrollieren, kuvertieren, frankieren und fristgerecht zustellen: Die Vor- und Nachbereitung von Gemeinderatssitzungen ist eine aufwendige Aufgabe, die schon immer ein hohes Maß an Sorgfalt verlangte. Oft verursacht sie einen regelrechten Papierkrieg in den Verwaltungen. Allein das Ausdrucken großformatiger Bebauungspläne kann einen ganzen Arbeitstag in Anspruch nehmen. Dennoch sind all diese Unterlagen für die ordnungsgemäße Durchführung der Gemeinderatssitzungen unverzichtbar. Sie sind die wichtigste Grundlage für anstehende Beschlüsse und müssen jedem Ratsmitglied vollständig und fristgerecht zugestellt werden. Hinzu kommen die Aufbereitung freigegebener Dokumente für die Öffentlichkeit, die Verteilung der Protokolle im Nachgang der Sitzung und andere arbeitsintensive Tätigkeiten.

Digitalisierungsmaßnahmen können hier für Erleichterung sorgen. Allerdings haben Gemeinden besonders heterogene Nutzerstrukturen und -anforderungen, was die Digitalisierung des Sitzungsdiensts erschwert. In nicht wenigen Kommunen haben dahingehende Versuche zu Enttäuschungen geführt

oder wurden sogar abgebrochen. Anders im baden-württembergischen Wolpertswende. Hier hat die Umstellung schnell und reibungslos funktioniert. Die Gemeinde hatte sich gut vorbereitet und mit more! Software den passenden Implementierungspartner an ihrer Seite.

Werden Sitzungsvorlagen als Papierdokumente zusammengestellt, laufen die Drucker in den Gemeinden auf Hochtouren. Dabei geht wertvolle Arbeitszeit verloren, es entstehen hohe Druck- und Papierkosten und auch der Umwelt schadet dies. Für Hauptamtsleiterin Ines Hauchler war deshalb schon bei der Aufnahme ihrer Arbeit in Wolpertswende klar: „Es muss sich etwas ändern. Denn Umweltschutz und Ressourcenschonung geht uns alle an. Auch kostentechnisch sind solche überkommenen Verfahren nicht mehr zu verantworten.“ Hauchler hatte bereits in anderen Gemeinden Erfahrungen sowohl mit guten als auch mit weniger hilfreichen Digitalisierungslösungen gemacht. Mit diesem Wissen fiel es ihr und ihren Kollegen in Wolpertswende leichter, Angebote unterschiedlicher Anbieter einzuschätzen. Die Lösung more! rubin überzeugte sie nicht nur preislich, sondern insbesondere auch mit Übersichtlichkeit, einem einfachen

Handling, intelligenter Automatisierung sowie der Möglichkeit der Individualisierung. „Wenn die Kollegen in der Verwaltung nicht gern mit einer Software arbeiten und sich überfordert fühlen, können digitale Lösungen mehr schaden als nützen“, weiß Ines Hauchler. „Vielleicht noch wichtiger ist eine einfache Bedienung für die Ratsmitglieder. Schon aufgrund ihrer sehr heterogenen Altersstruktur kann man nicht davon ausgehen, dass alle gleichermaßen digitalaffin und -versiert sind. Wir brauchten deshalb eine Lösung, die sich jedem schnell erschließt.“ Ein weiterer wichtiger Aspekt war für die Gemeinde Wolpertswende die Qualität der Dokumentenrecherche. Durch eine Stichwortsuche in allen Archiven lassen sich nun sämtliche Informationen zu einem Themenkomplex mit we-

Profil

● Wolpertswende

Bundesland:
Baden-Württemberg
Landkreis:
Ravensburg
Bürgermeister:
Daniel Steiner (CDU)
Web-Präsenz:
www.wolpertswende.de



Das Projekt: Schnell und reibungslos ist die Digitalisierung des Sitzungsdiensts in Wolpertswende gelungen. Eingesetzt wird die Lösung more! rubin von Anbieter more! Software.

nigen Klicks auffinden. Auch Sicherheitsaspekte sind in der Lösung fest implementiert: Um den unbefugten Zugriff auf digitale Dokumente zu verhindern, werden die Ratsvorlagen auf einem Portal bereitgestellt, in das sich ausschließlich die Gemeinderatsmitglieder mit persönlichen Zugangsdaten einloggen können. Zusätzlich werden alle Dokumente mit einem digitalen Wasserzeichen versehen, sodass eine Nachverfolgung jederzeit möglich ist.

Als die neue Software in der Wolpertswender Verwaltung eingeführt wurde, zeigte sich schnell, dass die Entscheidung für more! rubin die richtige war. Implementierung und Individualisierung konnten binnen vier Wochen realisiert werden. Ein

Vormittag Schulung reichte aus, um die Mitarbeitenden mit der Lösung vertraut zu machen. Schnell erschlossen sich auch die Vorteile und Erleichterungen, welche die neue digitale Arbeitsweise mit sich brachte. Und wenn doch mal eine Unsicherheit oder ein Problem auftauchten, konnte sich die Gemeindeverwaltung auf die schnelle und kompetente Unterstützung seitens der Software-Experten verlassen.

Als Feuerprobe war schließlich die erste digital vorbereitete Sitzung des Gemeinderats zu bestehen. Denn dabei würde sich zeigen, ob die neue Lösung tatsächlich den Anforderungen in der Praxis gerecht wird. „Das durchweg positive Feedback hat uns selbst überrascht“, sagt Ines Hauchler. „Wir

hatten mit kleinen Stolperern und Startschwierigkeiten gerechnet. Die gab es aber nicht. Im Gegenteil – es zeigten sich alle Ratsmitglieder von Beginn an begeistert.“

Nach diesen guten Erfahrungen denken die Wolpertswender über eine Ausweitung des digital unterstützten Sitzungsmanagements nach. Die coronabedingten Präsenzeinschränkungen bestärken diese Überlegungen. Die Gemeinde überlegt deshalb, mit more! rubin ganze Gemeinderatssitzungen in digitaler oder hybrider Form zu ermöglichen. Hierzu sind aber noch einige rechtliche Fragestellungen zu klären.

Cora Rosenkranz ist IT-Journalistin für Wordfinder.

Anzeige



Das digitale Personalbüro von regisafe

Personalprozesse medienbruchfrei verwalten

Mit dem digitalen Personalbüro von regisafe organisieren Sie Personalakten und -daten sowie Bewerbungsprozesse einfach, effizient und rechtskonform. Erfahren Sie hier mehr über die regisafe-Komplettlösung für die digitale Personalarbeit: www.regisafe.de/produkt/das-digitale-personalbuero

Effiziente Arbeitsplattform

Martina Panzer

Auf ein webbasiertes Ratsinformationssystem hat die Stadt St. Ingbert umgestellt. Es vereinfacht den Zugang zu öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungsdokumenten und spart der Kommune viel Zeit, Geld und weitere Ressourcen.

Ressourcenschonend und effizient sollen im saarländischen St. Ingbert die Rats- und Ausschusssitzungen abgewickelt werden. Ein Verfahren zur papierlosen Bearbeitung hatte die Stadtverwaltung bereits im Einsatz, als sie im Frühjahr 2021 den Wechsel auf ALLRIS 4 beschloss. Die Lösung von Anbieter CC e-gov versprach nicht nur verbesserte Arbeitsabläufe, es konnten auch mehr Anwender und Gremienmitglieder für das System begeistert werden.

Vom früheren Prozedere berichtet etwa Hans Bur, erster Vorsitzender des St. Ingberter Seniorenbeirats. „Bei der Vor- und Nachbereitung von Ratssitzungen kommen gut und gern Tausende Seiten Papier zusammen. Darunter sind viele Lagepläne, Gutachten und Dokumente zu Tagesordnungspunkten, von denen ich als Seniorenbeauftragter gar nicht betroffen bin.“ Früher wurden all diese Unterlagen vorschriftsgemäß ausgedruckt und den rund 50 Mitgliedern des Stadtrats und Sitzungsbeteiligten per hausinternem Kurier persönlich zugestellt. „Eine riesige Ressourcenverschwendung“, findet Bur. Hinzu kam, dass die Dokumente im Vorfeld der Sitzungen bei den Schriftführern eingereicht und von diesen zusammengestellt werden



St. Ingbert: ALLRIS erleichtert Ratsarbeit.

mussten. Anschließend waren sie von den Fachbereichen, dem Oberbürgermeister, dem Schriftführer und anderen Beteiligten persönlich in oft langen Sitzungen durchzusprechen.

„Heute schreiben die Sachbearbeiter der Fachbereiche, die Ratsmitglieder und andere Beteiligte ihre Dokumente – etwa Vorlagen oder Anträge – in ALLRIS selbst“, erklärt Heinz-Holger Hansen, Leiter des Geschäftsbereichs Hauptverwaltung, Zentrale Steuerung und Digitalisierung. „Das vermeidet Fehler, stärkt die Fachbereiche und entlastet die Schriftführer.“ Die Eingabe erfolgt in der benutzerfreundlichen und systemunabhängigen Oberfläche eines Webbrowsers. Die Vorlagenerstellung ist intuitiv und erfordert wenig Einarbeitungs-

zeit. Alle Dokumente werden in Echtzeit zur Verfügung gestellt. Die Rats- und Ausschussmitglieder erhalten mit der Einladung zur Sitzung und der Tagesordnung Zugriff auf die angehängten Unterlagen und können damit vollständig papierlos arbeiten. Über eine Suchfunktion können sie außerdem gezielt nach den Dokumenten suchen, die sie tatsächlich betreffen, und diese an ihrem bevorzugten Gerät durchlesen. Hausinterne Mitzeichnungen und Prüfungen werden papierlos in einem Workflow abgearbeitet, in dem jeder Beteiligte per E-Mail über Statusänderungen der für ihn relevanten Dokumente informiert wird. „Wir sparen uns die langwierige Vorbesprechung, da sich die meisten Fragen per Telefon beantworten lassen“, sagt Hans Bur. „Die wenigen Seiten, die wir für die

Sitzung benötigen, können wir dann noch ausdrucken.“

Die Workflows sind in ALLRIS nicht in eigenen Modulen oder Anwendungen organisiert, sondern arbeiten in einem einzigen System zusammen. Dadurch ist der gesamte Prozess von der Planung und Vorbereitung der Sitzung bis hin zur Veröffentlichung der Beschlüsse transparenter, schneller, fehlerfreier und einfacher geworden. Zudem spart sich die Stadt die hohen Druck- und Zustellungskosten und arbeitet klimafreundlicher. Da ALLRIS den Ratsmitgliedern auch per App zur Verfügung steht, können sie das System auf jedem beliebigen Gerät jederzeit über ihren sicheren Passwortzugang nutzen. „ALLRIS ist eine enorme Arbeitserleichterung“, lobt Bürgermeisterin Nadine Backes. „Dank der Markierungsfunktion kann ich wichtige Stellen in einem Text hervorheben und habe ihn dann für die unterschiedlichen Sitzungen online vorliegen. Auch die Suche nach Schlagwörtern ist sehr angenehm, da ich damit in älteren Dokumen-

ten nach Informationen suchen kann. Ich nutze die App auf dem Tablet, aber auch die Web-Version auf dem PC. Für mich ist ALLRIS nicht nur ein Informationssystem, sondern eine effiziente Arbeitsplattform.“

Anders als das zuvor in der Stadtverwaltung verwendete System arbeitet ALLRIS nicht als Client/Server-Lösung. Stattdessen übernehmen die Server des Zweckverbands eGo-Saar kostensparend das Hosting. „Früher mussten wir drei Systeme pflegen, die zwar in regelmäßigen Intervallen synchronisiert wurden, aber dadurch nicht unbedingt immer identische Daten führten“, erklärt Rüdiger Krill vom Sachgebiet IT. „In ALLRIS arbeiten alle auf dem gleichen Datenbestand – Ratsinformations-, Bürgerinformations- und Amtsinformationssystem sind immer synchron.“ Da auch Updates und Patches über die Server gefahren werden, spart die St. Ingberter IT-Abteilung viel Geld und Zeit. Die Umstellung auf ALLRIS verlief prinzipiell problemlos. Allerdings basieren das alte und das

neue System auf unterschiedlichen Philosophien. So konnten die Bewegungsdaten wie Sitzungsprotokolle und Vorlagen quasi automatisch übernommen werden und nur der Status öffentlicher und nichtöffentlicher Dokumente wurde stichprobenartig überprüft. Mehr Arbeit verursachten hingegen die Stammdaten. Da sie mehrfach in das alte System eingegeben wurden, mussten sie für ALLRIS zunächst konsolidiert und manuell bereinigt werden. Laut Rüdiger Krill ein erheblicher Aufwand, der sich jedoch gelohnt hat.

Und so kann Oberbürgermeister Ulli Meyer zusammenfassend sagen: „Mit ALLRIS arbeiten wir heute deutlich produktiver und zielgerichteter. Das System ist intuitiv zu bedienen und erleichtert allen Beteiligten die Arbeit. Ebenso profitieren die Bürger von der Lösung, denn sie können mit ALLRIS alle wichtigen Dokumente auch aus den vergangenen Jahren einsehen.“

Martina Panzer arbeitet als Redakteurin für die Pressestelle der Stadt St. Ingbert.

Anzeige



Gestern: Kopfstand...

Sicherheit im Blick

Bernd Schilbach/Peter Buss

In der thüringischen Gemeinde Grammetal arbeiten Gremien und Ausschüsse mittlerweile komplett elektronisch. Der Aufwand für die Vor- und Nachbereitung von Sitzungen hat sich dadurch auf ein Minimum reduziert, zudem ist die Ratsarbeit sicherer geworden.

Ratssitzungen in kommunalen Organisationen müssen heute nicht nur effizient, sondern vor allem auch rechtssicher vorbereitet sein. Moderne IT-Systeme können dabei unterstützen – vorausgesetzt, sie halten nicht nur die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), sondern auch die strengen für Kommunen geltenden Normen ein und nehmen die IT-Sicherheit ins zentrale Blickfeld. Sonst können sie schnell zum Einfallstor krimineller Angreifer werden.

Die Gemeinde Grammetal im thüringischen Landkreis Weimarer Land schafft es mit einer entsprechenden Lösung, Gremien und Ausschüsse effizient zu organisieren und dabei stets Vertraulichkeit, Rechtssicherheit und IT-Sicherheit zu wahren. Grundvoraussetzung für die Arbeit in den Sitzungen ist die Bereitstellung einer stabilen Internet- und WLAN-Verbindung, damit die Gremienmitglieder auch während der Tagung auf die Unterlagen zurückgreifen können.

Die aus 16 Ortschaften bestehende Kommune verfügt über zahlreiche Gremien. Dazu gehören der Gemeinderat, der Ortschaftsbürgermeisterkreis, der Haupt- und Finanzausschuss, der Grundstücks- und Bauausschuss sowie der Aus-

schuss Bildung, Kultur, Soziales und Sport. In der Vergangenheit arbeiteten die Mitglieder ausschließlich mit gedruckten Vorlagen. Das führte oft zu Zettelsammlungen mit bis zu 50 Seiten pro Sitzung und Person. Gerade Haushaltssitzungen waren mit regelrechten Papierbergen verbunden.

Ein Vorgehen, das nicht nur zu hohen Druck- und Verbringungskosten führte. Bereits beim Zusammenstellen und Sortieren der Unterlagen konnten sich Fehler einschleichen. Die zuständigen Mitarbeitenden sammelten aufwendig die jeweiligen Dokumente und schickten sie per Post an die Gremienmitglieder. Doch nicht immer waren die Dokumente zustellbar. Insbesondere das Nachsenden und der Austausch von Unterlagen gestalteten sich oftmals kompliziert – und potenziell fehleranfällig. Gerade bei zeitkritischen Themen führte der postalische Versand von Nachträgen immer wieder zu Problemen. Darüber hinaus mussten die Ratsmitglieder die sichere Lagerung und Entsorgung der Papiere sicherstellen – vor allem, wenn es sich um nichtöffentliche Unterlagen handelte.

Die Gemeinde Grammetal suchte daher nach einer zeit- und kosten-

sparenden Kommunikationsmöglichkeit zum Gemeinderat. Ende 2020 war es schließlich so weit: Das Unternehmen denkende portale erstellte für die Gemeinde einen geschützten Datenraum. Vor der Einführung des Ratsinformationssystems dp:board von denkende portale im Januar 2021 beschlossen die Verantwortlichen in der Gemeinde Grammetal eine entsprechende Richtlinie für die Ratsarbeit. Die Mitglieder erhielten auf Wunsch iPads oder nutzten ihre eigenen Geräte und richteten die zu dp:board gehörende App auf diesen ein. Dank der einfachen Bedienbarkeit der App war dies leicht zu bewältigen. Die Gemeinde stattete zudem die Ratsräume mit WLAN aus, um den Mitgliedern während der Sitzungen einen zuverlässigen Zugriff auf ihre Dokumente zu gewährleisten.

Während einer Übergangszeit von zwei Monaten arbeiteten die Ratsmitglieder parallel mit Papier und App und stellten dann komplett auf die elektronische Lösung um. Die große Mehrzahl der Gremienmitglieder stand der Arbeit mit der App von Anfang an aufgeschlossen gegenüber und nahm sie gut an. Einige mussten sich jedoch erst an die neue Arbeitsweise gewöhnen und druckten die Dokumente zu-

nächst weiterhin aus. Mittlerweile sind aber sämtliche Räte von den Vorteilen der digitalen Gremienarbeit überzeugt und das Ausdrucken der Unterlagen gehört der Vergangenheit an. Da nun nach Sitzungen keine Papiere mehr herumliegen, erhöhte sich auch die Sicherheit.

Kosteten die Druck- und Kopierzeit sowie der Versand der Unterlagen die Mitarbeitenden bisher im Schnitt einen Arbeitstag pro Sitzung, hat sich der Aufwand inzwischen auf ein Minimum reduziert. Denn die Arbeitsweise der Gremien in Grammetal hat sich seit Einführung der digitalen Lösung vollständig geändert: Gut zwei Wochen vor einer Sitzung erstellen die Fachbereiche die Unterlagen und leiten diese an den Hauptamtsleiter der Gemeinde weiter. Hier wird eine verschlüsselte Gesamtunterlage erstellt und über den geschützten Datenraum sicher in das System eingestellt. Automatisch laden nun eine E-Mail und eine SMS zur Sitzung ein und verweisen auf die entsprechenden Unterlagen. Die Ratsmitglieder können nach ihrem

Log-in direkt in der App mit den Dokumenten arbeiten und diese mit Notizen versehen. Bei einem Update fügen sich diese Vermerke automatisch an der richtigen Stelle in die aktuelle Version ein.

Zur Sitzung bringen dann sämtliche Mitglieder ihre Geräte mit. Auch Online-Sitzungen sind ohne Weiteres möglich, da die erforderlichen Unterlagen samt Notizen stets auf dem Tablet zur Verfügung stehen. Die Gremienmitglieder kommunizieren nun sicherer und schneller miteinander. Dafür nutzen sie statt herkömmlichen E-Mails auch das wesentlich sicherere interne Mail-System. Für die Ratsmitglieder sowie die Verwaltungsmitarbeitenden ist die Umstellung der Gremienarbeit eine Erfolgsgeschichte. Neben der gewonnenen Arbeitszeit spart die Gemeinde Grammetal nun laufend Kosten für Toner, Drucker und Papier. Die Verantwortlichen überlegen bereits, auch die interne Gremienarbeit zu digitalisieren. Für die Zukunft ist noch die Einführung eines Sitzungsmanagement-Systems ge-

plant, welches neben dem Ratsinformationssystem auch ein Verwaltungs- und Bürgerinformationssystem enthält und die Arbeit und Bereitstellung von Informationen noch effektiver gestalten soll.

Wie in Grammetal können digitalisierte Lösungen die Gremienarbeit überall effizienter und sicherer machen. Gemeinden, die über eine Umstellung nachdenken, sollten hierbei dem Sicherheitsaspekt höchste Priorität einräumen. Nur Anwendungen, die Rechtssicherheit, Vertraulichkeit und IT-Sicherheit garantieren können, sollten in diesem sensiblen Umfeld zum Einsatz kommen. Damit eine echte Arbeitserleichterung spürbar wird, muss sich die digitalisierte Lösung nahtlos in die Arbeitsweise der Räte einfügen. Das Ergebnis ist eine erleichterte Arbeitsweise mit weniger Sicherheitsrisiken sowie gesparte Zeit und geringere Kosten.

Bernd Schilbach ist Geschäftsführer der denkende portale GmbH; Peter Buss ist Hauptamtsleiter der Gemeinde Grammetal.

Anzeige



TeVIS [suite]

Kommunix
Software für Kommunen

Heute: Besucherleitsystem!

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

- E-Government / E-Partizipation 58
- CMS | Portale / Spezial-Software 59
- Finanzwesen / Schul-IT / E-Procurement 60
- Geodaten-Management / Dokumenten-Management 61
- E-Formulare / Personalwesen / Inventarisierung /
RIS | Sitzungsmanagement / IT-Infrastruktur 62
- IT-Security / Breitband / Consulting / Online-Termine 63
- Komplettlösungen 63-65

Anzeige

D-0	 Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	Govii UG (haftungsbeschränkt) Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrnstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@govii.de Internet: www.govii.de	Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.
D-0	 Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrnstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@tsa.de Internet: www.tsa.de	TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/115, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, 115-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.
D-0	 PORTALLÖSUNGEN	brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de	Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.
D-2	 Governikus KG	Governikus GmbH & Co. KG Hochschulring 4 D-28359 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 204 95-0 Telefax: +49 (0) 421 / 204 95-11 E-Mail: kontakt@governikus.de Internet: www.governikus.de	Digitale Souveränität in einer komplex vernetzten Welt! Mit sicheren und innovativen IT-Lösungen sorgen ca. 200 engagierte Mitarbeiter:innen für den Schutz personenbezogener Daten. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation sowie der Umgang mit schützenswerten Daten stehen hierbei im Vordergrund.
D-4	 Unternehmensgruppe	ITEBO GmbH Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de	Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.
D-7		cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de	Die cit GmbH ist mit cit intelliForm® führender Anbieter von E-Government-Lösungen speziell in den Bereichen Virtuelles Bauamt mit dem XBau-Standard, Efa-Dienste und OZG. Die modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.
D-7		Form-Solutions GmbH Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de	Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.
D-8		S-Public Services GmbH Hauptstraße 27 a D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: info@s-publicservices.de Internet: www.s-publicservices.de	S-Public Services ist als Kompetenzzentrum E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe erster Ansprechpartner für die öffentliche Hand sowie kommunalnahen Organisationen und Unternehmen. Mit Plug'n'Play-Lösungen rund um Payment-Services helfen wir gemeinsam mit den Sparkassen vor Ort bei der digitalen Transformation unterschiedlichster Bürgerservices.
D-6		wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de	Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche digitale Bürgerbeteiligung. Wir begleiten kleine und große Kommunen u.a. mit dem Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Bremen, Heidelberg, Wuppertal, Friedrichshafen, Bad Homburg.

E-Government

E-Partizipation

D-2	 DAS KOMMUNALE CMS iKISS	ADVANTIC GMBH Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhörn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 609 72-0 Fax: +49 (0) 451 / 609 72-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de	Ob BITV oder OZG: Mit dem kommunalen CMS iKISS von Advantic ist Ihre Verwaltung bestens gerüstet. Advantic betreut über 350 kommunale Kunden – darunter jeden 5. Landkreis – in mehr als 700 Projekten. Profitieren auch Sie von der langjährigen Erfahrung, flexiblen Lösungen für Internet und Intranet und dem erstklassigen Kundenservice.
D-2	 ProCampaign®	c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@procampaign.de Internet: www.procampaign.de/kommune	Bürger-Online-Formular-Management und Tourismus-/Bürger-Kommunikation sind die typischen Anwendungsfelder für die EuroPriSe-zertifizierte SaaS Private Cloud-Lösung ProCampaign®. Die DSGVO-konforme Automatisierung von digitalen Prozessen birgt Potentiale echte Effizienzsteigerung und hilft, Prozesse zu standardisieren und dabei die Kosten im Griff zu halten.
D-3	 NOLIS	NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.
D-4	 sitepark	Sitepark Gesellschaft für Informationsmanagement mbH Ansprechpartner: Thorsten Liebold Neubrückerstraße 8-11, D-48143 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 48 26 55-0 Fax: +49 (0) 251 / 48 26 55-55 Internet: www.sitepark.com	Wissens- und Contentmanagement für Internet, Intranet, Bürgerbüro und D115. Fachanwendungen für die Virtuelle Verwaltung, Geschäftsverteilungsplan, Helpdesk Ticket System, internes Telefonbuch, Presseservice. Partnerprogramm für KRZs. Top-Referenzen: Landesverwaltung Saarland, Saarbrücken, Wiesbaden, Hannover, Dresden, Wuppertal, Duisburg, Bottrop.
D-7	 SEITENBAU	SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilanwendungen für die moderne Verwaltung.
D-3	 KDN.SOZIAL Kommunale IT	KDN.sozial Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Technologiepark 14 D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-272241 E-Mail: info@kdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de	Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.
D-3	 BARTHAUER SOFTWARE	Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.
D-7	 AIDA ORGA Geschäftsführungssysteme	AIDA ORGA GmbH Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKF/NKfH oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.
D-8	 G&W	G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKF mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.
D-9	 LogoData ERFURT GmbH Spezialist für Jugendamt-Weblösungen	LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 5661 222 Fax: +49 (0) 361 / 5661 223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Seit über 30 Jahren entwickelt LogoData® Softwarelösungen für verschiedene Abteilungen der Jugendämter und freien Träger. Unsere Arbeit umfasst u.a. Installationen, Implementierungen, Schulungen, Weiterentwicklungen und den Support unserer Produkte. Wir sind Ihr zuverlässiger Dienstleister im Bereich Software und Beratung.

D-2	 It's simple. It's digital.	xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 162/1069592 E-Mail: info@xsuite.com Internet: www.xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für öffentliche Auftraggeber eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM und PSCD sowie der Kommunalmaster Finanzen. Es können alle Rechnungsformate wie Papier, PDF, XRechnung, ZUGFeRD, etc. verarbeitet werden.	Finanzwesen
D-2		Cloud IX c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@cloudix.de Internet: www.cloudix.de/kommune	CloudIX bietet als zertifizierter Dienstleister führende SaaS-Lösungen. Eigene Videokonferenzen auf JITS Meet Basis, verschlüsselte Matrix + Element Messaging-Dienste und Nextcloud stehen zur Miete in ISO 27001-zertifizierten und KRITIS-konformen Rechenzentren in Bremen zur Verfügung. Compliance-konform sind alle Managed Server mit notwendigen AV-Verträge ausgestattet.	Schul-IT
D-3	 H+H Software GmbH Softwarelösungen mit System	H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 52208-0 Fax: +49 (0) 551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Als IT-Dienstleister und Softwarehersteller begleiten wir Bildungseinrichtungen seit über 30 Jahren auf ihrem Weg in die Digitalisierung. Unsere Schul-IT Lösung NetMan for Schools gewährleistet den sicheren IT-Betrieb im Schulnetz sowie einen verlässlichen Unterricht mit digitalen Medien. Wir betreuen Schulen von der Projektplanung über die Installation bis zum täglichen Betrieb.	Schul-IT
D-4	 kraft network engineering driving digital learning	KRAFT Network-Engineering GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstraße 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtweit kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.	Schul-IT
D-5	 AIXCONCEPT Einfach. Digital. Lernen.	AixConcept GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Volker Jürgens Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-0 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: info@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für digitale Bildung schlüsselfertige IT-Lösungen für Schulen. Mehr als 1.900 Institutionen erhalten Beratung, Konzeption und Umsetzung aus einer Hand. Aus der Zentrale in Stolberg bei Aachen und mit Partnern sorgt AixConcept deutschlandweit für den reibungslosen Betrieb der Schul-Netzwerke.	Schul-IT
D-7	 Logo DIDACT	SBE network solutions GmbH Ansprechpartner: Sales Team Edisonstraße 21-23 D-74076 Heilbronn Telefon: +49 (0) 7131 / 89840-60 E-Mail: vertrieb@sbe.de Internet: www.sbe.de	Mit LogoDIDACT bekommen Sie Ihre Schul-IT im Handumdrehen in den Griff. Der modulare Schulserver vereint kinderleichte Bedienung mit umfassenden Funktionen, die auf die Bedürfnisse moderner Schulen zugeschnitten sind. Über 3.000 Schulen vertrauen bereits auf die führende IT-Lösung für Schulnetzwerke. Von SBE network solutions.	Schul-IT
D-1	 Deutsches Vergabeportal E-Vergabe – Einfach. Schnell. Sicher.	DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Sickingenstraße 70 D-10553 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 374343-810 Fax: +49 (0) 30 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtvp.de	DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.	E-Procurement
D-5	 subreport DEUTSCHLANDS TOR ZUR AUFTRAGSWELT	subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	E-Procurement
D-7	 TEK-SERVICE AG	TEK-Service AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-Service AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierte Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	E-Procurement

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

Geodaten-Management • Dokumenten-Management

D-4	 GIS Consult GmbH Schuldenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.
D-4	 con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de	con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.
D-0	 LCS Computer Service GmbH Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der revisionssicheren Aufbewahrung.
D-3	 OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.
D-3	 Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com	Seit über 30 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.
D-4	 Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-98 92 E-Mail: Andrea.Siwec-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.
D-4	 d.velop public sector GmbH Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98-0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98-25 E-Mail: info@pubs.d-velop.de Internet: www.d-velop.de/public-sector	Die d.velop public sector GmbH (ehemals codia) ist seit über 20 Jahren innovativer Lösungsanbieter für das gesamte ECM-Umfeld mit Spezialisierung auf öffentliche Verwaltungen und Hochschulen sowie Universitäten. Die eingesetzten Lösungen lassen sich an die jeweiligen Anforderungen anpassen oder in Fachanwendungen integrieren.
D-7	 comundus regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.
D-7	 GELAS GmbH Digitalisierungssysteme Anton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-70 Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de	Questys und nunmehr die neue Produktgeneration Questys Next Generation – kurz QNG – ist heute eines der führend eingesetzten ECM-Systeme für das Dokumentenmanagement und die Archivierung in der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg. Im Rahmen der Cyber-Security-Strategie wird QNG heute mit WORM-Technologie eingesetzt.
D-9	 PDV GmbH Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.

D-7	 S-Management Services	S-Management Services GmbH Ansprechpartner: Peter Höcherl Am Wallgraben 115 70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 782 129-00 E-Mail: peter.hoecherl@s-management-services.de Internet: www.s-management-services.de	Die S-Management Services GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.	E-Formulare
D-7	 Kohlhammer	W. Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgv@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtsicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.	E-Formulare
D-2	 rex systems	rex systems GmbH Ansprechpartner: Florian Walzer Süderstraße 75-79 D-20097 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 890080-0 Fax: +49 (0) 40 / 890080-120 E-Mail: info@rex-systems.com Internet: www.rexx-systems.com	rexx systems bietet Software-Lösungen in den Bereichen Recruiting, Talent Management sowie Human Resources und überzeugt als ganzheitlicher Lösungsanbieter durch herausragende Effizienzsteigerung und zuverlässige Technik. Die einfach zu bedienende, hochskalierbare Software ist für Kunden jeder Größe und Branche geeignet.	Personalwesen
D-3	 NOLIS	NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	NOLIS Recruiting ist eine komfortable Bewerbungsmanagement-Lösung mit zahlreichen speziell auf die öffentliche Verwaltung abgestimmten Features. Mit Schnittstellen zu relevanten Stellenbörsen, CV-Parsing und einem individuellen Karriereportal wirken Sie dem Fachkräftemangel clever entgegen.	Personalwesen
D-7	 MHM MHM-HR.COM	MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH Ansprechpartner: Steffen Michel Presselstraße 25 a D-70191 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 120 909-31 Fax: +49 (0) 711 / 120 909-11 E-Mail: welcome@mh-mr.com Internet: www.mhm-hr.com	MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPOSTING mit HR-ANALYTICS, CV-Parsing, FIRSTBIRD (Mitarbeiter-Empfehlungsprogramm) und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.	Personalwesen
D-5	 hallo Kai! Kann alles inventarisieren	hallobtf! gmbh Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobtf.de Internet: www.hallokai.de	Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Erstfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisionssichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.	Inventarisierung
D-2	 CC e-gov GmbH www.cc-egov.de	CC e-gov GmbH Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 2271 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 2271 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC ECM – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürossoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.	Inventarisierung
D-3	 STERNBERG Sitzungsmanagement	STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.	RIS Sitzungsmanagement
D-5	 more! software mehr leistung • mehr service • mehr mensch	more! software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de	more! rubin - Sitzungsmanagement und Gremieninfo - mobil, digital, sicher. Die professionelle Lösung für Sitzungsmanagement aus einer Hand. Langjährige Erfahrung im Bereich der digitalen Gremienentscheidungen und der schnellen, papierlosen Gremienkommunikation.	RIS Sitzungsmanagement
D-2	 ColocationIX	ColocationIX GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@colocationix.de Internet: www.colocationix.de/kommune	Nach EN50600 Klasse 4 designt, mit Grünstrom betrieben und mit Geothermie gekühlt ist ColocationIX Deutschlands innovativstes Rechenzentrum für den Public Sector und KRITIS. Außerdem: ISO 27001 ISMS, Sauerstoff-Reduktion, 3-fach-Zutrittskontrolle, Anbindungen mit mehr als 2.000 Peers und Direktverbindungen zu DECIX, AMSIX und LINX.	IT-Infrastruktur

D-3		Net at Work GmbH Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de	NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ‚Made in Germany‘. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.	IT-Security
D-9		NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP entwickelt seit über 30 Jahren universelle Software für die einfache und sichere Vernetzung von Endgeräten und Systemen über öffentliche Netze. Um Digitalisierungsinitiativen voranzutreiben, nutzen viele Ministerien und Verwaltungseinrichtungen NCP-Produkte mit BSI-Zulassung u.a. für flexible Homeoffice-Anbindung.	Breitband
D-1		DNS.NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS.NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasferringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftsicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de	Breitband
D-3		goetel GmbH Tuchmacherweg 8 D-37079 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 384 88 0 Fax: +49 (0) 551 / 385 88 88 Hotline: +49 (0) 551 / 384 55555 E-Mail: info@goetel.de Website: www.goetel.de	Als regionaler Carrier versorgt die goetel GmbH seit 1998 private und Geschäftskunden aus Göttingen/Umgebung mit Tel. – und Internetprodukten versch. Bandbreiten. Durch den Ausbau des eigenen Netzes erweitert goetel kontinuierlich das Angebot und hat sich auf die Erschließung des ländlichen Raumes mit Glasfaserinfrastruktur spezialisiert.	Breitband
D-2		Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@consultix.net Internet: www.consultix.de/kommune	Digitale Transformation, Beratung und Betriebskonzepte für IT, webbasierte Kommunikation und zentrales Online-Formular-Management. ISO 27001/27018 und EuroPriSe-zertifizierte Plattformlösungen für das Management personenbezogener Daten. Rechtssicherheit und Compliance-Konformität aller bürgerzentrierten Lösungen dank eigener Rechenzentren in Deutschland.	Consulting
D-4		best practice consulting AG Ansprechpartner: Herr Pascal Gasch Am Mittelhafen 16, D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 163 / 6360760 Fax: +49 (0) 251 / 287798-1 E-Mail: Pascal.Gasch@bpc.ag Internet: www.bpc.ag	Über 20 Jahre Erfahrung in der IT-Beratung von Kommunen und unsere SAP S/4HANA Expertise sind die Basis unseres bpc S/4-Masters für Kommunen: Mit digitaler Haushaltsplanung, Drucklösung, mobilem Reporting und Fiori-basierter Prozessdigitalisierung begleiten wir Kommunen auf ihrem Weg zur intelligenten Verwaltung.	Consulting
D-1		Girona Softwareentwicklung und Vertriebsgesellschaft mbH Ansprechpartner: Philipp Jänsch Machnower Straße 21 D-14165 Berlin Telefon: 030 / 609 88 79 70 E-Mail: office@girona.de Internet: www.Girona.de/www.Konsentas.de	Konsentas ist ein flexibles, für Sie maßgeschneidertes, Online-Termin-Management-System für die vielseitigen Aufgaben der Verwaltung. Perfekt zum Abwickeln von Veranstaltungen (u. a. IfSG, SEU). Inklusive E-Payment, Anbindung an Fachverfahren & OZG-Umsetzungen + ein modernes webbasiertes Aufrufsystem mit dynamischen Wartelisten.	Online-Termine
D-0		Lecos GmbH Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0		procilon GmbH Ansprechpartner: Andreas Liefeth Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 34298 / 4878-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCI, EGV, De-Mail, autom. Archivanbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	Komplettlösungen
D-0		GISA GmbH Leipziger Chaussee 191 a D-06112 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 585-0 Fax: +49 (0) 345 / 585-2177 E-Mail: kontakt@gisa.de Internet: www.gisa.de	Als IT-Spezialist und Cloud Service Provider bietet GISA umfassende IT-Lösungen für öffentliche Auftraggeber: von der Strategie und Beratung über die Entwicklung und Implementierung bis hin zum Outsourcing kompletter Geschäftsprozesse und IT-Infrastrukturen. Wir unterstützen Sie dabei, Ihre Digitalisierung zu meistern!	Komplettlösungen

Komplettlösungen (Fortsetzung)

Anzeige

D-1		Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH Ansprechpartnerin: Elke Wegener Wilhelm-Kabus-Straße 9, D-10829 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen.
D-2		MACH AG Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.
D-2		Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 9714-0 Fax: +49 (0) 441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!
D-3		GovConnect GmbH Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftsstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Datenschutz, Hund & Halter sowie einen umfassenden Modulbaukasten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.
D-3		krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe Ansprechpartner: Lars Hoppmann Am Lindenhaus 19, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 50 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.
D-3		ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 9830-1220 Fax: +49 (0) 641 / 9830-2020 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3		KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4		ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.
D-4		PROSOZ Herten GmbH Ewaldstr. 261 D-45699 Herten Telefon: +49 (0) 23 66 / 188-0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188-111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Herten hat sich in über 30 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation.
D-4		JCC Software Mendelstraße 11 D-48149 Münster Telefon: +49 (0) 256 / 294539-99 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de	Besucherströme im Rathaus optimieren? Mit dem JCC-Besucherleit- und Terminvereinbarungssystem machen Sie den ersten wichtigen Schritt. Sie reduzieren die Wartezeit, steigern die Zufriedenheit von Mitarbeiter*innen und Besucher*innen und minimieren unerwünschten Begegnungskontakt in der Corona-Zeit. Jetzt kostenlose Demo anfordern.

Komplettlösungen (Fortsetzung)

Komplettlösungen (Fortsetzung)

D-5		Nagarro ES Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf An der Schusterinsel 3 D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0) 611 / 71189202 E-Mail: info@nagarro-es.com Internet: www.nagarro-es.com	Nagarro ES ist ein führender deutscher IT-Full-Service-Provider für kritische Unternehmensapplikationen und komplexe ERP-Landschaften. Suite4Public: SAP-basierte Lösung für Städte, Landkreise und AöRs. Fit für die Zukunft mit Suite4Doppik – Abbildung des doppischen, kommunalen Finanzwesens und Suite4KA – Veranlagung von Steuern.
D-5		Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband) Sonnenblumenallee 3, D-58675 Hemer St. Johann-Straße 23, D-57074 Siegen Telefon: +49 (0) 271 / 30321-0 Fax: +49 (0) 271 / 30321-1010 (Hemer) Fax: +49 (0) 271 / 30321-1020 (Siegen) Internet: www.sit.nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5		Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 2303 / 254700 Fax: +49 (0) 2303 / 40049 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6		LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 78991-900 Fax: +49 (0) 69 / 78991-110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6		OrgaSoft Kommunal GmbH Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 681 / 87004-0 Fax: +49 (0) 681 / 87004-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 40 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.
D-7		ISGUS GmbH Ansprechpartner: Klaus Wössner Oberdorfstraße 18-22 D-78054 Villingen-Schwenningen Telefon: +49 (0) 7720 / 393-0 E-Mail: info@isgus.de Internet: www.isgus.de	ZEUS® Workforce Management von ISGUS beinhaltet die Module der Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Betriebsdatenerfassung und Unternehmenssicherheit. Ganz individuell auf Ihre Anforderungen und Ihre Branche zugeschnitten. Unsere Kunden nutzen die Lösungen vollkommen wahlfrei On-Premise oder als Software as a Service.
D-8		AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 5903-0 Fax: +49 (0) 89 / 5903-1845 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		Kolibri software & systems GmbH Ansprechpartner: Thomas Dietrich Nicolaus-Otto-Str. 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 8105 / 3760-0 Fax: +49 (0) 8105 / 3760-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungs-lösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8		Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newsystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.
D-9		DATEV eG Ansprechpartner: Public Sector Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0114348 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/public-sector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Vorschau

Die nächste Ausgabe (05/2022) erscheint am 29.04.2022



Open Data im Freistaat Sachsen

Die sächsische Staatsregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Open-Data-Gedanken im Freistaat zu stärken. In den Kommunen des Bundeslands spielt das Thema aber bislang kaum eine Rolle.



Fit für die Zukunft?

Die Gesundheitsämter in Deutschland haben bei der Digitalisierung starken Nachholbedarf. Wo liegen Hürden und welche innovativen Lösungen können bei der künftigen Bewältigung von Krisen unterstützen?



IT-Schwerpunkte im Mai

In der Rubrik Informationstechnik geht es um E-Payment-Lösungen, Gamification in der Smart City und die Durchführung von Bürgerbeteiligungsprojekten mithilfe der Digitalen Projektfabrik.



Glasfasernetze rechtssicher planen

Der Glasfaserausbau in Deutschland nimmt Fahrt auf. Bei der Planung ihrer Ausbauten müssen Kommunen aber einige rechtliche Hürden umschiffen, etwa, wenn sie auf Fördermittel zurückgreifen möchten.

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

Advantic	5	Form-Solutions	25	Nolis	2
AKDB	68	GovConnect	47	Optimal Systems	35
CC e-gov	27	ISGUS	19	Philips	7
cit	3	ITEBO	Beilage	regio iT	49
comundus regisafe	53	JCC Software	67	Sternberg	17
DATABUND	29	Kommunix	55, 57	Branchenindex IT-Guide ...	58 - 65

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media GmbH
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770
Fax: +49 (0) 70 71 / 855 - 6773
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Olgastraße 7
72074 Tübingen
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Weidemann (stellv. Chefredakteurin)
Verena Barth
Alexandra Braun
Thomas Nolte (Volontär)
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Sara Ott
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855-2787
E-Mail: s.ott@k21media.de

Seit dem 1.1.2022 gilt die Preisliste Nr. 22 der Media Information 2022.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901

Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr. 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Druck: Druckerei Rausch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

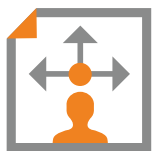
© Copyright 2022 K21 media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis:

BITE GmbH (18); Chansom Pantip/stock.adobe.com (32); fizkes/stock.adobe.com (4, 12); Gemeinde Eichstetten am Kaiserstuhl (51); Gundolf Renze/stock.adobe.com (66); holger.l.berlin/stock.adobe.com (46); Jürgen Altmann (3); KDN (34); Kreis Northeim (43); Kreis Pinneberg (40); McLittleStock/stock.adobe.com (66); Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (38); mojo_cp/stock.adobe.com (20); mojolo/stock.adobe.com (14); M. Schuppich/stock.adobe.com (66); Oberallgäu Tourismus Service GmbH (OATS) (44); Petair/stock.adobe.com (54); Prostock-studio/stock.adobe.com (66); samy/stock.adobe.com (10); sitthiphong/stock.adobe.com (30); Stadthalle Bielefeld (26); Stadt Moers (Titel, 48); Stadt Wolfsburg (22); vegefox.com/stock.adobe.com (Titel); www.1000tdw.com/stock.adobe.com (8); www.taunusstein.de (36)



Ihr Schritt zu einer zuverlässigen und kundenfreundlichen Kommunalverwaltung



JCC-Besucher



JCC-Terminvereinbarung



JCC-Personalplanung



JCC-Kasse

Als Spezialist und Hersteller von Soft- und Hardwarelösungen ist JCC Software einzigartig und komplett für den öffentlichen Dienst ausgestattet. Das Spektrum reicht von (online) Terminvereinbarung und Organisation der Besucherströme, bis hin zu Personalplanung und Erfassung aller anfallenden Gebühren in einem zentralen Kassensystem.

“Die Kundenorientierung und die Flexibilität der Systeme haben überzeugt.”

- Christian Geis, Stadt Iserlohn

*“Eine intuitive online Terminvergabe für Bürger*innen als Tor zur Verwaltung!”*

- Tabea Grabitz, Wallfahrtsstadt Werl



Mendelstraße 11 • 48149 Münster
T: 0251 980-1470 • www.jccsoftware.de • info@jccsoftware.de

Jetzt Demo anfordern!

Vereinbaren Sie einen Demo-Termin mit uns. Telefonisch, oder direkt online über unsere Webseite.



»Also, ich sehe genau,
wo's langgeht!«

Und was sehen Sie? Kommunen, die mit
uns digitalisieren, kommen sicher ans Ziel.

Serviceorientiert, nachhaltig, digital. Machen Sie Ihre Kommune fit
für die Herausforderungen von morgen – und zu einem attraktiven
Standort für Menschen und Unternehmen! Egal ob es um moderne
E-Government-Dienste, innovative Smart-City-Lösungen oder sichere
Cloudangebote geht: Wir denken immer einen Schritt voraus.
Gemeinsam für eine bessere Zukunft.

20.10.22

Kommunalforum

*Möglichkeiten
überall*

AKDB